

**"Rechts"
sind doch die anderen!?**

wachsam-in-chemnitz.de

Eine Auseinandersetzung mit menschenverachtenden
Einstellungen und ein aktueller Überblick über die
Neonazi-Szene und die "Neue Rechte" in Chemnitz

Impressum

Herausgeber:
DGB Region Südwestsachsen
Jägerstraße 5-7
09111 Chemnitz
www.suedwestsachsen.dgb.de

V.i.s.d.P.: Sabine Zimmermann

Chemnitz, Dezember 2011



Dieses Werk wird unter den Bedingungen einer Creative Commons License veröffentlicht:

<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/>

Eine elektronische Fassung kann heruntergeladen werden. Sie dürfen das Werk vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen. Es gelten folgende Bedingungen:

Namensnennung:

Sie müssen den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen.

Keine kommerzielle Nutzung:

Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden.

Keine Bearbeitung:

Dieses Werk darf nicht bearbeitet, abgewandelt oder in anderer Weise verändert werden.

Um einen Missbrauch zu vermeiden, muss bei Veröffentlichungen der Publikation oder ganzer Abschnitte durch Dritte die Zustimmung des DGB Region Südwestsachsen eingeholt werden.

Inhalt

Impressum	2
Vorwort	7
Einleitung	9
1 Begriffsklärung	11
1.1 Der Rechtsextremismusbegriff und dessen Kritik	11
1.2 Alternative Begriffe	14
<i>Autoritarismus</i>	14
<i>Chauvinismus und Sozialdarwinismus</i>	15
<i>Homophobie</i>	15
<i>Faschismus</i>	15
<i>Nationalismus und Ethnopluralismus</i>	16
<i>Rassismus</i>	17
<i>Antisemitismus</i>	18
<i>Antiziganismus</i>	18
<i>Anti-Muslimischer Rassismus</i>	19
2 Rassismus im Alltag und auf institutioneller Ebene	20
2.1 Alltagsrassismus und menschenverachtende Einstellungen	20
<i>Die Politische Kultur als Reproduktionsfaktor von Rassismus</i>	24
2.2 Institutioneller Rassismus in Deutschland	26
<i>Das deutsche Asylverfahren</i>	27
<i>Das Asylbewerberleistungsgesetz</i>	28
<i>Sachleistungsprinzip Verpflegung</i>	29
<i>Unterbringung</i>	29
<i>Medizinische Versorgung</i>	30
<i>Residenzpflicht</i>	31
<i>Arbeit und Bildung für Asylsuchende und Geduldete</i>	31
<i>Einschränkung von Grundrechten und gesellschaftlicher Teilhabe</i>	32
2.3 Institutioneller Rassismus auf europäischer Ebene	33
<i>Der schwere Weg nach Europa</i>	33

3 Organisierte Neonazis und die „Neue Rechte“ in Chemnitz	35
3.1 Chemnitzer Kameradschaften	37
<i>Nationale Sozialisten Chemnitz</i>	37
<i>Freies Netz</i>	37
<i>Publikationen</i>	38
<i>Treffpunkte</i>	38
<i>Die NSC als Verbindung unterschiedlicher NS-Ausrichtungen</i>	39
<i>Konspiration in der Chefetage</i>	39
<i>Rekrutierung aus dem Fußballumfeld</i>	41
<i>Nähe zur NPD</i>	42
<i>Nähe zu anderen „rechten“ Gruppierungen</i>	42
3.2 Vertriebsszene	43
<i>PC Records</i>	43
<i>Backstreet Noise</i>	44
<i>Waffen Army Shoes</i>	45
<i>Rascal/The Clash</i>	45
3.3 NPD – Nationaldemokratische Partei Deutschlands	45
<i>Wahlerfolge der NPD in Sachsen</i>	46
<i>Einflussreiche Personen der NPD in Chemnitz</i>	47
<i>Aktivitäten der NPD in Chemnitz</i>	49
3.4 „Neue Rechte“	50
<i>„Neue Rechte“ in Chemnitz</i>	52
3.5 PRO CHEMNITZ.....	54
<i>Sozial- und Familienpolitik</i>	56
<i>Sicherheit und Ordnung</i>	56
4 „Rechte“ Straf- und Gewalttaten	57
5 „Rechte“ Ereignisse in Chemnitz	59
5.1 Der 5. März.....	59
5.2 Demos, Vorträge, Tanz und Wandern.....	60

6 Was tun gegen Rassismus und Nazis? – Selbst aktiv werden!	62
AG In- und Ausländer e.V.	62
AJZ e.V.	62
Courage Chemnitz – Ein Projekt der DGB Jugend Chemnitz im NDC.....	63
different people e.V.....	63
Kulturbüro Sachsen e.V. – Mobiles Beratungsteam	63
Lokaler Aktionsplan für Demokratie, Toleranz und für ein weltoffenes Chemnitz (LAP).....	63
Opferberatung, RAA Sachsen e.V.....	64
refugee’s empowerment network	64
Sächsischer Flüchtlingsrat e.V.	64
save me	65
Stay Rebel.....	65
 Fazit und Ausblick	 66
 Literatur	 69

Ärgernis

Wendet euch
nicht ab
sondern schauet
ihr braven Bürger
den jungen Neonazis
die in eurem Staat
von neuem den Glauben
an den alten Irrsinn
gelernt haben
tief in die Augen
Ihr schaut nicht
genau genug hin
wenn ihr in diesen blauen
oder braunen
oder auch grauen Augen
nicht
einen Augenblick lang
euer eigenes
Spiegelbild seht.

Erich Fried

Vorwort

Seit jeher ist der Kampf gegen „Rechts“ und Faschismus ein ureigenes Thema des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften – nicht zuletzt auch aufgrund der eigenen Historie, der Zerschlagung der freien Gewerkschaften durch die Nationalsozialisten, die für viele Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter mit Inhaftierung und Folter in Konzentrationslagern einher ging. Auch Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter waren im Widerstand aktiv. Viele überlebten die Schreckensherrschaft der Nationalsozialisten nicht.

Die Gewerkschaften engagieren sich aktiv für Demokratie und Toleranz und Solidarität. Die Entdeckung der „rechten“ Terrorzelle müsste jetzt auch dem Letzten die Dramatik der Situation vor Augen geführt haben. Der Kampf gegen Rechts muss auf allen Ebenen intensiviert werden. Rechtes Gedankengut ist kein Randphänomen, sondern längst in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Vor dessen Ausbreitung und weiteren Etablierung von Nazistrukturen in der Region warnen wir als Gewerkschaften schon seit vielen Jahren.

Unser Engagement gegen Rechtsradikalismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Faschismus reicht dabei von demokratiefördernder Vorfelddarbeit, über politische Bildung in Seminaren und Veranstaltungen, Projekttagen zu rechter Ideologie und Argumentationstrainings bis hin zu Demonstrationen, wie wir sie jährlich etwa am 5. März in Chemnitz mitorganisieren, wenn Nazis ihre Propaganda auf die Straße tragen und die Geschichte für ihre Zwecke umdeuten wollen.

Es bedarf in unserer Gesellschaft mehr zivilgesellschaftlichen Engagements, vor allem aber auch dringend mehr Förderung antirassistischer und antifaschistischer Gegenkultur und Bildungsarbeit. In Bündnissen und in der Zusammenarbeit mit anderen demokratischen Organisationen und Initiativen wollen wir die demokratische Kultur stärken. Dafür benötigt es nachhaltige Strukturen und vor allem auch personelle Ressourcen, die an einer kontinuierlichen Begleitung und Vernetzung zivilgesellschaftlichen Engagements arbeiten, das heißt: Aufbau und Pflege örtlicher Bündnisse gegen Rechts, Beratung und Unterstützung für die außerschulische Bildungsarbeit, Entwicklung von Bildungsangeboten, Anlauf- und Informationsstellen für Lehrerinnen und Lehrer ebenso wie für Schülerinnen und Schüler. Bürgerschaftliches Engagement muss unterstützt und gefördert werden.

Die kommunale Ebene darf dabei aber nicht allein gelassen werden. Die Bundes- und Landesregierung dürfen sich ihrer Verantwortung nicht entziehen um müssen finanzielle Mittel zur Verfügung stellen. Zu einer erfolgreichen Arbeit gegen rechte Einstellungen und Verhaltensmuster gehört auch eine Politik, die die rechte Bedrohung nicht bagatellisiert und verharmlost, sondern entschieden bekämpft.

Mit der vorliegenden Broschüre und der dazugehörigen Internetseite, welche der DGB Südwestsachsen in Auftrag gegeben hat, wird ein weiterer wichtiger Baustein gelegt, um die rechten Strukturen in Chemnitz genauer zu beleuchten und über Aktivitäten der rechten Szene aufzuklären. Wir möchten für das Thema sensibilisieren und für die Präventionsarbeit wichtige Ansatzpunkte herausarbeiten.

Der Kampf gegen Rechts ist eine Daueraufgabe. Dabei sind es nicht immer die großen Taten und Worte, insbesondere muss es auch darum gehen, sich gegen den Alltagsrassismus zu wenden, dem Nährboden der braunen Ideologie. Auch reicht es nicht, Demokratie und Toleranz in Sonntagsreden zu fordern, Demokratie und Toleranz müssen täglich gelebt werden.

Sabine Zimmermann,
Regionsvorsitzende
DGB Region Südwestsachsen

Einleitung

Im Auftrag des *DGB Region Südwestsachsen* und gefördert vom *Lokalen Aktionsplan für Demokratie, Toleranz und für ein weltoffenes Chemnitz* (LAP) haben sich die AutorInnen des vorliegenden Textes der Aufgabe gewidmet, eine Situationsanalyse der „rechten Szene“ in Chemnitz zu erstellen. Was zunächst einfach erschien, entpuppte sich bereits mit dem Gliederungsentwurf als eine komplexe Aufgabe. Denn weder gibt es einen gesellschaftlichen Konsens darüber, was unter „rechts“ zu verstehen ist, noch können die Auswirkungen der nationalistischen und neonazistischen Szene in einer Stadt wie Chemnitz erfasst werden, ohne die Gesellschaft als Ganzes in den Blick zu nehmen. Anspruch der AutorInnen war es daher, den Blick auch auf menschenverachtende, rassistische Einstellungen und Handlungen über die „rechte Szene“ und die Stadt Chemnitz hinaus zu lenken. Dies war unseres Erachtens notwendig, um zumindest ansatzweise die gesellschaftlichen Zusammenhänge und die tiefgreifenden Folgen eines zumeist an die „extremen“ Ränder der Gesellschaft verbannten Problems zu untersuchen. Vordergründiges Ziel der Analyse ist es, einen aktuellen Einstieg in eine seit Jahrzehnten anhaltende Diskussion zu finden und zur kritischen Diskussion über den „Rechtsextremismus“ und seine Erscheinungsformen in Deutschland beizutragen.

Die jüngsten Ereignisse und Auseinandersetzungen um die „Extremismusklausel“, die Aufdeckung der Mordserie an MigrantInnen und der dahinter vermuteten „rechts-terroristischen“ Strukturen in Thüringen, die anhaltend hohen Zahlen fremdenfeindlicher Einstellungen in der deutschen Bevölkerung wie auch die Eröffnung eines neuen Schulungszentrums der *NPD* in Chemnitz sind nur einige Beispiele für die Brisanz dieses Themas und zeigen die Notwendigkeit und Dringlichkeit einer Betrachtung der Zusammenhänge.

Das Land Sachsen sticht sowohl mit einem hohen „rechten“ Einstellungs- und WählerInnenpotential als auch mit einer besonders gut organisierten Neonaziszene hervor. In Sachsen ist die *NPD* in allen Kreistagen vertreten und verfügt im Sächsischen Landtag über acht Sitze. Nach Angaben des Verfassungsschutzes haben im Jahr 2009 2.700 Personen den „extrem rechten“ Strukturen angehört, davon waren 1.380 Personen in Kameradschaften und v.a. in losen Strukturen wie den *Freien Kräften* organisiert.

Während BürgerInnen den rassistischen Ergüssen Sarrazins applaudieren und sich ihrer anti-muslimischen Einstellungen vergewissern, werden Menschen, die nicht ins Weltbild von Neonazis passen oder sich gegen rassistische und neonazistische Haltungen wehren, fast täglich angegriffen. Als Hauptschwerpunkte neonazistischer Aktivitäten und Gewalt in Sachsen gelten die Sächsische Schweiz, die Oberlausitz und der Großraum Mittweida. Dresden, Leipzig und Chemnitz sind wichtige Städte, in denen die „rechten“ parteipolitischen und freien Kräfte auf gut funktionierende Strukturen zugreifen können. 2004 erhielten die *Republikaner* (heute als *PRO CHEMNITZ* im Stadtrat tätig) mit 10,3 % das bis dato beste Wahlergebnis einer „rechten“ Partei in einer Großstadt seit dem Zweiten Weltkrieg.

In den östlichen Bundesländern und Berlin gilt Sachsen als das Bundesland, das die höchste Zahl rechtsmotivierter Gewalttaten aufweist. Der Mord an Marwa El-Sherbini ist dabei nur einer von vielen rassistischen Übergriffen, die sonst im Alltag, in Politik und Medien nur wenig Beachtung finden. Zugleich erhalten die geistigen und tatsächlichen TäterInnen ihre Legitimation u.a. aus Wissenschaft und Politik: Die

institutionalisierte Politik Sachsens ist durch die langjährige Alleinregierung der *CDU* äußerst konservativ geprägt und somit wenig offen für eine kritisch-lebendige, emanzipierte und partizipative Streit- und Gestaltungskultur (vgl. Berek 2011, S. 49). Überdies verschleiert die auf sächsische Politikwissenschaftler zurückzuführende und in der Landespolitik einflussreiche sogenannte „Extremismustheorie“ zum einen die Analyse eines nazistischen und rassistischen Normalzustandes, zum anderen diffamiert und behindert sie – in Gestalt der „Extremismusklausel“ – zivilgesellschaftliches und antifaschistisches Engagement, das sich für eine freie, tolerante Gesellschaft einzusetzen versucht. Nicht zuletzt muss auf die institutionalisierte rassistische Gesetzgebung und die daraus resultierenden teilweise unhaltbaren Zustände hingewiesen werden, die MigrantInnen und Flüchtlingen das Leben in Sachsen erschweren. Obwohl ihr Bevölkerungsanteil gerade einmal 3 % ausmacht (davon nur 0,1 % MuslimInnen), sind die ablehnenden Einstellungen gegenüber diesen Menschen innerhalb der sächsischen Bevölkerung hoch. Auch hinsichtlich der Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften (ELP) ist Sachsen Schlusslicht. Zwar haben schwule und lesbische Paare seit 2001 die Möglichkeit, eine ELP einzugehen, und die damit verbundenen Pflichten wurden mit denen einer Ehe gleichgestellt, doch für die Rechte gilt diese Gleichstellung bis heute nicht (vgl. Initiative 2=2 o.J.).

Der vorliegende Text gliedert sich in zwei große Teile: Im ersten widmen wir uns in Kapitel 1 der Diskussion um den Rechtsextremismusbegriff und versuchen darzulegen, warum dieser Begriff und die ihm zugrundeliegende Extremismustheorie untauglich, wenn nicht gar kontraproduktiv ist, das Phänomen der menschenverachtenden Ideologien und ihrer Praxen zu erfassen und zu verstehen. Anschließend stellen wir alternative Begriffe vor, die unserer Meinung nach besser geeignet sind, diese Ideologien zu erklären. In Kapitel 2 ziehen wir verschiedene Studien heran, um die Vorstellung von Rassismus und Nationalismus als „extreme“ Positionen zu verwerfen und sie als alltägliches und institutionalisiertes Gesellschaftsproblem zu kennzeichnen.

Der zweite Teil setzt sich in den Kapiteln 3 bis 5 mit den organisierten Neonazis und der „Neuen Rechten“ in Chemnitz auseinander. Unser Blick richtet sich dabei auf die Strukturen, Ideologien und die Gewalt, die von „Rechts“ ausgeht. Im 6. und letzten Kapitel beschließen wir die Analyse mit der Vorstellung einiger wichtiger Chemnitzer Initiativen, Vereine und Organisationen, die sich gegen Neonazis und rassistische Bestrebungen einerseits und für die Rechte und Verbesserung der Lebenssituation von Flüchtlingen und dem Aufbau demokratischer Strukturen andererseits einsetzen.

1 Begriffsklärung

Das Erfassen und Verstehen gesellschaftlicher Phänomene und Problemlagen erfordert Überlegungen, mit welchen Begriffen und Konzepten diese beschrieben werden können und welche historischen und aktuellen gesellschaftlichen Kontexte und Ideologien ihnen zu Grunde liegen. Zunächst soll daher versucht werden zu erläutern, was unter „Rechtsextremismus“ verstanden wird und warum der Begriff kritisiert und als ungeeignet erachtet wird, menschenverachtendes Denken und Handeln in seinen verschiedenen Erscheinungsformen und Ausmaßen in der Gesellschaft hinreichend zu erfassen. Die daran anschließende Begriffsklärung kann weder einem Anspruch auf allgemeine Gültigkeit noch auf Vollständigkeit gerecht werden. Ihr Ziel soll vielmehr sein, menschenverachtende Ideologien erschließen zu helfen, um die allgemein als „rechtsextrem“ bezeichneten Einstellungen, Handlungen und Strukturen genau benennen und einordnen zu können.

1.1 Der Rechtsextremismusbegriff und dessen Kritik

1974 wurde der Begriff „Rechtsradikalismus“ von den Behörden des Verfassungsschutzes durch den Begriff „Rechtsextremismus“ ersetzt (vgl. Decker et al. 2010, S. 10ff.).¹ Fortan wird er in den Berichten des Verfassungsschutzes gebraucht, um eine durch bestimmte Personen bzw. Personengruppen ausgehende Bedrohung der „freiheitlichen demokratischen Grundordnung“ der Bundesrepublik Deutschland zu erfassen. Die heute wohl bekanntesten Befürworter des Extremismusbegriffs und der einhergehenden Extremismustheorie sind die Wissenschaftler Eckhard Jesse und Uwe Backes (vgl. Decker et al. 2010).

Mit dem mittlerweile „eingebürgerten“ Extremismusbegriff wird ein Monopol auf die Bedeutung des Begriffs „Demokratie“ seitens des Staates erhoben: Die „demokratische Mitte“ wird durch ausgemachte „extremistische Ränder“ – gleichermaßen sowohl von „Links“ wie von „Rechts“ – bedroht.² In der Konsequenz können damit einzelne Akteure sowie Parteien oder anders organisierte politische Zusammenschlüsse als „extremistisch“, d.h. demokratiefeindlich eingestuft und gegebenenfalls staatlich verfolgt werden – die „demokratische Mitte“ gilt dabei als der Repräsentant der idealen, unfehlbaren Demokratie. In der politischen Praxis zeigt sich, wie die Gleichsetzung von „Links“ und „Rechts“ zur Grundlage politischen Handelns der Regierung wird. So werden seit 2010 Beschlüsse auf Bundes- und Landesebene umgesetzt, die die „extremistischen Ränder“ mit Hilfe von Förderprogrammen und öffentlichen Geldern gleichermaßen zu bekämpfen versuchen.³ Mit der Gleichsetzung von „Links“ und „Rechts“ werden fundamentale Unterschiede zwischen antifaschistischem und demokratieförderndem Denken und Handeln

¹ Eine ausführliche Auseinandersetzung mit den historischen Hintergründen der Begriffsentstehung unternimmt u.a. Wippermann 2010b.

² Auf weitere konstruierte Bedrohungsgestalten wie etwa den „Islamismus“ kann an dieser Stelle nicht weiter eingegangen werden.

³ Vgl. dazu ein Interview mit Kristina Schröder (Löwenstein 2010).

einerseits und neonazistischen, demokratiefeindlichen Bestrebungen andererseits ignoriert und stattdessen mit dem „Kampf gegen Linksextremismus“ ein neues Bedrohungsszenarium seitens des Staates konstruiert. Dies zeugt nicht nur von einer ideologischen, realitätsleugnenden und verharmlosenden Haltung gegenüber rassistischen und faschistischen Aktivitäten und Morden⁴, sondern entzieht sich jeder wissenschaftlichen Grundlage. Mit der Unterschrift unter die sogenannte „Extremismusklausel“, eingeführt von Bundesfamilienministerin Kristina Schröder im Oktober 2010, sollen sich staatlich geförderte Initiativen zukünftig zum Grundgesetz bekennen und gleichsam auch die Verantwortung für ihre PartnerInnen und UnterstützerInnen übernehmen (vgl. Bochentin o.J.). Damit schafft der ideologische Kampfbegriff des „Extremismus“ ein Misstrauen sowohl gegenüber zivilgesellschaftlichen Akteuren als auch unter ihnen. Seit Einführung der Klausel gibt es vehement Kritik seitens verschiedener Akteure, die in ihr einen „empfindlichen Eingriff in die Handlungsfreiheit zivilgesellschaftlicher Initiativen“ sehen (Bundesarbeitsgemeinschaft Demokratieentwicklung 2011).⁵ Die BAGD begründet ihre Kritik in deutlichen Worten:

„Eine aktive und breite demokratische Initiativlandschaft ist ein unabdingbarer Bestandteil für die Entwicklung einer demokratischen Kultur. Zivilgesellschaftliche Arbeit besitzt eine notwendige Kritik- und Kontrollfunktion gegenüber staatlichem Handeln. Wer den Handlungsspielraum von nicht-staatlichen Initiativen einengt und zivilgesellschaftliches Engagement unter Verdacht stellt, betreibt einen anhaltenden Demokratieabbau. Demokratie schöpft ihr Potential zur Weiterentwicklung aus ihrer Kritik- und damit Veränderungsfähigkeit. Ein rein staatsfixiertes Demokratieverständnis, was die Beteiligung der Bürger_innen auf Wahlen beschränkt, kann keine gestalterische Kraft entwickeln.“ (Bundesarbeitsgemeinschaft Demokratieentwicklung 2011)

Solchen umstrittenen politischen Entscheidungen zuträglich ist auch die Problematik, dass die (Politik-) Wissenschaft und die politische Extremismusforschung keine einheitliche Definition von „Extremismus“ bzw. „Rechtsextremismus“ bereithält, die die Gesamtheit und Vielschichtigkeit des Phänomens hinsichtlich Einstellungen, Verhaltensweisen und Aktionen von Menschen und Gruppen erfassen könnte. Ohne an dieser Stelle auf den historischen Wandel des Begriffs und seiner unterschiedlichen Bedeutungen und Verwendungsweisen in den letzten dreißig Jahre näher eingehen zu können, soll an dieser Stelle zumin-

⁴ Über die Anzahl von Morden, die einen „rechtsextremen“ Hintergrund haben, besteht keine Einigkeit. Während die Polizeiliche Kriminalstatistik seit 1990 47 Todesopfer zählt (Stand 2009, vgl. Deutscher Bundestag 2009), geht die *Amadeu-Antonio-Stiftung* von 182 Tötungsdelikten aus (Stand 2011, vgl. Amadeu-Antonio-Stiftung 2011). Die Schwankungen sind strukturell bedingt: Ob ein Mord offiziell als „rechtsextrem“ motiviert gezählt wird, entscheiden die zuständigen Landeskriminalämter und nicht die Motivation der Täter oder ein Gerichtsurteil. Einen Vergleich der statistischen Daten erschwert zudem, dass die Kriterien zur Erfassung von Taten mit „rechtsextremem“ Hintergrund in den letzten Jahren mehrfach geändert wurden.

⁵ Weitere Kritik aus Sachsen und Chemnitz an der „Extremismusklausel“ kommen u.a. vom Kulturbüro Sachsen e.V. und dem Netzwerk für Demokratie und Courage.

dest eine Definition vorgestellt werden, auf die sich viele ForscherInnen der Sozialwissenschaften beziehen. „Rechtsextremismus“ ist demnach:

„(...) die Gesamtheit von Einstellungen, Verhaltensweisen und Aktionen, die von einer rassistisch oder ethnisch bedingten sozialen Ungleichheit der Menschen ausgehen, nach ethischer Homogenität der Völker verlangen und das Gleichheitsgebot der Menschenrechts-Deklaration ablehnen; die den Vorrang der Gemeinschaft vor dem Individuum betonen, von der Unterordnung des Bürgers unter die Staatsräson ausgehen, den Wertepluralismus einer liberalen Demokratie ablehnen und Demokratisierung rückgängig machen wollen.“ (Jaschke 2001, S. 30, zit. nach Neugebauer; Zitat von der Autorin leicht verändert)⁶

Auch wenn diese Definition „Rechtsextremismus“ immerhin nicht – im Unterschied zu vorherigen Definitionsversuchen – als „geschlossene Bedrohungsgestalt simplifiziert und stilisiert“ (Neugebauer 2008) und der Begriff sich sowohl in den Sozialwissenschaften durchgesetzt als auch im öffentlichen Sprachgebrauch etabliert hat, wird er von verschiedenen Seiten kritisiert und die Suche und Verwendung alternativer Begriffe angestrebt.⁷ Dem zugrunde liegt die Auffassung, dass mit dem Extremismus-Modell eine „Trennung [der Gesellschaft] behauptet wird, wo keine ist“ (Butterwegge 2002, S. 19) und dass ein Festhalten daran vielmehr der Aufrechterhaltung rechts-konservativer Werte und der Verharmlosung des Phänomens dient. So betonen die AutorInnen der im Jahre 2010 herausgegebenen Studie „Die Mitte in der Krise“, dass es allgemeiner Konsens sei, dass „rechtsextreme“ Einstellungen nicht nur am Rande der Gesellschaft, sondern auch in deren „Mitte“ anzutreffen sind, es sich hierbei also weder nur um ein Neonazi- oder spezifisches Jugend-/Gewaltproblem noch um ein Phänomen der neuen Bundesländer handelt, sondern um eines, dass in allen „Bevölkerungsschichten, Generationen und Regionen“ vorzufinden ist (vgl. Decker et al. 2010, S. 5). In Kapitel 2 werden wir anhand einiger Studien auf diese Feststellung zurückkommen.

Mit Blick auf die bisherigen Darlegungen ziehen wir AutorInnen die Konsequenz, den Begriff „Rechtsextremismus“ nicht zu verwenden bzw. in Anführungszeichen zu setzen. Der Begriff ist nicht nur normativ aufgeladen und wissenschaftlich umstritten, sondern er verschiebt das komplexe und gesamtgesellschaftliche Problem der Menschenverachtung und Menschenfeindlichkeit und die damit notwendige Verantwort-

⁶ Diese Bestimmung von „Rechtsextremismus“ hat der Politikwissenschaftler Gero Neugebauer in Anlehnung an den Politikwissenschaftler Hans-Gerd Jaschke erarbeitet. Neugebauer sieht hier all die Ansätze summiert, die den verschiedenen Ebenen des Begriffes, wie der Einstellungs- und Handlungsebene sowie deren Inhalten gerecht werden (vgl. Neugebauer 2008).

⁷ Wolfgang Wippermann weist den Extremismusbegriff als eine Erfindung des Verfassungsschutzes zurück, da er sowohl im wissenschaftlichen Sinne als auch als Rechtsbegriff unbrauchbar sei (vgl. Wippermann 2010c). Der kritischen Betrachtung des Extremismus-Modells widmet sich ausführlich auch ein aktueller Sammelband. In seinen Beiträgen wird deutlich, dass die Vorstellung von einer Bedrohung der Demokratie durch extremistische Ränder wissenschaftlich nicht haltbar ist (vgl. Forum für kritische Rechtsextremismusforschung 2011).

tungsübernahme aller an die Ränder der Gesellschaft. Zielführender und wichtiger ist es dagegen, nach den konkreten Einstellungen und Verhaltensweisen sowie nach den Inhalten und Zusammenhängen der Ideologien zu fragen, auf denen diese Einstellungen und Verhaltensweisen gründen, und sie im konkreten Fall zu benennen – genauso, wie die (organisierten) AnhängerInnen und BefürworterInnen der nationalsozialistischen bzw. rassistischen Ideologie als das zu bezeichnen sind, was sie sind: Neonazis bzw. RassistInnen.⁸

1.2 Alternative Begriffe

Bei den nachfolgenden Begriffsklärungen handelt es sich um eine Auswahl, die wir für die Beschreibung eines menschenfeindlichen, antidemokratischen und unfreien Denkens und Handelns für wesentlich erachten. Dabei sollen die einzelnen Phänomene nicht als starr voneinander abgegrenzt verstanden werden, sondern als Versatzstücke von Ideologien, deren Grenzen fließend sind, die sich gegenseitig bedingen und zusammengenommen das Ausmaß eines vielschichtigen und komplexen Phänomens abbilden.

Autoritarismus

Autoritarismus auf der persönlichen Ebene meint die Haltung, Autoritäten bedingungslos zu gehorchen und sich ihnen zu unterwerfen. In einem autoritaristischen Weltbild haben alle Menschen ihren Platz in einer strikten sozialen Hierarchie einzunehmen und die vorherrschenden Normen, Regeln und Gesetze der gesellschaftlichen Ordnung widerspruchslos zu befolgen. Personen, die aus dieser Hierarchie herausfallen, indem sie von der Norm bewusst oder unbewusst abweichen oder die ihnen überstehenden Autoritäten in Frage stellen, müssen mit Sanktionen rechnen. Um die gesellschaftliche Ordnung (wieder-)herzustellen, werden von den Autoritäten auch aggressive und gewalttätige Handlungen gegen die AbweichlerInnen als vermeintlich legitimes Mittel angewandt.

Auf der politischen Ebene ist mit Autoritarismus u.a. der positive Bezug auf und die Favorisierung von autoritären, diktatorischen Regimes gemeint bzw. der Wunsch nach einer politischen Führung der „Starken Hand“ bzw. einer „Law-and-Order-Politik“.

⁸ Die bisher bekanntesten Studien erforschen „Rechtsextremismus“ auf der Ebene der Einstellungen innerhalb der Bevölkerung. Zu den Ideologiefragmenten nach Decker et al. 2010 gehören an dieser Stelle: Antisemitismus, Ausländerfeindlichkeit, Chauvinismus, Verharmlosung des Nationalsozialismus, Befürwortung einer Diktatur und Sozialdarwinismus. Heitmeyer legt den Fokus in seiner Studie auf die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, d.h. ob gegen schwächere Gruppen eine ablehnende/ausgrenzende Haltung eingenommen wird. Er fragt danach, ob und wie die einzelnen Einstellungen (Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Islamophobie, Abwertung von Obdachlosen, Abwertung von Menschen mit Behinderung, Sexismus, Homophobie sowie Etabliertenvorrechte) miteinander zusammenhängen (vgl. Heitmeyer 2007).

Chauvinismus und Sozialdarwinismus

Chauvinismus wird „als eine Form übersteigerten Nationalgefühls mit gleichzeitiger Fremdadwertung“ (vgl. Decker et al. 2010) verstanden. Damit verbunden ist der Wunsch nach einer „starken Nation“, deren Interessen auch im Ausland konsequent vertreten werden und die gegenüber anderen Nationen eine Vormachtsstellung einnehmen soll.

Auch zwischenmenschliche Einstellungen und Verhaltensmuster können durch ein solches Überlegenheitsgefühl geprägt sein. Es zeigt sich etwa dann, wenn sich Menschen aus einer höheren Gesellschaftsschicht abfällig oder feindlich gegenüber sozial marginalisierten Personen (z.B. Harz IV-EmpfängerInnen, Obdachlose) äußern oder diese diskriminieren. Dieses, oft als „Wohlstandschauvinismus“ bezeichnete Phänomen, tritt v.a. bei Menschen(-gruppen) hervor, die befürchten, dass sie ihren eigenen Wohlstand, Einfluss oder ihre Macht mit Anderen, „Fremden“ teilen müssen. In gesteigerter Form wird dem Erhalt der gesellschaftlichen Position des Individuums oder einer spezifischen Gruppe absoluter Vorrang eingeräumt und die Vorstellung einer solidarischen und sozial gerechten Gemeinschaft zurückgewiesen.

Anknüpfungspunkte an den Chauvinismus findet der sogenannte Sozialdarwinismus. Dabei handelt es sich um die fehlerhafte Übertragung von biologischen Prinzipien aus der Evolutionstheorie Charles Darwins auf die Gesellschaft (vgl. ebd., S. 23). Nach dieser Theorie, so die BefürworterInnen, könnten Menschen nach ihrem Wert für die Gesellschaft (z.B. physische und psychische Stärke, Intelligenz) in wertvolle und wertlose Mitglieder selektiert werden.

Homophobie

Hierbei handelt es sich um eine irrationale feindliche Einstellung gegenüber Menschen, die keine heterosexuelle, sondern eine homosexuelle, bisexuelle oder transidente Lebensweise führen.⁹

Faschismus

Als faschistisch wird eine ideologische Strömung bezeichnet, die zu Beginn des 20. Jahrhunderts in mehreren Ländern Europas aufkam und bis heute existiert (vgl. Wippermann 1984). Bei allen länderspezifischen Unterschieden teilen Faschisten eine Reihe grundlegender Ansichten.

In ideologischer Hinsicht sind faschistische Organisationen durch ihre extrem nationalistischen und rassistischen Einstellungen gekennzeichnet. Darüber hinaus teilen sie einen Hass gegen Minderheiten. Unterschiedlich sind die jeweiligen Bevölkerungsgruppen, gegen die sich der Hass oft soweit richtet, dass sie zu Feinden des eigenen – zumeist weißen – Volkes erklärt werden: People of Color (Rassismus), Juden (Antisemitismus), Sinti und Roma (Antiziganismus), Muslime (Anti-Muslimischer Rassismus), Schwule (Homophobie), sozial Schwache (Sozialdarwinismus) usw. Faschisten betonen Männlichkeit, Jugend und das Recht des Stärkeren. Damit einher geht die Bejahung von Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele.

⁹ Transidentität beschreibt die Abweichung der Geschlechtsidentität vom biologischen Geschlecht.

Charakteristisch für faschistische Politik ist ein kompromissloser Vernichtungswille gegenüber den politischen Gegnern sowie den zu Feinden erklärten Minderheiten. Politische Verfolgung und Terror sind die wichtigsten Mittel faschistischer Politik.

In organisatorischer Hinsicht befürworten faschistische Gruppierungen in der Regel das Führerprinzip. Sie sind im Allgemeinen streng hierarchisch organisiert und verfügen häufig über bewaffnete, zumindest gewalttätige Organisationen.

Heutzutage besteht in Deutschland eine Arbeitsteilung zwischen den offiziellen faschistischen Organisationen wie der *NPD*, die im Rahmen der parlamentarischen Demokratie um Wählerstimmen und staatliche Zuschüsse kämpft, und den inoffiziellen Organisationen wie den Kameradschaften, die auf lokaler Ebene agieren und u.a. durch Terror gegen erklärte Feinde sogenannte „national befreite Zonen“ zu schaffen versuchen.

Nationalismus und Ethnopluralismus

Der Nationalismus ist eine aus der Nation abgeleitete Ideologie.¹⁰ Ihren Kern bildet eine Vorstellung von Nation als Schicksalsgemeinschaft, die ihren Mitgliedern innerhalb einer feindlichen Umwelt Schutz bietet und deshalb auch selbst schutzbedürftig sei. NationalistInnen verstehen die Nation als eine Gemeinschaft von Menschen mit gemeinsamen vor allem kulturellen Merkmalen wie Sprache, Traditionen, Sitten und Gebräuchen. Während im 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine Nation häufig mittels einer behaupteten gemeinsamen Abstammung ihrer Mitglieder begründet wurde (siehe Rassismus), wird heutzutage, insbesondere von der sogenannten „Neuen Rechten“ (siehe Kapitel 3.4), eine prinzipiell unverlierbare „nationale Identität“, die jeden Menschen als Mitglied einer bestimmten Nation ausweist, postuliert.

Im Weltbild der NationalistInnen, d.h. extrem gesinnter VerfechterInnen der Nation, stehen alle Nationen und die dazugehörigen Menschen in permanenter und prinzipiell unaufhebbarer Konkurrenz zueinander – wobei die Nation nicht nur durch äußere, sondern auch durch innere „Feinde“ bedroht gesehen wird. Diese Zuschreibung kann auf all jene Menschen zutreffen, die ihre „nationale Pflicht“ nicht erfüllen und z.B. dem Kampf gegen die jeweils anderen Nationen (vermeintlich) schaden.

Besonderes Augenmerk legen NationalistInnen auf die offizielle Geschichte ihrer Nation. So werden auf der einen Seite herausragende Leistungen, die dem eigenen Kollektiv zugeschrieben werden, besonders betont, während „dunkle“ oder als schmachvoll empfundene Kapitel der Nationalgeschichte oft abge-

¹⁰ Die schicksalhafte und überzeitliche Verbindung zwischen dem Einzelnen und seiner Nation unterscheidet die nationalistische Vorstellung von anderen Vorstellungen, die eine Nation z.B. als eine historisch entstandene, und deshalb auch prinzipiell vergängliche Idee betrachten. Als politisches Konstrukt regelt die Nation formal die Zugehörigkeit seiner Mitglieder über die Staatszugehörigkeit. Diese bekommt jeder Mensch – ungefragt, nach seiner Geburt – zugeschrieben.

schwächt oder gleich abgestritten werden. Dieses Bemühen zeigt sich beispielsweise dann, wenn deutsche NationalistInnen historische Fakten, wie etwa den Holocaust, leugnen.

Nationalistisches Denken ist heute – v.a. im Kreis der „Neuen Rechten“ – eng mit der Ideologie des Ethnopluralismus verbunden. Dessen VertreterInnen sprechen den unterschiedlichen Völkern nicht mehr offen das Existenzrecht ab oder fordern offen deren Vernichtung, sondern bestehen auf eine klare Abgrenzung untereinander, damit die jeweils eigene Kultur bewahrt würde. Vordergründig entsteht bei dieser Spielart des Nationalismus der Eindruck, dass alle Kulturen und die mit ihr verbundenen Menschen ein gleichberechtigtes Existenzrecht hätten. Angesichts der kompromisslosen „Verteidigung“ einer vermeintlich genuinen, spezifischen „Volkskultur“ handelt es sich allerdings wiederum um eine rassistische Forderung, die in der Praxis Ausgrenzung und Vertreibung bedeutet.

Rassismus

Auch die Ideologie des Rassismus sieht die Welt als Kampfplatz unterschiedlicher Großkollektive. Sie teilt die Menschheit in bestimmte Gruppen, indem der Einzelne anhand äußerlicher Merkmale gedanklich einer (oder mehreren) „Rasse(n)“ zugeordnet und diesen bestimmte charakterliche Eigenschaften und Verhaltensweisen zugeschrieben werden (Rassifizierung). Während bereits diese Denkart als irrational zu verwerfen ist, kann überdies die Wissenschaft längst belegen, dass physisch homogene, von einander klar unterscheidbare Gruppen gar nicht existieren: Die genetischen Unterschiede zwischen den behaupteten menschlichen „Rassen“ sind bei weitem geringer als die zwischen Mitgliedern ein und derselben vermeintlichen „Rasse“ (vgl. u.a. Kattmann o.J.).

Obwohl ein konsistentes rassistisches Weltbild kaum im heutigen gesellschaftlichen Diskurs öffentlichen vertreten wird – nicht zuletzt aufgrund drohender gesellschaftlicher Sanktionen –, ist rassistisches Denken dennoch weit verbreitet. Rassismus äußert sich in der politischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Ungleichbehandlung von Menschen, in tradierten Klischees und in Überlegenheitsgefühlen bis hin zu Hass großer Teile der Bevölkerung gegenüber anders aussehenden und anders denkenden Menschen oder Menschengruppen. Nach dem „People of Color“-Ansatz sind davon all die Menschen betroffen, die nicht der zumeist weißen Dominanzkultur angehören.¹¹ In den heutigen rassistischen Denkmustern werden homogene Gruppen nicht mehr nur noch aufgrund biologischer, äußerlicher Merkmale konstruiert, sondern aufgrund nationaler, sozialer und kultureller bzw. religiöser Zugehörigkeiten.

¹¹ „Als Begriff bezieht sich ‚People of Color‘ auf alle rassifizierte Menschen, die in unterschiedlichen Anteilen über afrikanische, asiatische, lateinamerikanische, arabische, jüdische, indigene oder pazifische Herkünfte oder Hintergründe verfügen. Er verbindet diejenigen, die durch die weiße Dominanzkultur marginalisiert sowie durch die Gewalt kolonialer Tradierungen und Präsenzen kollektiv abgewertet werden (...) Der Begriff ‚People of Color‘ ist in Deutschland bisher nicht etabliert. Daher werden die mit diesem Begriff verbundenen theoretischen und politischen Kontexte in den hiesigen akademischen wie anti-rassistischen Diskursen bislang unzureichend diskutiert.“ (Ha 2009).

Auch wenn Faschismus und Nationalismus fast immer in Verbindung mit Rassismus auftreten, gilt dies andersherum nicht. Rassismus ist kein Phänomen einer extremen Minderheit, sondern in der sogenannten Mehrheitsgesellschaft stark verbreitet.

Die folgenden Begriffe sollen rassistisches Denken spezifizieren, insofern es jeweils auf eine bestimmte Gruppe von Menschen ausgerichtet ist und als Phänomen gesellschaftlich und historisch unterschiedlich stark in Erscheinung tritt. Auch wenn die dahinter liegenden Motivationen jeweils religiös, politisch-ideologisch, wirtschaftlich oder kulturell unterschiedlich begründet sind bzw. sogar konträr zueinander stehen, ist der gemeinsame Nenner doch immer wieder in der Ablehnung, Anfeindung, Kriminalisierung, Ausgrenzung bis hin zur Vernichtung einer bestimmten Gruppe von Menschen zu finden.

Antisemitismus

Als Antisemitismus wird die feindliche Einstellung gegenüber Juden und Jüdinnen bezeichnet, die oftmals mittels diverser Verschwörungstheorien über die angebliche finanzielle und politische Macht „der Juden“ begründet wird. Diese Ideologie geht in der Regel mit der Vorstellung einher, weltpolitische Probleme seien auf die Schuld Einzelner zurückzuführen. Anders als bei der Diskriminierung anderer vermeintlich minderwertiger Minderheiten beruht der Antisemitismus auf der Vorstellung, Juden seien gesellschaftlich höher gestellt. Da Antisemitismus im aktuellen öffentlichen Diskurs in Deutschland nicht geduldet wird, beschränken sich Antisemiten häufig auf eine pauschale Kritik am Staat Israel oder am „jüdisch kontrollierten“ Finanzkapitalismus.^{12,13}

Antiziganismus

Hierunter ist die feindliche Einstellung gegenüber Sinti und Roma zu verstehen, die sowohl in Deutschland – wenn auch subtiler als in anderen, v.a. südeuropäischen Ländern – wieder verstärkt im Alltag auftritt. In der antiziganistischen Denkweise werden Armut und Kriminalität ethnisiert. Den „Zigeunern“, als die sie verachtend bezeichnet werden, wird vorgeworfen, sie seien schmutzig, kriminell und unfähig, sich den Regeln und kulturellen Lebensweisen der Mehrheitskultur anzupassen, und daher selbst Schuld an ihrer gesellschaftlichen Ausgrenzung.¹⁴ Antiziganismen werden bis heute u.a. auch in Musiktexten oder Bildern

¹² In der Antisemitismusforschung wird hier von „Kommunikationslatenz“ gesprochen, die sich aufgrund der Sanktionierung antisemitischer Äußerungen entwickelt hat (vgl. Shooman 2011).

¹³ Ebenso unsinnig ist es allerdings, hier einen Umkehrschluss zu konstruieren und alle KritikerInnen der Staats- und Regierungspolitik Israels als Antisemiten zu bezeichnen.

¹⁴ Um die Bezeichnung „Zigeuner“ besteht in Deutschland eine politische Debatte, die nicht nur auf dem Grund für die Verfolgung durch die NationalsozialistInnen im 3. Reich basiert. Natascha Winter, Vertreterin des Vereins *Sinti Allianz*, weist darauf hin, dass das Wort „Zigeuner“ eine selbstgewählte Volksbezeichnung von ca. 12 Mio. in Europa lebenden Menschen sei. Die Bezeichnung „Sinti und Roma“ würde „ein Drittel der hier lebenden Zigeuner, das sind vor allem Sinti“ ausgrenzen (Winter in Bunjes 2011, S. 4). Dagegen lehnt Herbert Heuß, Mitarbeiter des *Zentralrates der Sinti und Roma* in Deutschland, den Begriff „Zigeuner“ als diskriminierende „Fremdbezeichnung der Mehrheits-

mit tradierten Vorstellungen vom umherziehenden „Zigeuner“ ohne festen Wohnsitz lebendig gehalten. Als besonders schwerwiegendes Problem des Antiziganismus gilt die strukturelle Ausgrenzung, die die Betroffenen aufgrund fehlender Papiere zu politisch rechtlosen Menschen macht.¹⁵

Anti-Muslimischer Rassismus

Als Anti-Muslimischer Rassismus wird die stereotype, negative und feindliche Einstellung gegenüber MuslimInnen bezeichnet. Als von der Mehrheitsgesellschaft konstruierte homogene Gruppe sehen sie sich mit einer strukturellen Diskriminierung sowie einer gesellschaftlichen Ausgrenzung konfrontiert.¹⁶

Als Abgrenzungskriterium dient hier nicht die Nation, sondern die Religionszugehörigkeit (bzw. damit verbundene äußerliche Merkmale wie Kopftuch oder Bart). Als Kritik am Islam getarnt, hat sich diese Ideologie vor allem seit dem 11. September 2001 – zusätzlich befördert durch die mediale Berichterstattung – innerhalb der westlichen Welt stark ausgebreitet. Sie umfasst im Wesentlichen zwei Aspekte: Zum einen schreibt dieser Rassismus MuslimInnen pauschal extrem irrationale, fundamentalistische, autoritäre sowie frauen- und homosexuellenfeindliche Einstellungen und Verhaltensweisen zu. Zum anderen verbindet sich diese Negativzuschreibung mit einer diffusen Angst weiterer Teile der Bevölkerung vor „den“ MuslimInnen, die selbst vor Selbstmordattentaten nicht zurückschreckten. Extreme Vertreter dieser Ideologie unterstellen MuslimInnen einen gemeinsamen Willen, z.B. Deutschland zu „islamisieren“.

Im nun folgenden Kapitel soll es darum gehen, anhand ausgewählter Studien darzulegen, dass menschenverachtendes Denken überall in der Gesellschaft zu finden ist und daher nicht nur „rechtsextremen“ Rändern zugeordnet werden kann. Darüber hinaus wird der Institutionelle Rassismus in Deutschland und Europa als eine v.a. für Flüchtlinge besonders schwerwiegende Form der Ausgrenzung und Unmenschlichkeit beleuchtet.

gesellschaft, die mit vielen Stereotypen beladen ist“ ab (Heuß in ebd.). Auch in der Wissenschaft besteht keine Einigkeit. Folglich ist es ratsam, jeweils die entsprechenden Eigenbezeichnungen zu verwenden (vgl. Bunjes 2011, S. 4).

¹⁵ Weitere Informationen in: Verlag Der Rechte Rand 2010a bzw. End et al. 2009.

¹⁶ Shooman spricht in diesem Zusammenhang von der „Ethnisierung“ der Kategorie MuslimIn. Der Begriff „Muslimfeindlichkeit“ wird von ihr kritisiert, da er das Machtverhältnis zwischen Mehrheits- und Minderheitsgesellschaft, in dem diese Diskurse entstehen und wirksam werden, nicht berührt (vgl. Shooman 2011).

2 Rassismus im Alltag und auf institutioneller Ebene

Neonazis und ihre Strukturen entstehen nicht entkoppelt von der Gesellschaft. Die Einstellungen vieler Menschen sind geprägt von homophobem, nationalistischem, rassistischem, antisemitischem, sozialdarwinistischem und sexistischem Denken. Diese rassistische Alltagskultur äußert sich durch einen Konsens, welcher alles, was nicht in das Bild der Mehrheitsgesellschaft passt, ausgrenzt und mehr oder weniger bekämpft. Legitimation und Bestärkung erhalten solche Einstellungen durch rassistische Gesetze und ihre Umsetzung. Im Folgenden soll zunächst das Bestehen oben beschriebener Einstellungen in der Gesellschaft anhand einiger Studien belegt werden.

2.1 Alltagsrassismus und menschenverachtende Einstellungen

Eine Studie des *Staatsministeriums für Soziales und Verbraucherschutz des Freistaat Sachsen (SSVFS)* untersuchte im Jahr 2009 Orientierungsmuster junger Menschen in Sachsen. Insgesamt wurden 1.000 Jugendliche im Alter von 15 bis 26 Jahren zu unterschiedlichen Bereichen befragt. Der für uns relevante Teil der Studie bezieht sich ausschließlich auf die Meinung der Jugendlichen über das Zusammenleben von Deutschen und BürgerInnen anderer Kulturkreise. Die Auswertung der Studie zeigt besorgniserregende Ergebnisse. In der Frage, ob Deutschland für weitere Zuwanderung offen sein soll, gaben nur 10 % der Teilnehmenden ihre Zustimmung, 39 % beantworteten die Frage ablehnend. Zu einer zweiten Frage meinten 30 % der Jugendlichen, dass ein weiterer Zuzug von „Ausländern“ für Deutschland nicht mehr verkraftbar sei.¹⁷ Weitere 39 % stimmten dieser Aussage zumindest noch teilweise zu und nur 20 % lehnten diese Aussage ab. Bei einer weiteren Frage sollten die Teilnehmenden entscheiden, ob der „Ausländeranteil“ in Deutschland zu hoch sei. 32 % der Befragten stimmten dieser Aussage völlig zu und 33 % stimmten teilweise zu. Nur 23 % der Jugendlichen meinten, dass der Anteil an „Ausländern“ in Deutschland nicht zu hoch sei. Die Studie zeigt also fraglos eine gegenüber „Ausländern“ stark ablehnende Haltung bei den sächsischen Jugendlichen.

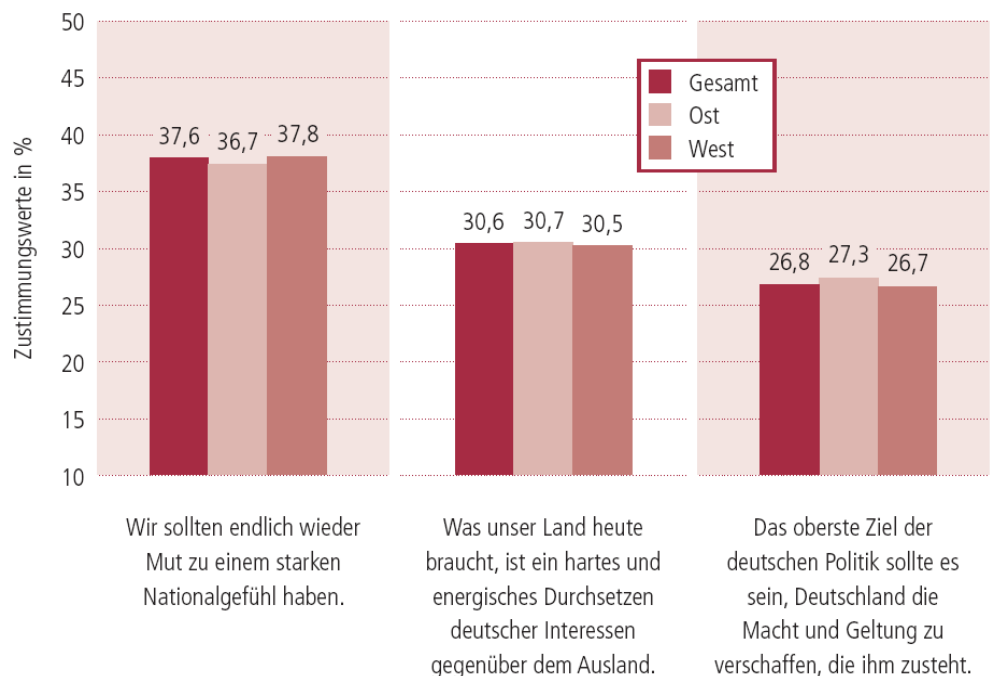
Eine weitere Studie der *Friedrich-Ebert-Stiftung* belegt, dass Rassismus und menschenverachtendes Denken nicht nur ein Problem bei jungen Menschen darstellt. Die Studie *Die Mitte in der Krise* untersuchte „rechtsextreme“ Einstellungen in der gesamten Gesellschaft.¹⁸ Solche Einstellungen wurden anhand sechs verschiedener Dimensionen abgeleitet: die „Befürwortung rechtsgerichteter Diktaturen“, „Chauvinismus“, „Ausländerfeindlichkeit“, „Antisemitismus“, „Sozialdarwinismus“ und die „Verharmlosung des Nationalsozialismus“. Die Studie kam zu folgenden Ergebnissen:

¹⁷ Den Begriff „Ausländer“ lehnen wir als AutorInnen dieses Textes ab, da er nicht nur Menschen einer pauschalen Kategorie unterordnet und nicht zwischen Herkunft, Status differenziert und sie als Individuen begreift, sondern auch rassistisches Denken (re)produziert, indem Menschen als „die Anderen“, „die Fremden“, die nicht zu „uns“ gehören, ausgegrenzt werden.

¹⁸ Auch wenn Decker et al. den Extremismusbegriff anwenden, machen sie dies zumindest nicht unreflektiert. Am Anfang ihrer Untersuchungen diskutieren sie die Problematiken und Kontroversen des Begriffs.

Das Befürworten rechtsautoritärer Diktaturen lag unter den Befragten zwischen 8,8 % und 23,6 %. Fast ein Drittel aller Befragten stimmten chauvinistischen Aussagen zu (vgl. Abb. 1). Bei Fragen, die auf „Ausländerfeindlichkeit“ hinweisen, ergaben sich Werte zwischen 31,7 % und 35,6 % (vgl. Abb. 2), wobei die Werte in den Neuen Bundesländern weitaus höher ausfielen. Antisemitischen Aussagen stimmten 14,8 – 17,2 % der Befragten zu. Die Zustimmungen in der Dimension „Sozialdarwinismus“ lagen zwischen 10,8 und 15,2 % (vgl. Abb. 3). Bei den Nationalsozialismus verharmlosenden Aussagen verhielten sich immerhin noch zwischen 7,2 % und 10,7 % der Teilnehmenden zustimmend (vgl. Decker et al. 2010).

Abb. 1: Zustimmung zu den Aussagen der Dimension „Chauvinismus“¹⁹



¹⁹ Abb. 1-3: Decker et al. 2010, S. 77ff.

Abb. 2: Zustimmung zu den Aussagen der Dimension „Ausländerfeindlichkeit“

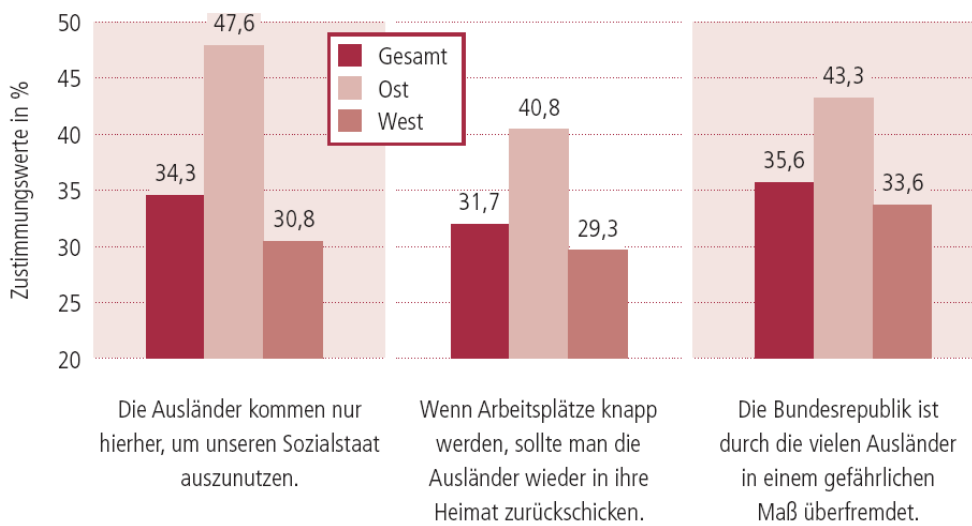
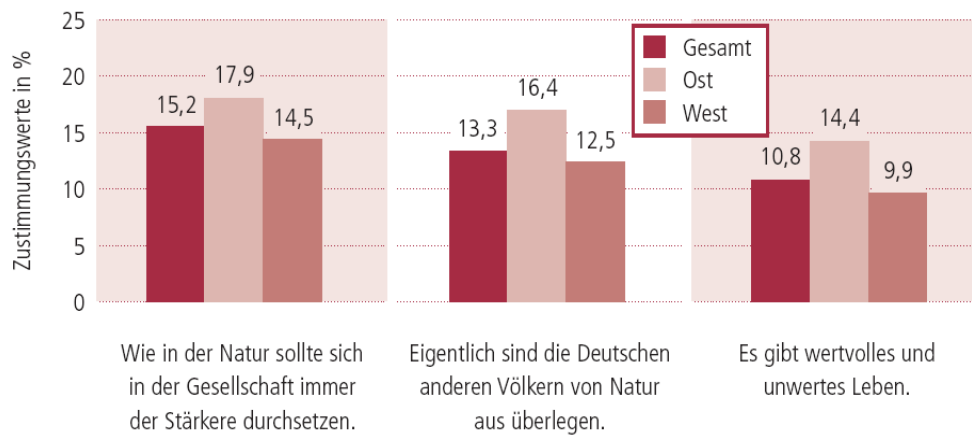


Abb. 3: Zustimmung zu den Aussagen der Dimension „Sozialdarwinismus“



In den letzten Jahren wuchs v.a. die Zahl der Menschen, die MuslimInnen ablehnend bis feindlich gegenüberstehen. Der Aussage: „Ich kann es gut verstehen, dass manchen Leuten Araber unangenehm sind“, stimmten 55,4 % der Befragten zu. 58,4 % der Teilnehmenden sind der Meinung, „für Muslime in Deutschland sollte die Religionsausübung erheblich eingeschränkt werden“ (vgl. ebd.).

Diese Tendenzen spiegelt auch eine Studie von Zick, Küpper und Hövermann wieder. Nach dieser stimmte in Deutschland fast jeder zweite (46,1 %) der Befragten der Aussage zu: „Es gibt zu viele Muslime in Deutschland“ (vgl. Zick et al. 2011, S. 70).

Die Langzeitstudie zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit des *Bielefelder Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung* unter der Leitung von Wilhelm Heitmeyer ergab ebenfalls hohe Werte für eine negative Einstellung der Mehrheitsbevölkerung gegenüber dem Islam und MuslimInnen. Bei dem Vergleich der Ergebnisse aus den Jahren 2004 und 2006 zur „Islamophobie“, die von Heitmeyer als „Ablehnung und Angst vor Muslimen, ihrer Kultur und ihren politischen und religiösen Aktivitäten“ verstanden wird, zeigt sich ein kontinuierlicher Anstieg (vgl. Heitmeyer 2007, S. 17).²⁰ Zur Verbreitung des Anti-Muslimischen Rassismus tragen auch die Medien bei. So sei an dieser Stelle auf die Titelbilder großer deutscher Zeitschriften hingewiesen, die bereits vor einigen Jahren vor einer „neuen Bedrohung“ der westlichen Gesellschaft durch den Islam warnten bzw. „die“ Muslime als „Gegenwelt“ konstruierten.²¹ Das Medienspektakel um den ehemaligen *SPD*-Politiker und Mitglied des Bundesbankvorstandes Thilo Sarrazin ist nur ein weiteres Beispiel dafür, wie rechtsideologische, fremdenfeindliche und sozialdarwinistische Aussagen von den Medien hofiert werden. Kritische Analysen über diese rassistische Menschenhetze oder die Sichtweisen der davon betroffenen Individuen oder Gruppen werden in den Massenmedien kaum oder gar nicht berücksichtigt.²²

Und auch im Hinblick auf Sinti und Roma zeigen sich erschreckende Zahlen. Eine – bereits etwas zurückliegende – Studie ergab, dass 60 % der Deutschen „Zigeuner“ hassen (vgl. Wippermann 2010a); zeitgleich sprechen aktuelle politische Fakten für sich, wenn Wippermann von der in Deutschland bevorstehende Abschiebung Tausender Roma in den Kosovo spricht (vgl. ebd.). Beispiele auf europäischer Ebene

²⁰ In der Zeitschrift *Der Rechte Rand* vom März/April 2010 (Verlag Der Rechte Rand 2010b) wird die steigende rassistische Anfeindung von MuslimInnen in Deutschland und Europa ausführlich behandelt. Dort wird u.a. auf eine Studie des US-amerikanischen *Pew Research Center* Bezug genommen, die angibt, dass die Hälfte der Deutschen MuslimInnen ablehnend gegenübersteht. Damit ist Deutschland nach Spanien und vor Polen eines der drei Länder, in dem islamfeindliche Einstellungen am häufigsten vertreten sind. Auch Erhebungen in Deutschland bestätigen den Anstieg des Rassismus gegenüber MuslimInnen (vgl. von Bremen 2010). Die Studie von Decker et al. 2010 ergab, dass die „Islamfeindlichkeit“ in Deutschland im Jahre 2010 auf über 55 % gestiegen ist. Die zögerliche Berichterstattung über den Mord an Marwa El-Sherbini im Dresdener Landgericht 2009 veranlasste den RAA Sachsen e.V. zu einer ausführlichen Auseinandersetzung mit dem anti-muslimischen Rassismus in dem Band *Tödliche Realitäten* (vgl. RAA Sachsen e.V. 2011a).

²¹ Vgl. z.B. die Titelblätter von *FOCUS* 48/2004 (*FOCUS* 2004) und *DER SPIEGEL* 13/2007 (*DER SPIEGEL* 2007).

²² Das Titelblatt und die Berichterstattung des *SPIEGELS* (vgl. ebd.) analysierte ausführlich Spetsmann-Kunkel 2007. Eine empirische Untersuchung, die sich kritisch mit Sarrazins Thesen auseinandersetzt und sie größtenteils widerlegt, liefert Foroutan 2010.

zeigen sich in der Deportation von ca. 8.000 Roma nach Rumänien und Bulgarien 2010 durch die französische Regierung, die Pogrome gegen Roma in Italien 2009 oder die Unterdrückung und Verfolgung der rumänischen, slowakischen, ungarischen und bulgarischen Roma durch Neonazis, Parteien und Staaten (vgl. ebd. oder Kuiper 2011).

Zusammenfassend lässt sich aus den hier nur beispielhaft dargestellten Bezügen sagen, dass rassistische und menschenfeindliche Einstellungen ein außerordentliches Problem unserer Gesellschaft und ihrer vermeintlich auf Menschenrechten basierenden Demokratie darstellt. Aufgrund bestimmter Merkmale (Farbe der Haut und Haare, Sprache, Name oder religiöse Symbole) werden die Betroffenen „permanent zu Fremden gemacht – und zwar unabhängig davon, ob sie in Deutschland geboren und sozialisiert wurden (...) Diese Alltagsdimension von Rassismus wird bei einer Reduzierung auf extreme Positionen ausgeblendet“ (Shooman 2011).

Darüber hinaus ist es wichtig zu erkennen, dass Zuschreibungen jeder Art oft sozial konstruiert sind und als Abgrenzungsmechanismen einer Mehrheitsgesellschaft gegenüber Minderheiten bzw. marginalisierten Gruppen dienen. In diesen Prozessen werden Identitäten zumeist nicht freiwillig gewählt, sondern von Außen bestimmt. Shooman drückt dies folgendermaßen aus:

„Die Einstellungen von Menschen gegenüber Gruppen basieren nicht auf individuellen Vorlieben und Abneigungen, vielmehr handelt es sich bei der Frage, welche Gruppen als ‚fremd‘ wahrgenommen werden, um einen aktiven Konstruktionsprozess, in dessen Rahmen bestimmte Bilder und Stereotype produziert werden und als soziales Wissen kursieren. Wie solche Diskurse entstehen und gesellschaftlich wirksam werden, hat viel mit Macht- und Dominanzverhältnissen in einer Gesellschaft zu tun.“ (Shooman 2011)

Bei dem Versuch, menschenverachtende Einstellungen zu ergründen, wird – auch in Rückbezug auf die Diskussion in Kapitel 1.1 – ersichtlich, dass der Fokus auf ausschließlich „rechtsextreme“ Strukturen oder der Bezug auf die Extremismustheorie eine tiefer gehende Analyse über die Ursachen des Phänomens verhindert bzw. ihr sogar konträr entgegensteht. Die bisherigen Darlegungen zeigen vielmehr, dass die Ursachenanalyse eng mit der Frage nach den sozial, politisch und ökonomisch ungleichen Machtverhältnissen in der Gesellschaft verbunden ist.

Die Politische Kultur als Reproduktionsfaktor von Rassismus

Gleichwohl wäre es zu einfach, die Gründe für menschenverachtende Einstellungen bzw. für rassistische Handlungen ausschließlich auf dieser Ebene zu verorten oder als ein Problem ostdeutscher Bundesländer abzutun. So kommen Studien aus den alten Bundesländern zu anderen Ergebnissen, die wir für unsere Situationsanalyse als bedeutsam erachten und daher zum Abschluss dieses Punktes heranziehen wollen.

Eine Studie des *beratungsNetzwerk hessen* mit dem Titel „Das ist Vielen gar nicht bewusst“ beobachtete in der Region Schwalm-Eder-Kreis einen „Rechtsextremismus“, der Teil der Alltagskultur einzelner Städte und Dörfer ist. Die Erfahrungen der Befragten über die Situation in Vereinen oder auf Volksfesten weisen auf das Phänomen der „No-Go-Areas“ hin, d.h. auf einen alltäglichen Zustand, in dem aufgrund von Angst vor gewaltbereiten „Rechtsextremisten“ und deren Repressionen bestimmte Orte gemieden oder Beleidigungen bzw. Angriffe weder öffentlich thematisiert noch angezeigt werden (vgl. Neuman et. al 2009, S. 31ff.). Die Neonazis dort würden das öffentliche Leben jedoch nicht – wie oft angenommen – „unterwandern“, sondern seien „vielerorts scheinbar integriert“ (vgl. ebd., S. 32). Zwar beschreiben die AutorInnen das Phänomen des „Rechtsextremismus“ auch als ein jugendspezifisches, ziehen aber den Schluss, dass die Ursachen als vielschichtig zu betrachten sind und die familiäre Umgebung sowie die politische Kultur, in der die Jugendlichen aufwachsen, einen prägenden Einfluss haben. Neben Erziehungsstilen wird der für den ländlichen Raum charakteristische Strukturkonservatismus genannt, den sich die *NPD* zu Nutze mache (vgl. ebd., S. 37ff.). Bezeichnend für einen solchen starren Konservatismus sind die Relativierung und Verherrlichung des Nationalsozialismus, Sozialneid und das Fehlen einer Kultur, die offen ist und tolerant gegenüber neuen, alternativen und andersartigen Entwicklungen oder Einstellungen (vgl. ebd., S. 38f.). Die Studie kommt zu dem Schluss, dass Rassismus nicht in einem luftleeren Raum entsteht, sondern bereits einen Nährboden vorfindet, auf dem (organisierte) Neonazis leichtes Spiel haben, junge Menschen für ihre Freizeitaktivitäten (etwa Musikveranstaltungen), Sport oder Vereinsarbeit zu gewinnen. Aus den häufig berichteten negativen Erfahrungen der befragten Personen im Umgang mit rassistischen Einstellungen oder Gewalttaten in der Öffentlichkeit, in Politik und Polizeibehörden schließen wir, dass Aufklärungs- und Präventionsarbeit sowie wirksame Reaktionen und Diskussionen zwingend notwendig sind, um der Tendenz der Leugnung, Verharmlosung und Entpolitisierung des Neonazismus und Rassismus entgegenzuwirken.

In einer anderen Studie aus einer wohlhabenden Region Baden-Württembergs aus dem Jahr 2007 wurde ebenfalls u.a. herausgearbeitet, dass „rechtsextreme“ Einstellungen nicht in einem direkten Zusammenhang mit einer sozial schwachen Position bzw. der ökonomisch marginalisierten Situation eines Menschen stehen muss.²³ Nach den Erkenntnissen der ForscherInnen war die gesamte von ihnen beobachtete lokale „politische Kultur“ von einer „rechtsgerichteten Stimmung“ und fremdenfeindlichen und autoritären Einstellungen geprägt (vgl. Held et al. 2007, S. 144). In dieser politisch „rechtsgerichteten“ Kultur finden „rechte“ Akteure Anerkennung und sind in das Gemeinschaftsleben gut integriert. Die WissenschaftlerInnen erläutern ihre Erkenntnisse beispielhaft an dem Ausschluss bzw. an der Abschiebung straffällig gewordener „Ausländer“. Hier sehen sie einen fließenden Übergang von den als „rechtsextrem“ verorteten

²³ Dies bedeutet nicht, dass die sozial schwache Position von Menschen und ihre ökonomisch schwierige Lage generell als Ursache ausgeschlossen werden kann (viele Studien haben dies auch bestätigt). Doch die Studie von Held et al. liefert einen wichtigen Anhaltspunkt dafür, dass die Ursachen nicht eindimensional und kausal erklärbar sind, sondern als komplex und vielschichtig zu verstehen sind.

Einstellungen hin zu denen der sogenannten Gesellschaftsmitte (vgl. ebd., S. 140). Die nationalistisch konnotierte Forderung „kriminelle Ausländer raus“ erhalte ihre legitime Begründung mit der deutschen Gesetzgebung, d.h. mit dem „Ausländer-“ und Asylrecht. Während Straftaten bei deutschen TäterInnen einmalig mit Geldbußen oder Gefängnis sanktioniert werden, werden Nicht-Deutsche für kriminelle Taten zusätzlich mit der Verwehrung eines festen Aufenthaltstitels oder Abschiebung bestraft. Die ForscherInnen werten diese Tatsache als ein „Zwei-Klassen-Strafrecht“ mit einer im Kern rassistischen Rechtsprechung (vgl. ebd.). Die Losung „kriminelle Ausländer raus“ ist damit nicht mehr nur eine Forderung der konstruierten „rechten“ Ränder der Gesellschaft, sondern ein wichtiger Anknüpfungspunkt für den gesellschaftlich dominanten, sich demokratisch wissenden Diskurs.

Das nun folgende Kapitel wird das Problem des institutionellen Rassismus weiter verdeutlichen.

2.2 Institutioneller Rassismus in Deutschland

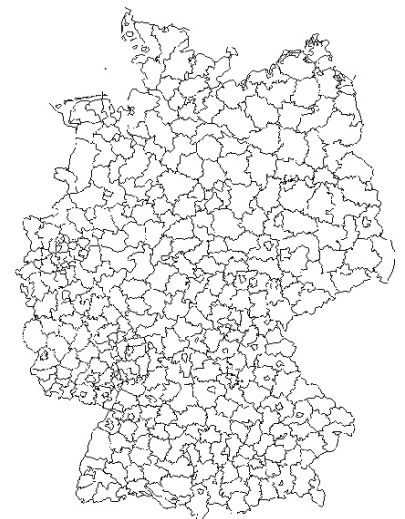
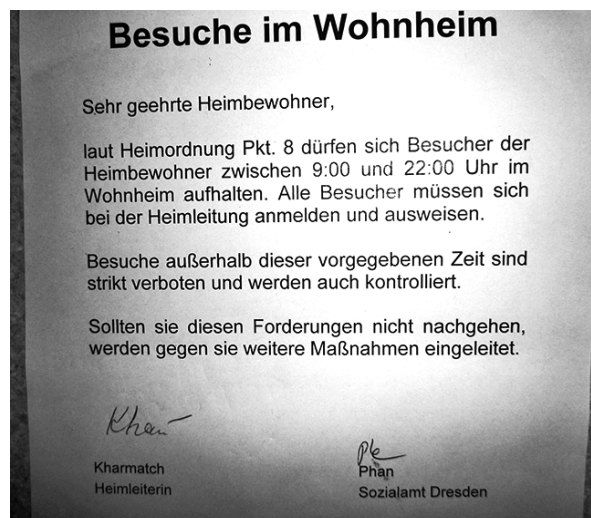
„Asylbewerber sind aus Kostengründen und sozialen Gesichtspunkten heraus ausschließlich in Gemeinschaftsunterkünften mit Aufenthaltsbeschränkungen auf diesen Bereich unterzubringen, möglichst in den Außenbereich der Stadt. Der Standard dieser Unterkünfte hat sich auf das notwendigste zu beschränken. Keine Auszahlung von Bargeld an Asylbewerber, sondern nur Zuweisung von Sachleistungen.“²⁴

Was in diesem Zitat noch vor 15 Jahren als eine typische Wahlkampfforderung einer „rechtsextremen“ Partei daherkam, gilt heutzutage längst als mehrheitlich geteilte Auffassung unter der deutschen Bevölkerung und als Tatsache im staatlichen Umgang mit Flüchtlingen in diesem Land. Rassismus hat sich institutionalisiert und kann keinesfalls nur mehr als ein „extremes“ Problem abgetan werden. Will verstanden werden, wie sich institutioneller Rassismus äußert, ist es notwendig, sich mit der deutschen Migrations- und Flüchtlingspolitik und ihrer zugrundeliegenden Gesetzgebung auseinanderzusetzen. Deren Akteure werfen keine Brandsätze, sondern handeln nach den von demokratischen Parteien beschlossenen Paragraphen, die Menschen nach ihrer Herkunft und ihrem Nutzen klassifizieren, sie kontrollieren und ihrer Würde berauben (vgl. Abb. 4 und 5).

Wie sich die gesetzlich legitimierte und behördlich organisierte Ungleichbehandlung von Menschen mit Fluchthintergrund darstellt, soll im Folgenden anhand einiger ausgewählter Schwerpunkte beschrieben werden.

²⁴ Dieses Zitat stammt aus dem Wahlprogramm der *Republikaner* von 1996 (zit. nach Selders 2009a).

Abb. 4: Reglementierung in einem Dresdner Asylbewerberheim, fotografiert im Herbst 2008 (links)²⁵, die Landkreisgrenzen der BRD – Grenzen der Bewegungsfreiheit für Asylsuchende (rechts)²⁶



Das deutsche Asylverfahren

Das deutsche Asylverfahren ist ein komplizierter Prozess, der selbst für MuttersprachlerInnen nur schwer nachzuvollziehen ist. Ein Flüchtling, nicht nur weil er zumeist vorerst kein Deutsch spricht, ist deshalb in der Regel auf einen kostenpflichtigen Anwalt angewiesen, da er andernfalls – und gänzlich unabhängig seiner Fluchtgründe – kaum eine Chance hat, einen positiven Asylbescheid zu erlangen. Theoretisch kann ein Flüchtling in Deutschland dann Asyl erhalten, wenn es ihm gelingt nachzuweisen, dass er in seinem Heimatland politischer oder geschlechtsspezifischer Verfolgung ausgesetzt ist. Hungersnöte, Kriege und Naturkatastrophen sind in Deutschland keine anerkannten Asylgründe. Für letztere Fälle kann ein (zeitweiliges) Abschiebeverbot erwirkt werden, wenn die Antragstellenden in ihrem Heimatland der Gefahr von Freiheit, Leib und Leben ausgesetzt wären. Nach Angaben von *PRO ASYL*, einer Organisation, die sich für die Rechte von Flüchtlingen und die Verbesserung ihrer Lebenssituation einsetzt, werden durchschnittlich 84 % der Asylanträge in Deutschland abgelehnt. Dies bedeutet normalerweise, dass die Betroffenen

²⁵ Die Fotos und Berichte über Asylbewerberheime in Dresden sind im Internet abrufbar (vgl. Kampagne gegen Ausgrenzung von AsylbewerberInnen 2008).

²⁶ Diese Grafik wurde aus einer Broschüre übernommen, in der die Sozialwissenschaftlerin Beate Selders über die Erfahrungen von Flüchtlingen mit der Residenzpflicht und den rassistischen Kontrollen berichtet (vgl. Selders 2009b, S. 55).

die Bundesrepublik verlassen müssen. Wenn sie gegebenenfalls nicht reisefähig sind, kein Pass für eine Rückkehr vorliegt oder die Situation im Herkunftsland eine Rückreise nicht zulässt, erhalten sie eine sogenannte „Duldung“, bis die Abschiebung möglich ist. Dies kann oft Jahre dauern (vgl. PRO ASYL 2006). Menschen, die sich in einem laufenden Asylverfahren befinden oder eine Duldung haben, leben in Deutschland oft unter menschenunwürdigen Bedingungen. Immer wieder berichten Flüchtlinge von erniedrigender Behandlung und rassistischen Bemerkungen auf den Ausländerbehörden und anderen Ämtern.²⁷ In Sachsen lebten nach Angaben des Sächsischen Landtages Ende 2009 1.491 Asylsuchende und 2.403 Geduldete (vgl. Sächsischer Landtag 2010c). Laut der Partei *DIE LINKE* wurden 2009 157 AsylbewerberInnen in Sachsen als Flüchtlinge anerkannt. Weitere 50 AsylbewerberInnen erhielten Abschiebeschutz. 619 Anträge wurden abgelehnt. Doch nicht alle Abgelehnten können auch abgeschoben werden. Mitte 2007 lebten 740 Personen bereits länger als acht Jahre und 1.317 Personen länger als sechs Jahre geduldet in Sachsen (vgl. DIE LINKE 2011).

Das Asylbewerberleistungsgesetz

Das *Asylbewerberleistungsgesetz* (AsylbLG) der Bundesrepublik Deutschland regelt die Höhe und Form von Leistungen, die „hilfebedürftigen“ AsylbewerberInnen, Geduldeten sowie vollziehbar zur Ausreise verpflichteten „Ausländern“ zusteht.²⁸ Es trat im Jahr 1993 in Kraft. Das Gesetz definiert eine Personengruppe, die keine Sozialhilfe in Anspruch nehmen darf, sondern reduzierte Leistungen nach dem *Asylbewerberleistungsgesetz* beziehen muss. Nach Angaben von *PRO ASYL* erhalten erwachsene Asylbewerber und Geduldete bis zu 38 % geringere Leistungen, als es die Regelbedarfsätze des SGB II/XII vorgeben. Bei Kindern fallen die Regelsätze sogar bis zu 47 % niedriger aus (vgl. Classen 2011, S. 50). Nach dem Gesetz sind Leistungen für Unterkunft, Hausrat, Ernährung, Kleidung und Körperpflege vorrangig durch Sachleistungen zu decken. Die Regierung begründet die Leistungseinschränkung sowie das Arbeitsverbot mit der migrationspolitischen Zielsetzung des *Asylbewerberleistungsgesetzes*.

„Der Gesetzesentwurf verfolge das Ziel, keinen Anreiz zu schaffen, aus wirtschaftlichen Gründen nach Deutschland zu kommen. Damit einhergehend werde durch die Umstellung auf Sachleistung Schlepperorganisationen der Nährboden entzogen.“ (Deutscher Bundestag 1993, S. 13f.)

²⁷ Die Informationen stammen aus Schilderungen verschiedener Flüchtlinge, die die Verfasserin des Textes durch ihre Arbeit mit Flüchtlingen gehört bzw. miterlebt hat.

²⁸ Die angesprochene Hilfsbedürftigkeit entsteht schon automatisch aufgrund der fehlenden Arbeitserlaubnis für Asylsuchende und Geduldete, durch die eine finanzielle Abhängigkeit vom Staat entsteht. Insofern fördert der Gesetzgeber diese strukturelle Abhängigkeit mit.

Sachleistungsprinzip Verpflegung

Asylsuchenden stehen monatlich in der Regel 140,00 Euro für Lebensmittel und Hygieneartikel zur Verfügung. Kinder bis zu 6 Jahren erhalten die Hälfte. Ob dieser Betrag in Bargeld oder Sachleistungen gewährt wird, obliegt in der Entscheidung des Landkreises. In der Praxis existieren zahlreiche Varianten der Sachleistungsgewährung: Essenspakete, Magazinverpflegung, Warengutscheine für bestimmte Läden, Chipkartensystem, Kantinenverpflegung usw. Jede Variante birgt jedoch eine Reihe von Nachteilen.

So weisen die Lebensmittel in den Essenspaketen der Flüchtlinge oft eine ungenügende Qualität auf. Es gibt nur wenig frisches Obst oder Gemüse, welches nicht selten in einem ungenießbaren Zustand ist. Außerdem werden bei der Zusammenstellung der Pakete keine Essensunverträglichkeiten sowie kulturellen oder religiösen Bedürfnisse berücksichtigt. Auch bei der Verpflegung durch ein im Asylbewerberheim ansässiges Magazin (kleiner Laden) hat der Asylsuchende nur eine geringe Nahrungsauswahl und muss die übersteuerten Preise hinnehmen.²⁹ Diskriminierung findet ebenso über das System der Warengutscheine oder Chipkarten statt. Asylsuchende können mit diesen Gutscheinen nur in wenigen, festgelegten Geschäften einkaufen. Die Auszahlung von Restgeld ist nicht möglich, und ungenutztes Guthaben verfällt am Ende des Monats. Des Weiteren dürfen sogenannte Luxusgüter wie Tabak und Alkohol über diese Gutscheine nicht käuflich erworben werden.

Die Versorgung durch das Sachleistungsprinzip ist mit einem zusätzlichen Verwaltungs- und Organisationsaufwand und damit mit Kosten verbunden, die durch Bargeldauszahlung vermieden werden könnten. Es ist daher umso weniger verständlich, dass auf diese Weise das Leben von Menschen, die nach Deutschland gekommen sind, unnötig verkompliziert wird, dass sie in der Auswahl ihrer Lebensmittel empfindlich beschränkt werden und/oder gezwungen, übersteuerte Lebensmittel zu kaufen.

Erst im Zuge der sächsischen Kreisgebietsreform 2008 und durch vermehrten Druck der Öffentlichkeit, hat sich in Sachsen ein Wandel vollzogen.³⁰ Bis auf den Landkreis Leipzig und den Erzgebirgskreis haben bereits alle sächsischen Kommunen von Sachleistungen auf Barauszahlung umgestellt. In beiden Kreisen wird jedoch die Umstellung auf Bargeldauszahlung erwogen. In Chemnitz erhalten Asylsuchende und Geduldete seit 2009 Bargeld.

Unterbringung

In Sachsen gibt es derzeit noch ca. 30 Asylbewerberheime, in denen die Mehrheit der Flüchtlinge untergebracht ist. AsylbewerberInnen haben einen gesetzlichen Anspruch auf 4–6 qm² Wohnraum. Da die Asylbewerberheime in der Regel Sammelunterkünfte sind, müssen sich oft mehrere Menschen ein Zimmer

²⁹ Viele der Mängel sind auch darauf zurückzuführen, dass die Landkreise die Sachleistungsversorgung häufig an private Betreiber abgeben, deren Handeln sich naturgemäß vorrangig am Profit orientiert. Dasselbe Problem betrifft auch die Unterbringung. Heime in privater Hand sind auffällig häufiger in einem miserablen Zustand als von den Landkreisen selbst betriebene.

³⁰ Andere Bundesländer rücken bis heute nicht vom Sachleistungsprinzip ab. So setzt etwa Bayern weiterhin auf die Praxis der Essenspakete oder das Nachbarbundesland Thüringen auf das Gutscheinsystem.

teilen (drei bis vier Personen in einem Zimmer ist eine gängige Praxis). Die Küchen und Bäder werden ebenfalls gemeinschaftlich genutzt. Die derzeitige Situation in diesen Heimen gewährleistet keinen Schutz der Intimsphäre, der Gesundheit und des Wohls der Menschen. Unterschiedliche Lebensrhythmen sowie kulturelle und religiöse Differenzen erschweren den BewohnerInnen das Zusammenleben. Eine langfristige Unterbringung in Asylbewerberheimen führt bei den Menschen häufig zu psychischen Krankheiten.³¹ Da die Heime oft in sehr abgelegenen Gegenden liegen, sind die Wege bis zum nächsten Supermarkt oder zur nächsten Behörde sehr weit. Dies ist eine finanzielle Belastung und führt außerdem zur Ausgrenzung aus der Gesellschaft. In Chemnitz gibt es derzeit zwei Asylbewerberheime. Eins befindet sich in Altendorf, das andere im Stadtteil Furth. Nach Angaben des Sozialamtes Chemnitz sind ca. 60 % der in Chemnitz lebenden Asylsuchenden und Geduldeten dezentral (in Wohnungen) untergebracht. Dies stellt in jedem Fall die bessere Alternative zu den Sammelunterkünften dar – und wird von sämtlichen Flüchtlingsorganisationen flächendeckend gefordert.³²

Medizinische Versorgung

Das *Asylbewerberleistungsgesetz* regelt auch die medizinische Versorgung. AsylbewerberInnen sind in der Regel nicht gesetzlich krankenversichert, die medizinische Versorgung wird durch das Sozialamt gewährleistet. Erst nach vier Jahren Aufenthalt in Deutschland können Asylsuchende unter bestimmten Voraussetzungen die Versorgung nach den Regeln der gesetzlichen Krankenversicherung beanspruchen. Bevor ein Flüchtling zum Arzt gehen darf, benötigt er vom Sozialamt einen Krankenschein. Das bedeutet zum einen, dass ein Erkrankter erst den oft weiten (und teuren) Weg zur Behörde auf sich und nicht selten auch eine Wartezeit (von zum Teil Wochen oder gar Monaten) in Kauf nehmen muss, bis ihm der Gang zum Arzt genehmigt wird. Zum anderen liegt es in der Hand der dort angestellten MitarbeiterInnen, ob sie den Krankenschein überhaupt ausstellen oder nicht. Nicht medizinisches Fachpersonal, sondern VerwaltungsbeamtInnen entscheiden hier über den Zustand des Erkrankten, wobei sie eine medizinische Versorgung auch nur bei bestimmten Voraussetzungen gewähren dürfen – v.a. bei akuten Erkrankungen und Schmerzzuständen (bei chronischen Erkrankungen besteht kein genereller Leistungsanspruch). Des Weiteren dürfen zwar Leistungen zur Genesung, Besserung oder Linderung von Krankheiten sowie bei Schwangerschaft und Geburt beansprucht werden, doch weisen die gesetzlichen Formulierungen einen großen Spielraum in der Entscheidungsbefugnis der Behörden auf, der nicht selten dazu führt, dass den Betroffenen die Behandlung verwehrt bleibt (vgl. AsylbLG).³³

³¹ Hier sei noch mal an die erwähnte Dauer erinnert, über die sich ein Asylverfahren oder eine Duldung hinziehen kann. Flüchtlinge, die bereits seit mehr als 10 Jahren in Mehrbettzimmern leben müssen, sind keine Seltenheit.

³² Für eine Übersicht über die Situation in den einzelnen Bundesländern siehe PRO ASYL o.J.

³³ Ein Symptom dieser Umstände sind auch die sich in den letzten Jahren verstärkt herausbildenden sogenannten *Medinetze*, in denen Ärzte und MedizinstudentInnen versuchen, die staatlichen Versäumnisse aufzufangen und Flüchtlingen und MigrantInnen eine medizinische Mindestversorgung zu gewährleisten (vgl. z.B. Medinetz Dresden e.V. o.J.).

Residenzpflicht

Eine weitere gesetzliche Regelung, in der ein institutioneller Rassismus sichtbar wird, ist die *Residenzpflicht*. Jeder Asylsuchende und Geduldete ist, gemäß dem deutschen *Asylverfahrensgesetz* (AsylVfG), an diese Aufenthaltsbeschränkung gebunden. Sie verbietet den Betroffenen, sich außerhalb des von der zuständigen Ausländerbehörde festgelegten Bereiches, der sich meist auf einen bestimmten Landkreis oder eine Stadt bezieht, aufzuhalten (vgl. Abb. 5). Für das Verlassen muss im Vorfeld eine schriftliche Genehmigung beantragt und erteilt werden. Diese Verlassenserlaubnis (Urlaubsschein) wird von den Behörden jedoch häufig abgelehnt; Gründe müssen dafür nicht angeführt werden. Das einmalige Verlassen des Landkreises ohne amtliche Genehmigung gilt als Ordnungswidrigkeit und wird mit einem Bußgeld geahndet. Der wiederholte Verstoß gegen die *Residenzpflicht* hat Straftatbestand zieht eine Freiheitsstrafe von bis zu einem Jahr oder eine entsprechend hohe Geldstrafe nach sich. Genau genommen handelt es sich hierbei um ein Sonderstrafrecht für Flüchtlinge. Europaweit einmalig, findet diese Regelung nur in der Bundesrepublik Deutschland Anwendung. Die *Residenzpflicht* ist eine massive Einschränkung der Bewegungsfreiheit. Spontane Besuche von Freunden, Familien oder der Ausflug in eine andere Stadt sind auf legalem Wege nicht möglich. Im Januar 2011 gab es in Sachsen eine Lockerung dieser Regelung. Seitdem dürfen sich Geduldete unter bestimmten Voraussetzungen und Auflagen in ganz Sachsen frei bewegen, ohne einen Urlaubsschein beantragen zu müssen. In vielen anderen Bundesländern hat dieses Sondergesetz nach wie vor in seiner rigidesten Form Bestand.

Arbeit und Bildung für Asylsuchende und Geduldete

Auch auf dem Arbeitsmarkt sind Asylsuchende und Geduldete Diskriminierungen ausgesetzt. Damit Asylsuchende in Deutschland arbeiten dürfen, benötigen sie zunächst eine Arbeitserlaubnis. Für das erste Jahr ihres Aufenthaltes gilt ein komplettes Arbeitsverbot. Wenn Asylsuchende länger als ein Jahr „gestattet“ im Bundesgebiet leben, kann ihnen die Ausübung einer Beschäftigung erlaubt werden. Die Entscheidung, ob ein Flüchtling arbeiten darf, trifft die Bundesagentur für Arbeit in Absprache mit der zuständigen Ausländerbehörde. Eine Arbeitserlaubnis wird in der Regel nur für eine bestimmte Arbeitsstelle vergeben. Sie gilt nicht generell und muss dementsprechend immer wieder neu beantragt werden. Auch wenn Asylsuchende in Deutschland eine Arbeitsstelle finden, ist der Erhalt einer Arbeitserlaubnis schwierig, weil zunächst noch auf sogenannte „bevorrechtigte ArbeitnehmerInnen“ geprüft werden muss. Das heißt, dass ArbeitgeberInnen gesetzlich dazu verpflichtet sind, freie Stellen und Ausbildungsplätze zuerst an Deutsche, EU-BürgerInnen bzw. andere „Ausländergruppen“ zu vergeben. Erst wenn sich sonst niemand findet, darf die Stelle an Flüchtlinge vergeben werden.

Und auch im Bildungsbereich werden Flüchtlinge in Deutschland benachteiligt behandelt. Ein Recht auf Sprachkurse besteht nicht, und so werden diese allenfalls von gemeinnützigen Initiativen angeboten, die nur einen Bruchteil des Bedarfs abdecken können. Fast schon zynisch mutet es da an, dass Behörden und

Gesetzgeber immer wieder die fehlende sprachliche Integration von Asylsuchenden und Geduldeten bemängeln.

Nicht in allen Bundesländern besteht für asylsuchende bzw. „geduldete“ Kinder und Jugendliche ein Anspruch auf einen Schulplatz. Wird eine Beschulung von Flüchtlingen allerdings verzögert oder gar ganz unterlassen, sind die Bildungschancen dieser Menschen erheblich reduziert, und ihnen ist eine wesentliche Chance zur Partizipation am und Integration in den gesellschaftlichen Alltag genommen. Auch die bei jugendlichen Flüchtlingen geringe Aussicht auf einen Ausbildungsplatz ist eine Folge ihrer umfassenden Marginalisierung in allen gesellschaftlichen Bereichen.

Einschränkung von Grundrechten und gesellschaftlicher Teilhabe

Neben den mangelhaften Sprachangeboten und Möglichkeiten einer schulischen und beruflichen Ausbildung wird Flüchtlingen in Deutschland aufgrund des fehlenden Wahlrechtes auch die politische Mitbestimmung und Teilhabe verweigert. Besonders kritisch stellt sich zudem die finanzielle Situation der Betroffenen dar. Erwachsene Flüchtlinge bekommen 40,90 € Bargeld im Monat. Kinder bis 14 Jahre erhalten einen Betrag von 20,45 €. In einigen Landkreisen Sachsens bekommen Asylsuchende und Geduldete neben diesem „Taschengeld“ kein weiteres Bargeld ausgezahlt, sondern Lebensmittel, Hygieneartikel und Kleidung in Form von Sachmitteln. Von der geringen finanziellen Zuwendung müssen die Betroffenen ihren gesamten persönlichen Bedarf decken. Dazu zählen u.a. Ausgaben für „Verkehrsmittel, Telefon, Porto, Schreibmittel, Lesestoff, Werkmaterial oder Genussmittel“ (vgl. Deutscher Bundestag 1993, S. 8). Geld für Anwaltskosten, Kino- oder Theaterbesuche, Eintrittsgelder für Diskotheken, Mitgliedsbeiträge in Sportvereinen oder Bibliotheken sind nicht oder nicht ausreichend vorhanden. Das führt dazu, dass das Recht auf gesellschaftliche, insbesondere auf kulturelle Teilhabe stark beschnitten ist.

Das Bundesverfassungsgericht hob in einem Urteil vom 9. Februar 2010 hervor, dass sich aus Art. 1 GG (Menschenwürde) und Art. 20 GG (Sozialstaatsprinzip) ein Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums ergibt und dieses Grundrecht neben der physischen Existenz auch ein Mindestmaß an Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben umfasst. Daraufhin räumte die Bundesregierung ein, dass das Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum als Menschenrecht universale Geltung für alle Menschen hat, unabhängig von Herkunft und Aufenthaltsstatus. In der Realität fallen die Leistungen nach dem *Asylbewerberleistungsgesetz* jedoch immer noch deutlich geringer aus als das ALG II.

2.3 Institutioneller Rassismus auf europäischer Ebene

Durch Naturkatastrophen, Hungersnöte, Kriege und unmenschliche Regime haben sich in den letzten Jahren die Fluchtgründe vor allem für Menschen aus Asien und Afrika verstärkt. Mit dem *Schengener*

Abkommen von 1985 wurden zwar die Grenzkontrollen innerhalb des Schengen-Raums gelockert, dafür wurden die Kontrollen an den europäischen Außengrenzen deutlich verschärft. Die EU vertritt eine Flüchtlingspolitik, die sich vor allem durch Flüchtlingsabwehrmaßnahmen auszeichnet. In diesem Sinne bedeutet Schengen die nahezu lückenlose High-Tech-Überwachung an den europäischen Außengrenzen und den Export von Abschottungstechnologien in die Nachbarregionen, um Flüchtlinge bereits weit vor Europas Grenzen zu stoppen. Die neuen Grenzzäune werden in der Ukraine, in Libyen, Ceuta und Melilla (spanische Enklaven in Marokko), der Türkei und anderswo errichtet. Die europäischen Abwehrmaßnahmen finden heute bereits auch in internationalen Gewässern, im Mittelmeer und im Atlantik statt. Tausende Bootsflüchtlinge wurden seit der Gründung von *FRONTEX* (Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen) 2004 gemeinsam mit den EU-Mitgliedsstaaten völkerrechtswidrig abgefangen und zurückgebracht. In den letzten zwanzig Jahren starben mehr als 15.000 Flüchtlinge an den militärisch aufgerüsteten Außengrenzen der EU, in Gefängnissen oder bei der Abschiebung. Davon kamen mehr als 10.000 allein im Mittelmeer und Atlantik ums Leben (vgl. PRO ASYL 2010).

Der schwere Weg nach Europa

Die Zahl der in Europa ankommenden Flüchtlinge hat sich somit in den letzten Jahren stark reduziert. Die Flüchtlinge, die es dennoch schaffen, fallen unter die *Dublin-II-Verordnung* der EU. Diese gibt vor, dass derjenige Mitgliedsstaat, in welchem ein Flüchtling erstmals europäisches Territorium betritt, für das weitere Asylverfahren zuständig ist. Der Reiseweg des Flüchtlings spielt für die Bestimmung der Zuständigkeit daher eine zentrale Rolle, der eigentliche Fluchtgrund verliert an Bedeutung. Aufgrund der *Dublin-II-Verordnung* kommt es zudem zu einer Verschiebung der Verantwortung von den europäischen Kernländern hin zu den Mitgliedsstaaten an der europäischen Außengrenze. Die meisten Flüchtlinge, die nach Europa kommen, gelangen über den Seeweg nach Spanien, Italien, Malta oder Griechenland. Auch über die neuen Mitgliedsstaaten an den östlichen Außengrenzen erreichen Flüchtlinge Europa. Da die Bedingungen für Asylsuchende in diesen Ländern oft noch schlechter als in Deutschland sind, besteht ein nachvollziehbares Interesse an der Weiterreise nach Mitteleuropa. Auch familiäre Gegebenheiten können ein Grund für die Weiterreise sein, z.B. wenn sich Familienmitglieder bereits in einem europäischen Land aufhalten.

Wenn ein Flüchtling ein innereuropäisches Land über einen sicheren Drittstaat erreicht und dieses nachgewiesen werden kann, darf er in diesen Drittstaat abgeschoben werden. Damit entziehen sich die Kernländer der EU (auch und vor allem Deutschland) nicht nur ihrer Verantwortung zur Einhaltung der Menschenrechte, sondern verweigern sich auch einer gemeinsamen politischen Lösung in Europa. Der Druck, der sich auf die EU-Außenstaaten erhöht, führt zu einer Verschärfung der Flüchtlingsabwehrmaßnahmen, denen Flüchtlinge an den Außengrenzen Europas ausgesetzt sind (vgl. Pelzer 2008).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass institutioneller Rassismus ein massives Problem sowohl in Deutschland als auch auf europäischer Ebene darstellt. Da er per Gesetz legitimiert ist, wird er nur selten

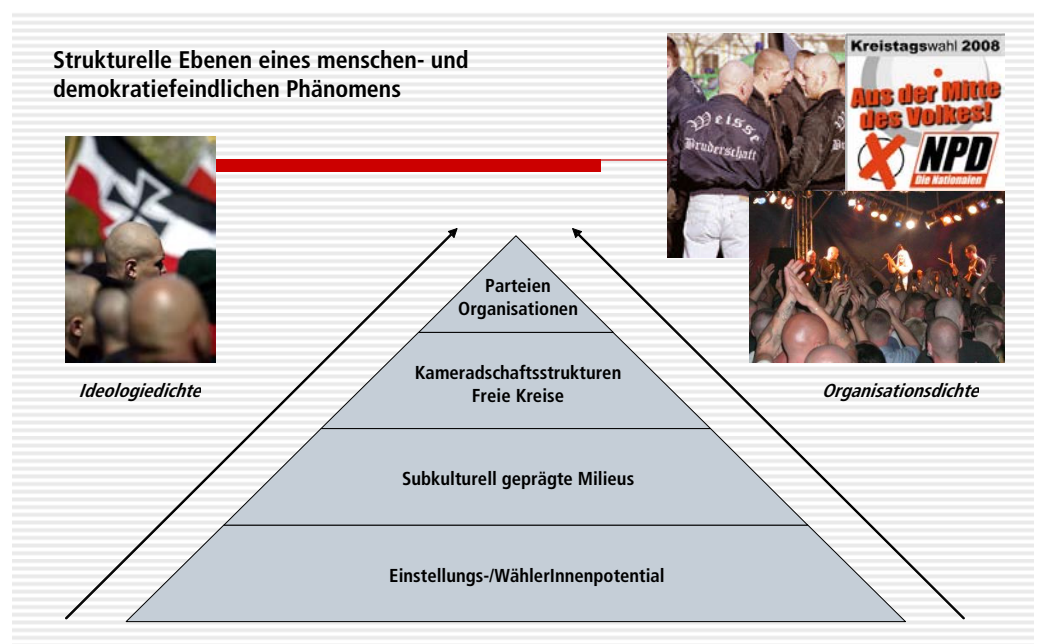
hinterfragt. Der Kampf gegen Rassismus darf sich daher nicht nur auf die Einstellungen und Handlungen der deutschen Bevölkerung und auf die Zerschlagung von Neonazistrukturen begrenzen, sondern muss darüber hinaus einerseits den Fokus auf die kritische Analyse der deutschen und europäischen Gesetzgebung legen und andererseits die direkte Unterstützung, Solidarität und den Schutz von Flüchtlingen anstreben.

3 Organisierte Neonazis und die „Neue Rechte“ in Chemnitz

Wie anhand der Studien in Teil I deutlich geworden ist, lassen sich weder die genaue Entstehung noch die Ursachen des Phänomens „Rechtsextremismus“ wissenschaftlich hinreichend erklären. Vor allem hinsichtlich der Einflussfaktoren für die in der breiten Gesellschaft vorhandenen Einstellungen sind die Untersuchungsergebnisse divers. Weitestgehende Einigkeit herrscht indes darüber, dass gesellschaftlich als „salonfähig“ geltende Einstellungen eine unterstützende (oder eben verhindernde) Wirkung auf die Bildung und Etablierung organisierter, neonazistischer Strukturen haben. Dies deckt sich auch mit den Erfahrungen des *Kulturbüros Sachsens e.V.*, nach denen:

„(...) die Stärke oder Schwäche neonazistischer Strukturen (...) eng verknüpft [ist] mit dem Vorhandensein einer funktionierenden demokratischen Bürger- und Zivilgesellschaft: Neonazis sind dort besonders stark verankert, wo Demokrat_Innen schwach sind und den Neonazis nur wenig widersprochen wird.“ (Nattke 2011, S. 59)

Abb. 6: Strukturelle Ebenen eines menschen- und demokratiefeindlichen Phänomens.³⁴



³⁴ Quelle: Kulturbüro Sachsen e.V. (Originaltitel der Grafik: „Strukturelle Ebenen des Rechtsextremismus“. Einer Veränderung des Titels für den vorliegenden Text wurde zugestimmt).

Abb. 6 veranschaulicht diesen Sachverhalt: So verweist das „Einstellungs- und Wählerpotential“ in einer Gesellschaft zum einen auf ihren Grad an Menschen- und Demokratiefeindlichkeit (bzw. an „rechtsextremen“ Gesinnungen), zum anderen bildet es das Fundament, von der aus sich sowohl die Ideologien als auch die Organisationsstrukturen verdichten. Erst auf Basis der untersten, gesamtgesellschaftlichen Ebene kann sich demnach ein subkulturelles Milieu herausbilden bzw. verfestigen. Die Spitze dieser strukturellen Ebenen bilden die in Kameradschaften, Organisationen und Parteien organisierten Neonazis. Um das Funktionieren der Neonaziszene und das Umfeld der „Neuen Rechten“ zu verstehen, ist es wichtig, ihre Organisationen und Beziehungen zueinander sowie die sich ähnelnden Strategien zu dokumentieren und zu analysieren. Dies hilft zum einen, die Verbindungen zu anderen Städten, Gemeinden, Gruppierungen und über die Grenzen Deutschlands hinweg zu erkennen. Zum anderen ist es unerlässlich, um die personelle wie organisatorische Stärke der Neonaziszene und der „Neuen Rechten“ und damit ihre Wirkung auf die Gesellschaft einschätzen und gegebenenfalls intervenieren zu können. Nach einem kurzen Blick auf Sachsen widmen wir uns deshalb in den nachfolgenden Kapiteln ausführlich der Entwicklungen in Chemnitz und Umgebung. Dabei werden wir uns an den oberen drei Ebenen der Abb. 6 orientieren, d.h. konkret auf die Organisationsformen und Themenschwerpunkte der Neonazis sowie der „Neuen Rechte“ eingehen.

Sachsen gilt als eine der Hochburgen der neonazistischen Szene Deutschlands (vgl. Bringt 2009, S. 163). Diese Tatsache wurde, ebenso wie die in Studien belegten Zahlen über den großen Anteil rassistischer Einstellungen in der Bevölkerung, lange Zeit ignoriert (vgl. Nattke 2011). Die kontinuierliche Entwicklung der organisierten Neonazis und der „Neuen Rechten“, die nicht erst mit der Wiedervereinigung begann, zeigt sich sowohl in den drei großen Städten Dresden, Leipzig und Chemnitz als auch in ländlichen Regionen wie dem Landkreis Leipziger Land, Nordsachsen oder Mittelsachsen. Die Aktivitäten der Neonazis konzentrieren sich dabei v.a. auf Konzerte, Demonstrationen und gewalttätige Übergriffe auf Andersdenkende und MigrantInnen (229 im Jahr 2010) sowie Brandanschläge auf alternative, anti-rassistische Wohn- und Kulturprojekte (17 im Jahr 2010).³⁵ Von den im Jahr 2009 vom Verfassungsschutz gezählten 2.700 organisierten „rechten“ Personen, werden ca. 1.380 Personen den Kameradschaften und *Freien Kräften* zugeordnet (vgl. ebd.). Diese zumeist jugend-subkulturellen Strukturen, deren AnhängerInnen sich zunehmend lose organisieren und politisieren, nehmen im Vergleich zur *NPD* und der *JN* (*Junge Nationaldemokraten*, Jugendorganisation der Partei *NPD*) eine immer stärkere Bedeutung ein. Inwieweit sich diese Entwicklung auch typisch für Chemnitz zeigt, ist u.a. ein Aspekt der nun folgenden Analyse der Chemnitzer Verhältnisse.

³⁵ Die Zahlen beziehen sich auf die Statistiken des *RAA Sachsen e.V.* aus dem Jahre 2010 (vgl. Nattke 2011, S. 48).

3.1 Chemnitzer Kameradschaften

Unter „Kameradschaften“ und *Freien Kräften* sind Gruppen und Personen zu verstehen, die in nicht-parteilichen Zusammenhängen nach einer Wiederbelebung des Nationalsozialismus streben. Zumindest bis ins Jahr 2008 gab es in Chemnitz sieben aktive Kameradschaften und lose Personenzusammenschlüsse aus der Szene der *Freien Kräfte*. Die Bedeutung der einzelnen Chemnitzer Kameradschaften lässt sich anhand ihrer Aktivitäten beurteilen. Gruppen, die keine öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten zu verzeichnen haben, sind beispielsweise die *Schutzstaffel Chemnitz*, die 2007 als Nachfolger eines aufgelösten Kreisverbandes der *JN* gegründet wurde, sowie die *Nationale Front Chemnitz* und die Gruppe *Sunny*. Die Kameradschaft *Heckcoast* tritt hauptsächlich im Rahmen von Online-Spielen im Internet auf, sie hat nur eine marginale Öffentlichkeitswirkung (vgl. Sächsischer Landtag 2008). In der Chemnitzer Kameradschaftsszene stechen vor allem die *Nationalen Sozialisten Chemnitz* (NSC) mit Aktivitäten hervor.

Nationale Sozialisten Chemnitz

Gegründet wurden die *NSC* im Jahr 2001 unter dem Namen *Kameradschaft Grün/Weiss*, deren Mitglieder wiederum 2002 den Verein *Heimatschutz Chemnitz e.V.* bildeten. Dieser wurde im Jahr 2005 aufgelöst und in die bis heute bestehenden *Nationalen Sozialisten Chemnitz* überführt. 2007 schloss sich die bis dahin eigenständige Kameradschaft *Offensive-C* den *NSC* an, wodurch diese weiter an Mitgliedern gewinnen konnten.

Im Gegensatz zu allen übrigen Kameradschaften und losen Personenzusammenschlüssen, bei denen davon auszugehen ist, dass sie in der organisierten und überregional vernetzten Neonaziszene kaum bis keine Bedeutung haben, zeigen die *NSC* ihre Aktivität vor allem durch Auftritte auf zahlreichen Demonstrationen und der Organisation und Durchführung von Vortragsveranstaltungen. Seit dem Jahr 2007 betreiben sie eine Internetseite und geben ein Printmedium (*Freies Chemnitz*) heraus.

Freies Netz

Zwei Jahre nach ihrer Gründung schlossen sich die *NSC* mit dem in Sachsen und Umgebung agierenden *Freien Netz* (FN) zusammen. Das *FN* ist ein Zusammenschluss von Kameradschaften aus unterschiedlichen Regionen, das der Vernetzung und einem gemeinsamen Auftreten z.B. im Internet oder auf Demonstrationen dienen soll. Ab 2007 traten nahezu alle dem *FN* angehörigen Gruppen unter dieser Bezeichnung auf, gefolgt vom jeweiligen Ortsnamen (z.B. *Freies Netz Chemnitz*). In der Zeit des Bestehens dieser Vernetzung wurde eine Vielzahl an neonazistischen Demonstrationen und Kundgebungen ausgerichtet, zum Teil mehrere in einem Monat. Bei einigen Demonstrationen konnte anhand des großen Anteils von *FN*-AnhängerInnen und deren tragender Rolle in der Organisations- und Ordnerstruktur praktisch von „*Freies Netz*-Demonstrationen“ gesprochen werden.

Die Zeit des gemeinsamen Auftretens unter dem Label *Freies Netz* fand im Jahr 2009 aus nicht bekannten Gründen ein abruptes Ende. Fast alle Gruppen benannten sich kurz darauf (wieder) um. Augenfällig wurde dies v.a. im Internet; das *Freie Netz Chemnitz* z.B. hieß dort ab sofort *Chemnitz Infos*.

Die personellen Verbindungen innerhalb des *FN* wurden allerdings nie aufgelöst, und noch immer findet eine rege Zusammenarbeit *Freier Nationalisten* aus Sachsen und Umgebung statt. Auch besteht die Haupt-Internetseite des *FN* nach kurzer Offline-Phase im Jahr 2009 weiterhin. Von hier aus wird auf alle acht der Organisationsstruktur angehörigen Regionalgruppen verlinkt. Mittlerweile scheint sich zudem wieder ein Trend zur Rückbenennung in *Freies Netz* abzuzeichnen. So ging im letzten Quartal 2010 das *Aktionsbündnis Erzgebirge* off-, Anfang Januar 2011 dann das *Freie Netz Erzgebirge* online.

Publikationen

Der sächsische Verfassungsschutz vermerkte in seinem Jahresbericht 2008, dass die *NSC* ein Blatt namens *Chemnitzer Volksanzeiger* herausgeben. Öffentlich war diese Publikation allerdings nie wahrnehmbar. Seit April 2009 kursiert indes ein neues, sogenanntes „Fanzine“ mit dem Namen *Freies Chemnitz*. Es ist keiner Gruppierung eindeutig zuordenbar, allerdings befindet sich ein Bild einer vermummten Gruppe mit dem Transparent der *NSC* auf der Titelseite der ersten Ausgabe. Das Blatt beinhaltet fast ausschließlich Erlebnisberichte von Aktionen, an denen die *NSC* beteiligt waren. Es kann daher davon ausgegangen werden, dass der Autorenkreis den *NSC* zumindest nahesteht.

Treffpunkte

Neben der Durchführung von Demonstrationen und dem Betreiben ihrer Internetpräsenz veranstalten die *NSC* auch regelmäßige Kameradschaftsabende. Dafür wurde über mehrere Jahre eine Gewerbeeinheit in der Straßburger Straße 32 im Stadtteil Altchemnitz genutzt (vgl. Sächsischer Landtag 2008). Neben Gruppentreffen fand hier u.a. ein dreitägiges Seminar zum „Tiroler Freiheitskampf“³⁶ und eine Mobilisierungsveranstaltung für den alljährlichen *NS-„Trauermarsch“* im niedersächsischen Bad Nenndorf statt. Laut Angaben der Veranstalter haben die *NSC* bei derartigen Saalveranstaltungen ein Potenzial von über 50 BesucherInnen. Einer kleinen Anfrage zufolge, die 2008 im sächsischen Landtag gestellt wurde, kamen die *NSC* im Jahr 2007 allerdings auf lediglich 40 Mitglieder. Augenzeugen berichteten derweil von Umzugsaktivitäten am genannten Haus. Es wird vermutet, dass die *NSC* von der Straßburger Straße in das neu eröffnete *NPD*-Schulungszentrum an der Markersdorfer Straße 40 gezogen sind (siehe Kapitel 3.2 und 3.3). Hier wurden bereits mehrmals Mitglieder der *NSC* zusammen mit *NPD*-Anhängern gesichtet.

Abzuwarten bleibt, inwieweit damit zukünftige Veranstaltungen möglicherweise einer breiteren Öffentlichkeit angeboten werden. Bisher war es üblich, neonazistische Saalveranstaltungen ausschließlich über persönliche Einladungen und Info-Telefonnummern zu verbreiten. Den BesucherInnen wurde der Veran-

³⁶ Zum „Tiroler Freiheitskampf“ vgl. Rienäcker o.J.

staltungsort auch meist nicht direkt mitgeteilt, stattdessen wurde ein „Schleusungspunkt“ genannt, von wo aus dann die eigentliche Veranstaltung aufgesucht wurde.

Die NSC als Verbindung unterschiedlicher NS-Ausrichtungen

Während in den vergangenen Jahren die *Nationalen Sozialisten Chemnitz* auf Versammlungen ein im Stil der *Autonomen Nationalisten* militant und jugend-subkulturell geprägtes Erscheinungsbild abgaben, dienten die Internetportale *Freies Netz Chemnitz* und *Chemnitz Infos* immer wieder auch als Veröffentlichungsplattform sogenannter „völkischer“ Kreise. Hierbei handelt es sich um Faschisten, die vor allem durch einen stark volkstümlich geprägten Lebens- und Kleidungsstil auffallen. Ihre Aktionsformen unterscheiden sich wesentlich von denen herkömmlicher Kameradschaften. Personen, die völkischen Kreisen zuzuordnen sind, nehmen nur selten an Demonstrationen teil. Stattdessen führen sie häufig Veranstaltungen durch, die stark familiär geprägt sind. Ziel dieser Veranstaltungen ist die Stärkung der eigenen nationalsozialistischen Identität. Zumeist meiden völkische Gruppierungen die Öffentlichkeit und sind bemüht, ihre Veranstaltungen nur intern zu bewerben.

Als Beispiel einer solchen Gruppierung sei hier der *Volkstanzkreis Chemnitz* genannt, dessen Mitglieder hauptsächlich aus Chemnitz und Umgebung stammen. Er organisiert auf einem Vier-Seiten-Hof im Lunzenauer Ortsteil Cossen, nördlich von Chemnitz, in unregelmäßigen Abständen volkstümliche Veranstaltungen. Hierzu gehören Volkstanzveranstaltungen genauso wie „Ostara-“ (Ostern) oder „Maifeiern“ (vgl. Röcke).

Auch die *Wandergruppe Heimatland* kann zu den völkischen Gruppierungen gezählt werden. Die Gruppe organisiert Wanderungen und Reisen. Sie betreibt auf dem Internetauftritt der *JN Chemnitz* eine eigene Unterseite. Es wird davon ausgegangen, dass sie von führenden Mitgliedern der Chemnitzer *JN* geleitet wird.

Ebenfalls den völkischen Kreisen entstammt die *IG Chemnitzer Stadtgeschichte*. Hierbei handelt es sich um eine Gruppe, die in der Vergangenheit mehrere neonazistische Vorträge organisiert hat und sich 2011 im zweiten Jahr für den Aufruf zum jährlichen „*Trauermarsch*“ in Chemnitz am 5. März verantwortlich zeichnet (siehe Kapitel 5.1).

Konspiration in der Chefetage

Ihr konspiratives Gebaren, besonders in der Führung, unterscheidet die *NSC* von den meisten anderen Kameradschaften. Während etwa Kameradschaftsführer in Dresden und Leipzig die Öffentlichkeit nur wenig scheuen und häufig als Anmelder von Demonstrationen auftreten, bleiben die Chemnitzer Führungskader fast gänzlich im Hintergrund. In einem Bericht der Chemnitzer *NPD* zu einer Saalveranstaltung in Limbach-Oberfrohna am 17. Januar 2009 heißt es immerhin:

„Im Anschluss daran sprach der Leiter der ‚Nationalen Sozialisten Chemnitz‘, Kamerad Maik, in seinen Ausführungen u.a. über die Unterschiede zwischen den Völkern der Welt, die Kulturzerstörung und den Verlust der Identitäten der Menschen durch die Globalisierung.“

Es wird davon ausgegangen, dass es sich hierbei um den 28-jährigen Kameradschaftler Maik Arnold handelt. Er ist des Öfteren auf Demonstrationen zu sehen, teilweise als Wortführer des NSC-Blocks, ausgestattet mit Megafon und NSC-T-Shirt. Außerdem trat er zuweilen als Ordner bei größeren NS-Versammlungen, wie dem gescheiterten Aufmarsch am 17.10.2009 in Leipzig, auf.

Zwei weitere Personen, die beide in den letzten Jahren nach Chemnitz gezogen sind, nehmen gegenwärtig Wortführerrollen innerhalb der NSC ein. Dabei handelt es sich um Benedikt Kaiser aus Hof (Bayern) und Patrick Fischer aus Leipzig.

Als ehemaliges Mitglied des *Kameradschaftsbundes Hochfranken* begann Kaiser 2007 das Studium der Politikwissenschaften an der Technischen Universität Chemnitz. Er nahm an zahlreichen NS-Demonstrationen teil, pflegte aber auch guten Kontakt zu „neurechten“ Kreisen in Chemnitz. Während Kaiser anfangs bemüht war nicht aufzufallen, trat er später mehr und mehr in die Öffentlichkeit. Zunächst hielt am 22.03.2009 „Kamerad Benni vom Freien Netz Chemnitz“ eine Rede über „die Notwendigkeit nationaler Mandatsträger in den BRD-Parlamenten“ (vgl. NPD Chemnitz 2009). Im Dezember 2009 veröffentlichte Kaiser zusammen mit dem Chefredakteur der „neurechten“ Zeitschrift *Sezession*, Götz Kubitschek aus Schnellroda in Sachsen-Anhalt, den Artikel „Gewalt gegen Deutsche – Auswahl 2009“ (vgl. Kaiser/Kubitschek 2009). Im Spätherbst 2010 publizierte Kaiser dann das Thema seiner Bachelorarbeit als Buch beim rechtsgerichteten *Regin-Verlag* mit dem Titel „Europafaschismus und bürgerliche Dekadenz – Europakonzeption und Gesellschaftskritik bei Pierre Drieu la Rochelle“. Hier findet er sich offen als „Freier Publizist“ mit Portraitfoto in der Autorenliste des Verlages wieder. Auch die nächste Veröffentlichung ist bereits geplant: „Phänomen Inselfaschismus: Die britischen Blackshirts und die irischen Blueshirts“, – zusammen mit Eric Fröhlich verfasst, einem weiteren sehr aktiven Chemnitzer Neonazi, soll dieses Buch Anfang 2012 erscheinen (vgl. Regin-Verlag 2011).

Patrick Fischer gehört demgegenüber zu den aktionsorientierten Neonazis. Anfang 2010 zog er aus seiner Heimatstadt Leipzig nach Chemnitz, um hier sein Abitur zu machen. In Leipzig fiel er sowohl als gewalttätiger Fußballfan des 1. FC Lok Leipzig als auch als führende Figur beim *Freien Netz* auf, welches sich stark mit den örtlichen *Jungen Nationaldemokraten* überschneidet (vgl. ag.doc 2009). 2009 verfolgte er überdies das Vorhaben, sein neonazistisches Umfeld in der israelischen Kampfsportart *Krav Maga* zu unterrichten (vgl. GAMMA 2010). Aus seiner Weltanschauung macht Fischer keinen Hehl: Am 01.08.2009 sagte er während einer Rede auf dem „*Trauermarsch*“ in Bad Nenndorf: „Ich will mit diesem Staat nichts zu schaffen haben, ich hasse die Demokratie wie die Pest“ (vgl. Limbach 2009). Auch ein Jahr später sprach er in der niedersächsischen Kleinstadt, dieses Mal bereits für die „Widerstandsbewegung in Chemnitz“.

Rekrutierung aus dem Fußballumfeld

Der Nachwuchs der *NSC* stammt zu großen Teilen aus dem Ultra- und Hooligan-Umfeld des Chemnitzer FC (CFC). Bedeutsam ist hier vor allem die offen nationalistisch ausgerichtete Gruppe *Chemnitzer New Society (NS-Boys)*, welche zu großen Teilen in der Kameradschaft *NSC* aufgeht. Wie Gründungsmitglied Nino Henselmann 2006 in einem Interview mit dem Fußballmagazin *RUND* sagte, haben sich die *NS-Boys* die *HooNaRa* zum Vorbild genommen (vgl. Dobbert 2007). *HooNaRa* ist die Abkürzung für „Hooligans – Nazis – Rassisten“. Die Gruppierung wurde in den Neunzigerjahren von Thomas Haller, dem Inhaber der *Haller Security*, gegründet. Mittlerweile ist die *HooNaRa* inaktiv, die Mitglieder sind älter geworden und haben sich ins Familienleben zurückgezogen. „Eigentlich gibt es *HooNaRa* nicht mehr, andererseits sind wir in einer halben Stunde da“, so Haller im gleichen Interview.

Darüber hinaus gibt es einige an sich unpolitische Fanggruppierungen, bei denen vereinzelt Kameradschaftsaktivisten mitwirken. Junge Fußballfans kommen auf diese Weise sehr früh in Kontakt mit neonazistischem Gedankengut. Eine kritische Haltung zu fremdenfeindlichen Einstellungen wird in der Chemnitzer Fanszene nur von wenigen Personen zu vermitteln versucht. Durch gemeinsame Reisen zu Auswärtsspielen und öffentlichkeitswirksame, von anderen Fans zumindest geduldete NS-verherrlichende Stadion-Choreografien wird die Nähe zum Nationalsozialismus mit dem Entstehen für den Verein, Gruppenzusammenhalt und dem Reiz rechtlicher Grenzbereiche verbunden. Beispielhaft zu nennen sind hier das Zeigen roter Fahnen mit weißem Kreis (Nationalflagge des Dritten Reiches mit fehlendem Hakenkreuz) im April 2006 während eines Auswärtsspiels bei dem als linksalternativ geltenden FC St. Pauli oder das regelmäßige Entrollen des Transparents: „Chemnitzer Fußballclub – Deutsche Jugend – Ehre, wem Ehre gebührt“.

Viele junge, fast ausschließlich männliche Fußballfans sind über kurz oder lang bei Demonstrationen für den „Nationalen Sozialismus“ im Block der *NSC* anzutreffen. Manch einer besucht nur einmal eine Demonstration, andere finden Gefallen am Kameradschaftsleben und werden schon bald als Ordner bei Großdemonstrationen und Rechtsrockfestivals eingesetzt.

Obwohl der Chemnitzer FC bemüht ist, mit verschiedenen Projekten die Neonazis in der Fangemeinde zurückzudrängen, gibt es weiterhin starke „rechte“ Tendenzen innerhalb der Fanggruppierungen und eine gewisse Ohnmacht seitens des Vereins. Beispielhaft kann hier ein Heimspiel des CFC – wiederum gegen den FC St. Pauli – am 14.08.2010 in Chemnitz betrachtet werden: Politische Symbole waren im Stadion verboten, und so wurden angereisten Gästefans „linke“ Kennzeichen von den Ordnern abgenommen. Dass die Kontrollen offenbar nicht auf beiden Seiten gleichermaßen durchgeführt wurden, zeigte sich nach einiger Zeit, als die Chemnitzer Fans völlig ungestört das o.g. „Deutsche Jugend“-Transparent entrollen konnten (vgl. Inside Picture o.J.). BeobachterInnen wussten zudem zu berichten, dass vor dem Spiel das sogenannte „Flaggschiff“ der *NPD*, ein Wohnmobil mit *NPD*-Dekor, am Eingang stand, um Wahlpropaganda unter die Leute zu bringen. Auch hiergegen wusste der Fußballverein augenscheinlich nichts zu unternehmen, genauso wenig wie er die Beschädigung der Frontscheibe des St. Pauli-Spielerbusses ver-

hindern konnte, die zweifellos ebenfalls auf „rechte“ Fußballfans zurückgeführt werden darf (vgl. Chempixx o.J.). Am Abend nach dem Spiel kam es dann zu einem Überfall durch ca. 50 schwarz gekleidete und vermummte Personen auf eine Party im ehemaligen alternativen Wohn- und Kulturprojekt *Reitbahnstraße 84*. Die mit Glasflaschen und Baseballschlägern bewaffneten Angreifer schlugen so hart zu, dass zwei Personen ins Krankenhaus eingeliefert werden mussten. Angesichts der Vorwürfe, der CFC trage für die genannten Geschehnisse in dem Wohn- und Kulturprojekt eine Teilverantwortung, wusste die Fanbeauftragte des Vereins nur zu sagen, dass der CFC ein „sehr guter Gastgeber“ gewesen sei (vgl. REITBAHNSTRASSE84 2010).

Ein positives Beispiel für das Engagement gegen nationalsozialistische Bestrebungen bei den Fans ist das *Chemnitzer FAN-Projekt*, welches sich bemüht, den Jugendlichen durch Gewaltprävention und antirassistische Arbeit Alternativen zu „rechtem“ Gedankengut aufzuzeigen. Als positiv ist auch die Suspendierung der *Haller Security* von Aufgaben im Stadiongelände zu bewerten. Dies geschah jedoch erst nach vermehrtem öffentlichem Druck.

Nähe zur NPD

Neben der Beherbergung unterschiedlich ausgerichteter Gruppierungen und dem konspirativen Auftreten unterscheiden sich die *NSC* auch durch ihre Nähe zur *NPD* von vielen anderen Kameradschaften. Während in anderen Städten häufig Differenzen zwischen Kameradschaft und Partei zutage treten, ist es in Chemnitz offensichtlich gelungen, eine Symbiose herbeizuführen, aus der beide Gruppierungen ihre Vorteile ziehen.

Bei Hilfsarbeiten stehen die *NSC* der *NPD* tatkräftig zur Seite: So wurden Erstere beispielsweise beim Chemnitzer Stadtfest 2010 beobachtet, wie sie den Werbestand der *NPD* bewachten. Im Wahlkampf 2009 halfen Mitglieder der *NSC* der *NPD* bei der Aufhängung von Plakaten. Im Gegenzug darf sich die *NPD* Hoffnungen machen, in den *NSC* eine gesicherte Nachwuchsquelle gefunden zu haben.

Beispielhaft für die Zusammenarbeit steht der auch *NPD*-Kreisvorsitzende Sven Willhardt (siehe Kapitel 3.3). In seinem Steckbrief zur Kommunalwahl gab er an, „seit mehreren Jahren politisch aktiv bei den Freien Kräften“ zu sein. Dies wird besonders an seinem Auftreten bei Demonstrationen deutlich. Am 16.10.2009 zeigte er sich bei einer Großdemonstration in Leipzig ganz im Stil der *Autonomen Nationalisten* – mit Sonnenbrille und schwarzer Kleidung zusammen mit Vertretern der *NSC*.

Nähe zu anderen „rechten“ Gruppierungen

Sowohl regional als auch überregional sind die *NSC* mit Kameradschaften, Parteien und „rechten“ Vertriebsstrukturen vernetzt und pflegen sehr gute Kontakte zu anderen neonazistischen Gruppen aus dem Chemnitzer Umland. Durch den Zusammenschluss zum *Freien Netz* bestehen überdies Kontakte nach ganz Sachsen und darüber hinaus. Als Beispiele für regionale Kontakte sind hier das *Aktionsbündnis Erzgebirge* (im Internet bekanntermaßen wieder *Freies Netz Erzgebirge*) zu nennen und die verbotene

Kameradschaft *Sturm 34*. Diese Gruppen gehören mittlerweile auf Demonstrationen fest zum Chemnitzer Block. Auch innerhalb der Stadt Chemnitz ist die Kameradschaft bemüht, Kontakte zu knüpfen und zu halten. Yves Rahmel, der Betreiber des „rechten“ Musik-Geschäftes *PC Records* (siehe Kapitel 3.2), arbeitet ebenfalls mit den *NSC* zusammen. Wie bei der *NPD* kommt es hier zu einer Gewinnsituation beider Seiten: Rahmel vertreibt das Fanzine *Freies Chemnitz* und unterstützt verschiedene Chemnitzer Strukturen, woraus sich auch für die *NSC* Vorteile ergeben. *Chemnitz Infos* wirbt auf seinem Twitter-Account für *PC Records* und verlinkt auf dessen Website. Gleichzeitig erwirbt sich Rahmel durch seine Kooperationen einen guten Ruf, der in der Szene für ein erfolgreiches Ladengeschäft unabdingbar ist.

Ungewöhnlicher ist die Kooperation mit „neurechten“ Kreisen, speziell mit der Partei *PRO CHEMNITZ* (siehe Kapitel 3.5). Zwar ergeben sich immer mal wieder Meinungsverschiedenheiten – was zum Beispiel in einem Interview mit dem Parteivorsitzenden Martin Kohlmann auf der Website des *Freien Netz Chemnitz* deutlich wurde – es wird sich aber nicht gänzlich aus dem Weg gegangen. Sowohl Kohlmann als auch AktivistInnen der *NSC* gehören dem bereits erwähnten *Volkstanzkreis Chemnitz* an. Kohlmann selbst marschierte bei dem damals noch von ihm angemeldeten „*Trauermarsch*“ am 05.03.2009 in Chemnitz zusammen mit dem *Aktionsbündnis Erzgebirge* in einer Reihe (siehe Kapitel 5.1). Ein weiteres Beispiel für die Kooperation zwischen der „Neuen Rechten“ und den *NSC* ist die Kandidatur des Kameradschaftlers Maik Otto für *PRO CHEMNITZ* zur Stadtratswahl 2009. Auf der Website des *FN Chemnitz* wurde er als Kandidat der *Freien Kräfte* genannt, und er hielt beim „*Trauermarsch*“ am 05.03.2010 in Chemnitz eine Rede unter dem Pseudonym „Maik Richter“. Auch er beteiligt sich aktiv am *Volkstanzkreis*.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die VertreterInnen der *Freien Kräfte* die wohl größte und aktivste nationalistische Gruppe in Chemnitz bilden. Garant für die kontinuierliche Arbeit ist die gute Zusammenarbeit mit der *NPD* und „neurechten“ Kreisen sowie der stetige Zustrom junger Mitglieder durch die Zuarbeit von Gruppen und Einzelpersonen aus der Fanszene des Chemnitzer FC.

3.2 Vertriebszene

Chemnitz gilt als wichtiges Zentrum der neonazistischen Vertriebszene mit weltweiter Bedeutung. Es gibt zahlreiche Unternehmen, die mit Kleidungsmarken mit „rechten“ Bezügen wie *Thor Steinar* oder *Consdaple* und „rechter“ Musik handeln.

PC Records

Allen voran ist der im „Heckertgebiet“ ansässige Laden *PC Records* zu nennen, der von Yves Rahmel betrieben wird. Der 30-Jährige tritt auch überregional als Unterstützer von Rechtsrockveranstaltungen auf. In einschlägigen Internetforen stellt er sich als authentischer Händler dar, für den im Gegensatz zu

vielen anderen „nationalen Versandhändlern“ nicht der Profit im Vordergrund stehe. Durch seine finanzkräftige Unterstützung zahlreicher neonazistischer Organisationen hat er sich in der Szene eine starke Position erarbeitet.

PC Records ist nicht nur Ladengeschäft und Versandhandel, sondern agiert auch als Musiklabel. Als eines der aktivsten deutschen Neonazi-Labels veröffentlicht *PC Records* nicht nur Alben deutscher Rechtsrockbands wie *Blitzkrieg* (Chemnitz), *Hassgesang* (Teltow/Brandenburg) oder *Die Lunikoff Verschwörung* (Nachfolgeprojekt der verbotenen Berliner Band *Landser*). Auch etwa *Brutal Attack* aus Großbritannien, die weltweit dienstälteste Rechtsrockband, und die US-amerikanischen *Bully Boys* veröffentlichten in der Vergangenheit ihre Tonträger bei Rahmels Label (vgl. *PC Records* o.J.). Des Weiteren produzierte der vielseitig aktive Rechtsrockhändler die von „rechten“ Kameradschaften herausgegebene *Schulhof-CD* mit dem Titel „60 Minuten Musik gegen 60 Jahre Umerziehung“ (vgl. *Netz-gegen-Nazis.de* 2008). Wie die Bezeichnung vermuten lässt, sollen solcherlei CDs in Schulen verteilt werden, um so Kindern und Jugendlichen die nationalsozialistische Ideologie mithilfe der Musik schmackhaft zu machen. Die CD wurde im August 2007 beschlagnahmt.

Ende 2010 wurde bekannt, dass Yves Rahmel eine ehemalige Gaststätte in der Markersdorfer Straße 40 erworben hat, die inzwischen zum *NPD*-Schulungszentrum ausgebaut wurde (vgl. Brunner 2010). Nachdem bereits publik wurde, dass er der Chemnitzer *JN* mehrere Internetseiten auf seinem Server bereitstellt, ist damit einmal mehr ersichtlich, welche wichtige Rolle Rahmel für die nationalistische Szene und speziell für die Partei spielt. Als im November 2011 Teile eines internen Forums des *Freien Netzes* an die Öffentlichkeit gelangten, zeigte sich, dass Rahmel auch an internen Treffen der sächsischen *JN* teilgenommen hat.

Backstreet Noise

PC Records als Ladengeschäft gibt es erst seit 2004. Zuvor war dem Rechtsrock-Geschäft *Backstreet Noise* nach einer antifaschistischen Großdemonstration und darauffolgenden Angriffen von Neonazis auf DemonstrantInnen an seinem alten Standort gekündigt worden. *PC Records* existierte bis dahin nur als ein dem Laden angegliedertes Label für Rechtsrock (vgl. *Turn it down!* o.J.).

Hendrik Lasch, mutmaßlicher bisheriger Betreiber dieses Labels, kaufte einen Gebäudeblock im Chemnitzer Stadtteil Kappel und vermietete einen Teil an Yves Rahmel, der damals in der Szene vor allem als Herausgeber des neonazistischen Fanzines *Panzerbär* bekannt war. Lasch selbst führte den Laden *Backstreet Noise* von nun an als Bekleidungsgeschäft weiter (vgl. *Bonhoeffer-Kirchengemeinde* 2009), Rahmel erweiterte *PC Records* zu dem besagten Musikhandel.

Bei *Backstreet Noise* werden nicht nur eindeutig neonazistische Kleidungsmarken verkauft, sondern auch Marken wie *Nike*, *Timezone* oder *Fred Perry*. Damit ist die Hemmschwelle für potentielle KundInnen, die bislang noch nicht mit der „rechten Szene“ in Berührung gekommen sind, wesentlich niedriger.

Rahmel und Lasch profitieren somit beide voneinander. Während Rahmel in Lasch einen wohlgesonnenen Vermieter findet, ebnet Lasch unpolitischen Kunden den Weg zum Neonazismus, indem er den Übergangsbereich zwischen unpolitischer Markenkleidung und dem radikal anmutenden *PC Records* bietet. Ein weiterer bedeutender Online-Versandhandel für „nationale Bekleidung“ und Rechtsrock-CDs ist der *Wotan-Versand*. Bis ins Jahr 2009 hatte dieser seinen Sitz in Chemnitz, gehört mittlerweile aber zu dem im bayerischen Kirchberg ansässigen *Patria-Versand*.

Waffen Army Shoes

Einige andere Ladengeschäfte in Chemnitz sind zwar nicht so stark szeneverbunden wie *PC Records*, vertreiben aber dennoch Kleidungsmarken mit „rechten“ Bezügen. Auf der Straße der Nationen im Stadtzentrum befindet sich der Laden *Waffen Army Shoes*. 1993 eröffnete der Inhaber Tobias Schneider das Geschäft zunächst an der Theaterstraße (vgl. Schneider 2008). Es ist bekannt, dass hier sowohl mit vermeintlich linker Kleidung als auch mit als „rechts“ geltenden Marken wie *Thor Steinar* gehandelt wurde. Im Jahr 2008 zog Schneider mit seinem Laden in die Straße der Nationen um, wo sich auf einer erheblich größeren Ladenfläche ein ähnliches Angebot vorfindet. In nationalsozialistischen Kreisen ist Schneider jedoch bisher nicht öffentlich in Erscheinung getreten.

Rascal/The Clash

Auch das Doppel-Geschäft *Rascal/The Clash* auf der Limbacher Straße verkauft Szene-Bekleidung. *The Clash* bietet Kleidung für den „Gothic, Punk and Rockabilly Lifestyle“. Im *Rascal* nebenan können KundInnen nach „Weisse Wölfe – Support your local Anti-Antifa“- und „Masterrace“-T-Shirts stöbern. Betrieben werden beide Läden vom gleichen Besitzer. Es ist zwar unwahrscheinlich, dass die Gewinne dieser Läden direkt in nationalsozialistische Strukturen fließen, dennoch werden durch das Angebot und den Kauf „rechte“ Ideologien und Symbole verbreitet.

3.3 NPD – Nationaldemokratische Partei Deutschlands

Die *NPD* verfolgt seit 1997 eine Strategie, die heute unter dem Namen „Vier-Säulen-Konzept“ bekannt ist (vgl. Schultze 2008). Ziel der Strategie ist die Konzentration der Parteiarbeit auf bestimmte Themen, die als besonders wichtig erachtet werden. Jede Säule steht dabei für einen „Kampf“ um ein konkretes Politikfeld. Die erste Säule, der „Kampf um die Parlamente“, verweist auf die Bedeutung der parlamentarischen Arbeit für die *NPD*. Sie dient ihr vor allem als Bühne für die öffentlichkeitswirksame Verbreitung eigener Inhalte, für Provokationen und nicht zuletzt als verlässliche Geldquelle. Bei der zweiten Säule, dem „Kampf um die Straße“, geht es der *NPD* um die Eroberung des öffentlichen Raums durch Demonstrationen, Kundgebungen und öffentliche Auftritte allgemein. Öffentliche Veranstaltungen dienen der *NPD*

nicht nur als Mittel, ihre Inhalte zu propagieren, sondern auch der Stärkung des Zusammengehörigkeitsgefühls der AnhängerInnen. Schwerpunkt der dritten Säule, dem „Kampf um die Köpfe“, ist die Bildungsarbeit, die Schulungen in den eigenen Reihen genauso einschließt wie Strategien zur Verankerung der *NPD* und ihrer Ideologie in der Gesellschaft. Darüber hinaus gibt es innerhalb der *NPD* Bestrebungen, die Partei zu intellektualisieren, um sich in der Bevölkerung als seriöse politische Kraft zu präsentieren. Im Jahr 2004 fügte die *NPD* ihrem bis dato dreigliedrigen Säulenkonzept eine vierte Säule hinzu: den „Kampf um den organisierten Willen“. Hiermit gemeint ist das Bestreben, das nationale Lager von Parteien (*NPD*, *DVU*) und Freien Kameradschaften zu vereinen, um über die organisationsübergreifende Zusammenarbeit eine größtmögliche Stärke zu erreichen.

Im Dezember 2010 kam es dann auch zur Fusion der Parteien *NPD* und *DVU*. Seitdem heißt die Partei *NPD – Die Volksumion*. Für die sächsische *NPD* hatte dieser Zusammenschluss jedoch nur wenig Relevanz, da die *DVU* kaum noch Mitglieder in Sachsen zählte.

Im Jahr 2010 versuchte die Partei neben der Rekrutierung vor allem junger Menschen, die sich bereits im Milieu bewegen, aber eher losen Zusammenhängen angehören, verstärkt neue WählerInnen und MitgliederInnen zu gewinnen. Ziel war es, größere Bevölkerungsteile anzusprechen, ohne dabei den wahren Kern der Parteiideologie offen zu zeigen, sowie durch eine Besetzung des öffentlichen Raums Anerkennung zu erlangen (vgl. Sächsisches Staatsministerium des Inneren 2010, S. 4f.).

Der Ideologie der *NPD* voran steht die Abschaffung der freiheitlich demokratischen Grundordnung und der im Grundrecht verankerten Menschenrechte. Ziel ist die Schaffung einer „Volksgemeinschaft“. Bezogen auf Deutschland ist damit gemeint, dass alle Menschen, die keine „deutschen Wurzeln“ nachweisen können, unerwünscht sind. Entgegen dem Grundgesetz, in dem der Mensch und dessen Würde höchste Priorität genießen, könne nach dem neuen *NPD*-Parteiprogramm die Würde des Menschen einzig in der Volksgemeinschaft verwirklicht werden. Als Gründe werden der Vorrang der Gemeinschaft gegenüber dem Individuum sowie die Unterschiedlichkeit von Menschen angeführt. Begleitet wird die Ausgrenzung bestimmter Gruppen mit offen rassistischen und fremdenfeindlichen Äußerungen. Auch der positive Bezug auf den Nationalsozialismus gehört zum ideologischen Grundverständnis der *NPD* (vgl. ebd., S. 10f.).

Wahlerfolge der NPD in Sachsen

Sachsen gilt als Hochburg der *NPD*. Sie ist mit 13 Kreisverbänden flächendeckend organisiert und verfügt laut Angaben des Verfassungsschutzes über ca. 800 Mitglieder im Freistaat. Ihr politisches Zentrum ist die Stadt Dresden. Im Jahr 2004 zog die *NPD* mit 9,2 % der Stimmen in den Sächsischen Landtag ein. Den Fraktionsvorsitz übernahm Holger Apfel. Ihre neuen WählerInnen gewann die *NPD* vor allem aus den Kreisen früherer Nicht-WählerInnen (70.000), der *CDU* (40.000) und der ErstwählerInnen (28.000). Besonders bei den jungen WählerInnen stieß die Partei auf große Resonanz. So lag der Anteil der 18- bis 24-Jährigen bei 21 % (vgl. Stadt Chemnitz 2009, S. 16).

Für die Landtagswahlen 2009 kündigte die Partei ein Wahlziel von über 10 % an. Trotz eines intensiven Wahlkampfes erhielten sie lediglich 5,6 % der Wählerstimmen und damit 8 Sitze im sächsischen Parlament. Dennoch ist der Wiedereinzug in den Landtag als Erfolg der *NPD* zu werten und als Zeichen, dass es sich bei den WählerInnen von 2009 um eine Stammwählerschaft handelt, die der Partei auch in den nächsten Jahren den Einzug ins Parlament ermöglichen könnte. Im Vergleich zum Wahljahr 2004 sanken 2009 die Stimmen der JungwählerInnen. Zugewinne konnte die Partei hingegen unter den 45- bis 60-Jährigen erzielen (vgl. Sächsisches Staatsministerium des Inneren 2009, S. 7).

Besondere Erfolge kann die *NPD* nach Angaben einer Studie der *Heinrich-Böll-Stiftung* in Ost- und Südsachsen verbuchen. In diesem ländlichen Raum erzielt die Partei bei Wahlen seit Jahren hohe, zum Teil zweistellige Ergebnisse (vgl. Heinrich-Böll-Stiftung 2011, S. 20).

Bei den „*U18*-Wahlen“ von 2009 erreichte die *NPD* sachsenweit 12,78 %.³⁷ Das sind 3,52 % weniger Stimmen als im Jahr 2005. Auch in Chemnitz ist der Stimmenanteil der *U18*-WählerInnen von 14,61 % im Jahr 2005 auf 8,81 % im Jahr 2009 gesunken (vgl. Landesjugendring Berlin e.V. 2009).

Anlass zur Entwarnung geben solche Zahlen dennoch nicht. Neonazis organisieren sich heute eher in Kameradschaften und *Freien Kräften*, als auf parteilicher Ebene. Nachdem die *NPD* die Stimmenverluste bei der Jungwählerschaft erkannte, setzt sie nun verstärkt auf den Ausbau der Jugendarbeit. Hierzu soll die Zusammenarbeit mit den *Freien Kräften* und der *JN* intensiviert werden. Bereits im Jahr 2009 gab die *JN* die Gründung von vier weiteren Stützpunkten in Sachsen bekannt (vgl. Sächsisches Staatsministerium des Inneren 2009, S. 7f.). Ziel ist es, über die *JN*-Stützpunkte die *Freien Kräfte* näher an die *NPD* zu binden.

Einflussreiche Personen der NPD in Chemnitz

Bei den Chemnitzer Stadtratswahlen vom 7. Juni 2009 konnte die *NPD* 2,38 % der Stimmen für sich gewinnen. Daraus ergab sich ein Sitz im Stadtrat, den die fraktionslose Stadträtin Katrin Köhler übernahm.

Katrin Köhler ist 1961 in Karl-Marx-Stadt geboren. Sie hat eine Ausbildung zur Wirtschaftskauffrau für Verkehrswesen sowie eine zur Fliesen-, Platten- und Mosaiklegerin abgeschlossen. Des Weiteren hat sie als Streetworkerin gearbeitet und berufsbegleitend das Studium der Sozialpädagogik absolviert. Seit 2004 ist Köhler bei den *Freien Kräften* politisch aktiv. Zwei Jahre später trat sie der *NPD* bei und ist Gründungsmitglied und Sprecherin der *RNF*-Regionalgruppe Chemnitz/Erzgebirge.³⁸ Im Jahr 2009 wurde sie

³⁷ *U18* ist die Bezeichnung einer Bildungsinitiative für Kinder und Jugendliche in Deutschland. Die *U18* unterstützt Kinder und Jugendliche, die sich mit Politik auseinandersetzen wollen, diese besser zu verstehen und kritisch zu hinterfragen. Parallel zur Bundestagswahl organisiert die *U18* eine Kinder- und Jugendwahl, die bundesweit in Schulen, Jugendeinrichtungen, Vereinen und anderen Organisationen durchgeführt wird. *U18* richtet sich an Kinder und Jugendliche unter achtzehn Jahren.

³⁸ *RNF* steht für *Ring Nationaler Frauen*. Es handelt sich hierbei um eine bundesweite Unterorganisation der *NPD*, die 2006 gegründet wurde. Der *RNF* bietet national gesinnten Frauen die Möglichkeit, sich zu engagieren. Die Gründung

zur sächsischen Landessprecherin des *RNF* gewählt. Ebenfalls seit 2009 ist Katrin Köhler Beisitzerin im Vorstand der sächsischen *NPD* (vgl. *NPD Chemnitz o.J.*).

Mit ihrem Auftreten bedient Katrin Köhler das klassisch-konservative Bild einer Frau. Sie gibt sich betont weiblich und pflegt gern das Image vom „deutschen Mädel“ im Dirndl mit geflochtenen Zöpfen. Laut eigener Aussage sind Köhlers Politikziele „die Verbesserung der Situation der einheimischen Bevölkerung, vor allem der Familien und Alleinerziehenden“. Sie sieht Deutschland als „geschundenes und ausgebeutetes Land“ und möchte die Menschen von der Idee eines „nationalen Sozialismus“ überzeugen (vgl. ebd.). Seit ca. vier Jahren pflegt Köhler Kontakte zu tschechischen Neonazis und hat diese seitdem kontinuierlich ausgebaut. Der landesübergreifende Aufbau von Nazistrukturen ist in der Szene nicht unüblich. Neben gegenseitigen Besuchen werden gemeinsame Aktionen durchgeführt, um den „Nationalen Widerstand“ beider Länder zu fördern (vgl. redok e.V. 2008). Beim *2. Fest der Freiheit* im kleinen tschechischen Ort Novy Knin hielt Köhler eine Rede in antisemitischer Manier:

„Gern überbringe ich euch als sächsische Landessprecherin des ‚Ring Nationaler Frauen‘, kurz RNF, die herzlichsten Grüße der sächsischen Nationalistinnen und wünsche allen heute hier Anwesenden weiterhin viel Kraft und Mut im Widerstandskampf gegen die asoziale und menschenverachtende Europapolitik des Weltfinanzkapitals.“ (NPD Chemnitz o.J.)

Auch aus ihrer homophoben Gesinnung macht Köhler keinen Hehl. So äußerte sie sich etwa zum *Christopher Street Day* wie folgt:

„Ich lehne die Verhätschelung von Randgruppen, wie sie in dem ganzen Homo-Hokuspokus zum Ausdruck kommt, entschieden ab. Und ich wende mich gegen die sozialethische Verwahrlosung, die dadurch entsteht, daß die unter dem besonderen Schutz des Grundgesetzes stehende Familie von Mann, Frau und Kind moralisch und rechtlich mit beliebigen sexuellen Spaßgemeinschaften gleichgestellt wird. Der Staat als Hüter der kulturell-sittlichen Ordnung (...) hat sich schützend vor die Mehrheit des Volkes und seine natürliche Sexualmoral zu stellen. Was Homosexuelle in der Abgeschlossenheit ihrer vier Wände tun, ist davon unberührt; dort können sie treiben, was sie wollen und wie sie es wollen. In der Öffentlichkeit haben sich Schwule und Lesben als Ausreißer der Natur, als Panne der Humanevolution, aber absolut zurückzunehmen.“ (NPD Kreisverband Niederschlesien-Oberlausitz 2010)

Im Wahlkampf 2009 arbeitete die Chemnitzer *NPD* auch mit den *Freien Kräften* zusammen. Zur Stadtratswahl traten vier parteiunabhängige Vertreter der *Freien Kräfte* auf *NPD*-Listen an. Zwei der Kandida-

des *RNF* verdeutlicht die zunehmende Bedeutung von Frauen und deren aktiver Mitarbeit im Umfeld der *NPD* und anderen organisierten Nazis.

ten wurden sogar auf den ersten Listenplatz der entsprechenden Wahlkreise gesetzt. Dies zeigt, dass die *NPD* auf eine enge Zusammenarbeit aller „nationalen Kräfte“ setzt, um ein starkes und geschlossenes Auftreten zu erreichen (vgl. *NPD-Kreisverband Chemnitz 2009*, S. 1ff.).

Neben Köhler spielt auch Sven Willhardt eine führende Rolle. Er ist Kreisverbandsvorsitzender der *NPD* Chemnitz und seit mehreren Jahren bei den *Freien Kräften* politisch aktiv. Willhardt absolvierte eine Ausbildung zum Facharbeiter im Hochbaufachwerk und in der Folge eine Umschulung zum CNC-Maschinenbediener (vgl. *NPD Chemnitz o.J.*).

Bei seiner Auftaktrede zum „*Trauermarsch*“ am 05.03.2010 gedenkt Sven Willhardt mit anderen Chemnitzer Neonazis und überregionalen DemonstrationsteilnehmerInnen der Chemnitzer Bombenopfer von 1945. Das nachfolgende Zitat ist ein Auszug aus seiner Rede:

„Während die ‚Befreiung‘-feiernde Zivilgesellschaft nun ein heuchlerisches Friedensfest zelebriert, dessen Name bereits ein Hohn für die Bombenopfer und deren überlebende Verwandte und Nachfahren darstellt, wüten Linksextreme (...) in der Innenstadt. Ihnen ist eines gemeinsam: Die Verklärung der deutschen Kriegs- und Nachkriegsgeschichte. Während die Vertreter der etablierten Block-Parteien die Opferzahlen relativieren, die Kriegsschuldthese wie ein Dogma vor sich hertragen, der Jugend einimpfen, Schuld- und Schamgefühle zu entwickeln, und die vom Vernichtungswillen getragene Bombardierung unserer Heimatstädte als notwendiges und legitimes Mittel gegen die nationalsozialistische Herrschaft verkaufen, (...)“ (5MAERZ.DE)

In Willhardts Aussagen werden der Geschichtsrevisionismus der *NPD* sowie die ideologische Verbundenheit zum Nationalsozialismus deutlich. Im weiteren Verlauf echauffiert sich der *NPD*-Kreisverbandsvorsitzende auch über den *Lokalen Aktionsplan* der Stadt Chemnitz. Er bezeichnet dessen Akteure als „selbsterklärte Volksfeinde und gewaltaffine Extremisten“ (ebd.).

Aktivitäten der *NPD* in Chemnitz

Die Aktivitäten der Chemnitzer *NPD* beliefen sich im Jahr 2009 nach Aussagen des Sächsischen Innenministeriums vor allem auf Wahlkampfveranstaltungen. Dazu zählen Verteilaktionen von Werbematerialien und Flugblättern, Infostände und Wahlkampfplakatierung. Neben diesen Aktionen fand im Februar 2009 der Landeskongress des *RNF* statt. Des Weiteren gab es Vortragsveranstaltungen der *NPD* (vgl. Sächsischer Landtag 2010a). Das Jahr 2010 gestaltete sich ähnlich. Neben der größten Veranstaltung, dem erwähnten „*Trauermarsch*“ am 5. März, organisierte die Chemnitzer *NPD* mehrere Flugblattverteilaktionen. Zudem wurde in Chemnitz erneut das Landestreffen des *RNF* durchgeführt und im September auch die Jahreshauptversammlung der *NPD*. Auf dem alljährlich stattfindenden Chemnitzer Stadtfest am 28.08.2010 war die *NPD* mit einem Infostand vertreten (vgl. Sächsischer Landtag 2011). Am Abend nach der Demonstration am 05.03.2010 fand im Restaurant *Yesterday* im *Europark Chemnitz* zudem ein neonazistischer Liedermacherabend statt. Hier veranstaltet die *NPD* in unregelmäßigen Abständen Vorträge,

Parteiveranstaltungen und Liedermacherabende (vgl. Recherche Ost 2010). Im Jahr 2011 organisierte sie wiederum die „Gedenkveranstaltung“ am 5. März.

Vor kurzem eröffnete die *NPD* schließlich ihr neues Schulungszentrum. Besonders hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, dass der neue *NPD*-Bundesvorsitzende und Mitglied des sächsischen Landtags, Holger Apfel, hier ein Bürgerbüro eröffnen wird. Zum einen ist damit zu befürchten, dass sich der Fokus der *NPD*-Bundespolitik ein Stück weit nach Chemnitz verlagern wird. Zum anderen gelten aufgrund Apfels Immunität als MdL mehrere Sonderregelungen für das Gebäude. Dazu gehört u.a., dass die als Bürgerbüro ausgewiesenen Räume nicht polizeilich durchsucht werden dürfen. Apfels Büro bringt den Chemnitzer Neonazis also ein wenig Sicherheit in Zeiten vieler Turbulenzen in der Szene.

3.4 „Neue Rechte“

Was genau sich als „Neue Rechte“ bezeichnen lässt, ist in einer einheitlichen Definition nicht zu fassen. So bewerten einige AutorInnen die „Neue Rechte“ als die „Extreme Rechte“ nach 1945, andere verstehen darunter den Überschneidungsbereich zwischen den „extremen Rechten“ und den Konservativen. Wieder andere zählen alle Personen, politische Haltungen und Strategien dazu, die sich von der Person Hitlers und der NS-Ideologie distanzieren und den völkischen Nationalismus neu zu bestimmen versuchen. In letzterem Verständnis wird die „Neue Rechte“ als ein Versuch „rechter“ DenkerInnen verstanden, nach dem verfehlten Einzug der *NPD* in den Bundestag im Jahre 1969 einen stärkeren politischen Einfluss v.a. auf das Alltagsdenken der Menschen auszuüben. Die Bezeichnung „Neue Rechte“ wird in dieser Lesart als Selbstbezeichnung aufgefasst, die mit der Gründung des Netzwerks *Aktion neue Rechte* im Jahre 1972 durch Siegfried Pöhlmann in Verbindung steht. Der von dem rechtsintellektuellen Henning Eichberg geschriebene Programmentwurf gründete auf die Vorstellung eines progressiven bzw. europäischen Nationalismus.

Grundlegendes Element der Ideologie der „Neuen Rechten“ ist ein völkischer Nationalismus, dessen Ziel es ist, die ethnische Homogenität der Völker, die vor Einwanderung geschützt werden müsse, zu bewahren (vgl. Antifaschistisches AutorInnenkollektiv 2005).³⁹ Die Zugehörigkeit zu einer Nation (dem Kollektiv) wird von vielen Anhängern der „Neuen Rechten“ nicht mehr hauptsächlich biologisch (d.h. über die Blutsverwandtschaft) konstituiert, sondern über die kulturelle Zugehörigkeit. Dem Nationalstaat wird hierbei die Rolle der Agitation zugeschrieben. Seine Aufgaben sehen die VertreterInnen der „Neuen Rechten“ in der Umsetzung eines nationalen Sozialismus, im Natur- und Heimatschutz und in der Aufrechter-

³⁹ Auf die Entstehungshintergründe, Vordenker (v.a. zur Zeit der Weimarer Republik), die Beziehung zur „Nouvelle Droite“ in Frankreich und auf die teils widersprüchlichen Ziele/Ideologien kann an dieser Stelle nicht eingegangen werden; dies müsste in einer tiefer gehenden Analyse, v.a. im Rückgriff auf wissenschaftliche Literatur, erarbeitet werden.

haltung einer „naturwüchsig“ hierarchisierten Gesellschaft, die von einer elitäreren Gruppe geführt wird. Die Ökonomie hätte sich dem Staat und den völkischen Interessen unterzuordnen.

Als Denkfabrik der „Neuen Rechten“ gilt das im Jahre 2000 von Götz Kubitschek und Karlheinz Weißmann privat gegründete *Institut für Staatspolitik* (IFS), das seit 2003 die Zeitschrift *Sezession* herausgibt. Auf der zugehörigen Internetseite *Sezession im Netz* wirbt das *ISF* u.a. für die Thesen Thilo Sarrazins und schafft damit den Brückenschlag über die Rechtskonservativen hinweg bis in den Mainstream-Diskurs. Die *Junge Freiheit* gilt mit ca. 12.000 Exemplaren als das auflagenstärkste Wochenblatt der „Neuen Rechten“ und wird ideologisch vom *IFS* maßgeblich beeinflusst.

Mit dem Institut *Dresdener Schule* wurde im Jahr 2005 eine weitere Einrichtung gegründet, die als akademisches Forum zur Schulung und Identifikation der „Neuen Rechten“ beitragen und der Elitenbildung akademischen Nachwuchts besorgen soll. Auch wenn diese „think tanks“ als „strategisches Mittel der extrem Rechten“ verstanden werden können, stellen sie jedoch weniger einen „Marsch in die Mitte der Gesellschaft“ dar, als vielmehr eine Hilfestellung, bereits weitverbreitete menschenverachtende Einstellungen in akademisches Vokabular zu hüllen.⁴⁰

Als Rekrutierungsstrukturen dienen überdies die Burschenschaften, die als studentische Verbindungen und Lebensbundgemeinschaften das politische Verständnis in den Universitäten und der Gesellschaft mit prägen. Dort finden männliche Studenten nicht nur Unterstützung oder politische Bildungsangebote während der Studienzeit, sondern sogar „Freunde fürs Leben“. Mit ihren Prinzipien „Freiheit – Ehre – Vaterland“ wirbt beispielsweise die *Leipziger Burschenschaft Germania*, die älteste Burschenschaft Sachsens, auf ihrer Homepage um neue Mitglieder. Das Selbstverständnis dieser Burschenschaft ist völkisch-national ausgerichtet. In ihrer Selbstdarstellung heißt es u.a.:

„Wir Leipziger Germanen lehnen daher die so genannte „multikulturelle Gesellschaft“ und die Auflösung der Souveränitätsrechte unseres Volkes ab. Nur als Volk mit den Völkern Europas, welche die Werte abendländischer Kultur vertreten, können wir Europa als eine Gemeinschaft der Vaterländer gestalten.“ (Leipziger Burschenschaft Germania o.J.)

Studentische Verbindungen wie die *Germania*, sind zumeist streng hierarchisch organisiert und für die Durchführung archaischer Rituale, etwa der Mensur, bekannt.⁴¹ Sie konservieren und reproduzieren antiemanzipatorische Weltbilder, die von Sexismus und Chauvinismus geprägt sind. Innerhalb des Wissenschafts- und Bildungsbetriebes stellen sie den akademischen Arm der „Neuen Rechten“ dar. Darüber

⁴⁰ „Think tank“ wird als Denkfabrik übersetzt. Ihre Finanzierung läuft teils über öffentliche, teils über private Institutionen (vgl. Zais 2006, S. 2ff.).

⁴¹ Eine Mensur ist ein streng reglementierter Fechtkampf, in dem beide Paukanten (die Fechter) ihre Tapferkeit unter Beweis stellen und dabei auch Verletzungen im Gesicht (Schmisse) in Kauf nehmen müssen. Weitere Informationen unter: [http://de.wikipedia.org/wiki/Mensur_\(Studentenverbindung\)](http://de.wikipedia.org/wiki/Mensur_(Studentenverbindung)) oder apabiz e.V. 2009.

hinaus haben sie auch Kontakte zur Neonaziszene, die sie in personellen Beziehungen als auch in gemeinsamen Veranstaltungen pflegen.

Doch nicht nur in deutschen Hochschulen ist die „Neue Rechte“ aktiv. Strategisch, inhaltlich und strukturell gibt es mehrere Anknüpfungspunkte an die sogenannten „Bürgerbewegungen“ wie *PRO Köln*, *PRO NRW* oder *PRO Deutschland*. So heißt es in einer Analyse der Fachhochschule Düsseldorf im Jahre 2008, dass „die Gründung vieler lokaler PRO-Ableger und deren Vernetzung [der] Etablierung einer Sammlungsbewegung des politischen Rechtsaußenspektrums“ bzw. einer „rechtspopulistischen Partei“ dienen soll (vgl. Häusler/Peters 2008, S. 31.). Viele dieser Bewegungen zielen zudem nicht nur auf das bürgerliche Spektrum ab, sondern bedienen auch ganz gezielt Ängste und Vorurteile von Menschen unterschiedlichster Gesellschaftsschichten. Sie geben sich als „Anwalt der kleinen Leute“, als „handlungsfähige Alternative“, die sich – im Gegensatz zu den „alten, korrupten“ Parteien bzw. den „Koalitionen der Abzocker“ – den gesellschaftlichen Problemen stelle. Hauptaugenmerk legen sie auf dabei auf Kriminalität, Arbeitslosigkeit und Zuwanderung, „Multi-Kulturalismus“, Bildung und soziale Gerechtigkeit (vgl. ebd., S. 33ff.).⁴² Einen besonderen aktuellen Schwerpunkt stellt die – unverkennbar rassistisch motivierte – Mobilmachung gegen MuslimInnen und den Islam dar (vgl. Jentsch 2011).

Im Folgenden soll es darum gehen, die unterschiedlichen Aktivitäten und Organisationsstrukturen der „Neuen Rechten“ in der Stadt Chemnitz zu beleuchten. Außerdem soll dargelegt werden, welche Verbindungen und personellen Überschneidungen es zwischen der „Neuen Rechten“ und anderen Teilen der Gesellschaft bzw. zur Neonaziszene gibt und an welchen Stellen sich rassistisches und völkisches Denken der „Neuen Rechten“ in Chemnitz aufzeigen lässt.

„Neue Rechte“ in Chemnitz

Im Jahre 2002 gründete eine Gruppe von Schülern des Chemnitzer Humboldt-Gymnasiums die *Pennale Burschenschaft Theodor Körner zu Chemnitz* (vgl. pB! Theodor Körner zu Chemnitz o.J.). Zu den Gründern gehörte u.a. Benjamin Jahn Zschocke, der heute als freiberuflicher Künstler und als Autor bei dem Online-Magazin *Blaue Narzisse* tätig ist und als Abgeordneter für *PRO CHEMNITZ* im Chemnitzer Stadtrat sitzt (siehe Kapitel 3.5). Darüber hinaus ist er Vorsitzender des – nach außen unbedarften – Karatevereins *Tenno-Karate-Do Chemnitz e.V.*, in welchem er hauptsächlich Kinder und Jugendliche trainiert, doch abseits des Trainings auch andere Veranstaltungen durchführt. In der Vergangenheit gehörten dazu etwa

⁴² Darüber hinaus machen Häusler und Peters deutlich, mit welchen Strategien (z.B. Simplifizierungen, Schaffung von Feindbildern, Reduzierung komplexer Probleme auf das Nationale) diese „Bürgerbewegungen“ arbeiten, und welche Kontakte sie zu nationalistischen Parteien wie der *NPD* und anderen Personen aus dem Neonazispektrum pflegen (vgl. Häusler/Peters 2008). An dieser Stelle kann nicht weiter auf die „Bürgerbewegungen“ eingegangen werden. Eine tiefer gehende Untersuchung ihrer Rolle in Chemnitz wäre zweifellos sinnvoll.

Wanderungen zum Theodor-Körner-Denkmal in Braunsdorf, bei dem die besagte „rechte“ Burschenschaft gegründet wurde.

Die Burschenschaft ist mangels Nachwuchs heute nur noch marginal aktiv. Die Gründungsmitglieder gehen nicht mehr zur Schule, haben allesamt den „Alte Herren“-Status inne, und nur noch gelegentlich werden Veranstaltungen wie Wanderungen oder Stiftungsfeste organisiert.

Ein wesentlicher Teil der pennalen Burschenschaft ist inzwischen in anderen „neurechten“ Zusammenhängen aktiv. So gründeten mehrere „Alte Herren“ im Jahre 2004 die „rechte“ Schülerzeitung *Blaue Narzisse*.⁴³ Zwei Jahre lang konnte das Magazin an Chemnitzer Schulen verteilt werden, bis es 2006 an vier Chemnitzer Gymnasien verboten wurde (vgl. Wikipedia o.J.). Der Druck wurde zunächst gänzlich eingestellt, allerdings manifestierte sich die *Blaue Narzisse* unterdessen als Online-Magazin. Den Gründungsmitgliedern Felix Menzel und Benjamin Jahn Zschocke gelang es, eine beachtliche Anzahl an AutorInnen um sich zu versammeln. Im September 2008 erschienen wieder Druckausgaben, die nun im Internet bestellt werden können. 2009 wurde ein erneuter Versuch gestartet, die Zeitschrift an Chemnitzer Schulen zu verteilen.

Die *Blaue Narzisse* konnte in der Vergangenheit mehrfach „nicht-rechte“ KünstlerInnen und Bands für Interviews gewinnen. Dies mag aufgrund der relativ geschlossenen „rechten“ Leserschaft unerheblich klingen, doch verbirgt sich dahinter mehr, als dass sich Bands unwissentlich „nur“ als passive Figuren in eine Reihe von Rezensionen und Interviews offen nationalistischer Bands wie *Von Thronstahl* oder *Menegroth* stellen. Beim Lesen der Interviews wird schnell klar, welches Ziel hier verfolgt wird: Aussagen, in denen eine unreflektierte Adaption gesellschaftskritischer Themen bemängelt wird, werden gezielt aufgegriffen und unterschwellig zu einer Art Rebellion gegen den angeblich „linken“ Mainstream verklärt. So schafft es die *Blaue Narzisse* durch die Interviews nicht nur, ihre Präsenz in der Medienlandschaft zu stärken, sondern gleichsam durch gezielte Fragestellungen gesellschaftliche Akzeptanz gegenüber „neurechten“ Positionen zu suggerieren (vgl. Verein Journalismus und Jugendkultur Chemnitz e.V. 2009a).

Einige AutorInnen der Zeitschrift versuchen auch durch andere ungewöhnliche Betätigungen Aufsehen zu erregen. So ist der 25-jährige Chefredakteur Felix Menzel bestrebt, sich neben seiner publizistischen Tätigkeit bei der *Sezession*, der *Jungen Freiheit* und eben der *Blauen Narzisse*, zusammen mit seinen Mitstreitern Aktions- und Protestformen anzueignen, die bislang hauptsächlich als Gesellschaftskritik von „links“ verstanden wurden. Dies äußert sich zum einen in sogenannten *konservativ-subversiven Aktionen* (KSA), bei denen zumeist mit Flugblattaktionen, Ruhestörungen und Besetzungen vermeintlich ungerechte oder „sozialistische“ Ereignisse angeprangert werden sollen. Zum anderen trat Menzel beispielsweise im Jahr 2010 unter dem Pseudonym „Erik Jungenstein“ bei mehreren bundesweiten Dichterwettstreiten (*Poetry Slams*) auf. Darüber hinaus veröffentlichte er 2009 sein Buch *Medienrituale und politische Ikonen*. Was Menzel mit seinen Handlungen verfolgt, formulierte er in einem Video zu einer KSA in Chemnitz

⁴³ Die *Blaue Narzisse*, die sich nach eigenen Angaben an ein „junges, konservatives Publikum“ richten möchte, wird von dem *Verein Journalismus und Jugendkultur Chemnitz e.V.*, der im Dezember 2009 gegründet wurde, getragen.

unmissverständlich: „Wir kämpfen weiterhin für eine Normalität des rechten Denkens“ (vgl. Verein Journalismus und Jugendkultur Chemnitz e.V. 2009b).

Bei einem weiteren Mitbegründer der pennalen Burschenschaft (als „Alter Herr“) handelt es sich um Martin Kohlmann, der 1999 neben dem ehemaligen *CDU*-Mitglied Reinhold Breede als Mitglied der *Republikaner* in den Chemnitzer Stadtrat einzog (vgl. Limbach 2010). Der 34-jährige Kohlmann war bereits mit 21 Jahren Kreisvorsitzender der *Republikaner*. Heute ist er Parteivorsitzender der Nachfolgepartei *PRO CHEMNITZ*.

3.5 PRO CHEMNITZ

Als die *Republikaner* 1999 in den Stadtrat von Chemnitz einzogen, erhielten sie noch keinen Sitz in den Ausschüssen, Aufsichtsräten oder Beiräten. Dies änderte sich erst mit der Kommunalwahl 2004, bei der die *Republikaner* mit 10,3 % das bis dato beste Wahlergebnis einer „rechten“ Partei in einer Großstadt seit dem Zweiten Weltkrieg erzielten. Martin Kohlmann und sein Parteikollege Michael Haubold bildeten zusammen mit Cornelia Horn, Elke Reuter-Kazackin und dem *DSU*-Mitglied Roland Naumann eine gemeinsame Fraktion, die fortan über einen Sitz in den verschiedenen Ausschüssen der Stadt verfügte.⁴⁴ Naumann wurde nach seinem Tod 2009 durch den *Republikaner* Jan Friedemann ersetzt. Seit der Wahl im Juni 2009 besteht die Stadtratsfraktion nur noch aus drei Abgeordneten: Martin Kohlmann, Benjamin Jahn Zschocke und Joachim Ziems. Die Fraktion hat seit 1999 zwei Mal eine Namensänderung bei der Oberbürgermeisterin beantragt. Zur Wahl 2009 ist die Fraktion unter dem Namen *Pro Chemnitz.DSU* angetreten, mittlerweile nennt sie sich *Bürgerbewegung Pro Chemnitz* (kurz: *PRO CHEMNITZ*).

In Person Kohlmanns verfügt *PRO CHEMNITZ* über gute Verbindungen zur *NPD* in Sachsen. So betonte der *NPD*-Fraktionsvorsitzende der sächsischen Landtagsfraktion, Holger Apfel, die Notwendigkeit eines Ausbaus der „Achse Dresden-Chemnitz“, womit er sich explizit auf Martin Kohlmann und seine Partei bezog (vgl. Verlag Der Rechte Rand 2010b, S. 21). Hinweise auf eine mögliche Zusammenarbeit zeigten sich hinsichtlich der Anmeldungen politischer Aktivitäten rund um den „*Trauermarsch*“ am 5. März in Chemnitz. Nachdem bekannt wurde, dass die *NPD* 2010 bereits eine Versammlung auf dem Bahnhofsvorplatz angemeldet hatte, verzichtete Kohlmann auf eine konkurrierende Kundgebung und ließ der *NPD* den Vortritt (vgl. Uhlig 2010).

Doch nicht nur über die personellen bzw. parteilichen Verbindungen zeigt sich die „rechte“ Ideologie Kohlmanns und seiner nach außen hin unscheinbaren *Bürgerbewegung*. Seine revisionistische Haltung kommt z.B. in seiner „Erklärung aus aktuellem Anlass – 5. März Gedenken an die Zerstörung von Chemnitz“ zum Ausdruck:

⁴⁴ Die *DSU* (Deutsche Soziale Union) gilt als liberal-konservative bzw. national-liberale Partei.

„Solang in den Reden der Oberbürgermeisterin gebetsmühlenartig jedes Jahr der Krieg dorthin zurückkehrt von wo er angeblich kam, nämlich vom Bernsdorfer Kinderheim – nein – aber zumindest aus Deutschland, solange müssen wir dem eben widersprechen. Liebe Frau Oberbürgermeisterin, dass der Krieg allein von Deutschland ausging (...) Es ist mittlerweile weithin bekannt wie lange und intensiv die deutsche Regierung eine friedliche Lösung versuchte und welche großen Zugeständnisse sie sogar zur Lösung der damals schon lange schwelenden Konflikte anbot.“ (Kohlmann zit. nach Giegengack 2009, S. 7)

Kohlmann, sonst bemüht, in der Öffentlichkeit nicht mit diesen Kreisen in Verbindung gebracht zu werden, marschierte zudem an diesem Abend zusammen mit Vertretern des *Aktionsbündnis Erzgebirge* in einer Reihe. Sie trugen gemeinsam das Transparent „In Gedenken an tausende Unschuldige – 5. März 1945 – Chemnitz in Trümmern“.

Ähnlich wie bei der *NPD* sind auch bei *PRO CHEMNITZ* Strategien zu beobachten, sich Themen der „Mitte“ oder der „Linken“ anzueignen⁴⁵ und diese entsprechend umzudeuten. Beliebte Themenfelder sind die Familienpolitik, der Natur- und Umweltschutz und die Kritik an der Globalisierung oder am Krieg. Es wird versucht, sich moderat zu geben und das dahinter liegende Weltbild zu erklären (vgl. Held et al. 2007, S. 142). Im Unterschied zur *NPD* nimmt *PRO CHEMNITZ* zum Nationalsozialismus eine distanzierte oder schweigende Haltung ein. Mit der Rede vom „Volkstod“ oder den „Völkermassen fremder Ethnien, die ins Land geholt werden“ (vgl. Giegengack 2009, S. 6), schließt *PRO CHEMNITZ* indes an die völkisch nationalen Diskurs der *NPD* an, die für ein „Sachsen ohne Multi-Kulti“ und den Erhalt der „Heimat“ eintritt. In strategischer Hinsicht kann *PRO CHEMNITZ* als ein Beispiel für die Vielzahl anderer „Bürgerbewegungen“ gesehen werden (z.B. *PRO NRW* und *PRO Köln*), die sich in den letzten Jahren vermehrt gegründet haben. Sie alle mobilisieren für den Erhalt der „deutschen Kultur“, die Zurückweisung von MigrantInnen und gegen eine angebliche „schleichende Islamisierung“. Zugleich treten sie immer wieder durch Themen in Erscheinung, mit denen sie Bürgernähe und Handlungsfähigkeit demonstrieren wollen. In der Wahlpropaganda von *PRO CHEMNITZ* vom Mai 2009 wurde dies thematisch und lokalspezifisch z.B. auf den Erhalt von Bauwerken aus der Gründerzeit oder Plattenbauten zugeschnitten.

⁴⁵ Anzumerken sei hier, dass der oftmals recht gleichgültige Umgang mit der Praxis der Aneignung „linker“ Themen durch „rechte“ Kreise die Gefahr birgt, dass das Auftreten und der Einfluss der AgitatorInnen auf die Diskurse in der Gesellschaft unterschätzt bzw. die Schnittmengen und Übereinstimmungen mit einer sich demokratisch glaubenden „Mitte“ ignoriert werden. Es mag sein, dass es „rechten“ Parteien dabei v.a. um Wählerstimmen geht, doch zeigt ein genaueres Hinschauen, dass die Auswahl und Aufbereitung der „angeeigneten“ Themen sehr wohl der üblichen neonazistischen und rassistischen Logik entsprechen. Daher halten wir es für unzureichend, Neonazis und ihre GesinnungspartnerInnen zu ignorieren oder zu belächeln, wenn sie sich wieder mal ein „linkes“ Themenfeld einverleiben, sondern sind der Meinung, dass dieser Strategie eine größere und kritischere Aufmerksamkeit geschenkt werden müsste.

Sozial- und Familienpolitik

Unter dem Slogan „Die anderen oder Wir“ versucht sich die Fraktion unter Kohlmann gegenüber den großen Parteien ins „rechte Licht“ zu rücken. Mit „Themen“ wie: „Oben prasst, unten spart“, „Warum Harz IV Unrecht ist“, oder „Freibäder statt Gunzenhauser“⁴⁶, stellen sie sich – wie die *NPD* mit ihren Parolen „Familien fördern“ oder „Soziale Gerechtigkeit durchsetzen“ – auf die Seite der „kleinen Leute“, die von der Politik nichts mehr zu erwarten hätten.

Sicherheit und Ordnung

Ein beliebtes Thema der „rechten“ Bürgerbewegungen und Parteien ist die Sicherheits- und Ordnungspolitik. Während die *NPD* für stärkere Grenzkontrollen plädiert, die zu vermeintlich weniger Einwanderung von „Ausländern“, Kriminalität und Arbeitslosigkeit führen würden, wird bei *PRO CHEMNITZ* vor der „Explosion linker Gewalt“ gewarnt, die auf die Finanzierung des Staates (z.B. durch lokale Aktionspläne) zurückzuführen sei. Damit greift sie argumentativ auf das „Extremismus-Modell“ (siehe Kapitel 1.1) zurück.

Engagierte Menschen, die sich gegen Neonazis, „Neue Rechte“ und rassistische und menschenverachtende Einstellungen in Gesellschaft und Politik einsetzen, sehen sich verstärkt mit Diffamierungen und Vorwürfen, sie seien „linksextreme, gewaltbereite Chaoten“, konfrontiert. Mit den Forderungen der *PRO CHEMNITZ*-Fraktion, lokale Aktionspläne „ganz klar gegen linke Gewalt ein[z]u beziehen“ repräsentiert diese „Bürgerbewegung“ indes nur das, was auf bundes- und landespolitischer Ebene bereits seit Längerem diskutiert wird (*PRO CHEMNITZ* 2010).

⁴⁶ Das Chemnitzer *Museum Gunzenhauser* ist ein Kunstmuseum der klassischen Moderne.

4 „Rechte“ Straf- und Gewalttaten

In der Regel wird bei „rechten“ Straf- und Gewalttaten von „politisch motivierter Kriminalität (PMK) – rechts“ gesprochen. Das Definitionssystem „politisch motivierte Kriminalität“ erfasst alle Straftaten, die einen oder mehrere Straftatbestände der sogenannten klassischen Staatsschutzdelikte erfüllen, sowie Straftaten, bei denen Anhaltspunkte für eine politische Motivation gegeben sind (vgl. Sächsisches Staatsministerium des Inneren 2009, S. 69). Die Ständige Konferenz der Innenminister und -senatoren des Bundes und der Länder hat folgende Definition gefasst:

„Als politisch motiviert gilt eine Tat insbesondere dann, wenn die Umstände der Tat oder die Einstellung des Täters darauf schließen lassen, dass sie sich gegen eine Person aufgrund ihrer politischen Einstellung, Nationalität, Volkszugehörigkeit, Rasse, Hautfarbe, Religion, Weltanschauung, Herkunft, sexuellen Orientierung, Behinderung oder ihres äußeren Erscheinungsbildes bzw. ihres gesellschaftlichen Status richtet.“ (Bundesministerium des Inneren 2007, S. 30)

Anhand einer Gewalttäteranalyse des Politologen Richard Stöss zeigt sich bei TäterInnen „rechter“ Gewalt folgendes Bild: Drei Viertel der TäterInnen sind Jugendliche und nur maximal 10 % der TäterInnen sind weiblich. Die Hälfte der TäterInnen geht noch zur Schule oder befindet sich in Ausbildung, ein Viertel verfügt über eine abgeschlossene Lehre, ein Fünftel ist arbeitslos. Nicht alle TäterInnen gehören „rechten“ Organisationen an oder stehen mit solchen in Verbindung. Es gibt auch TäterInnen, die nicht organisiert sind und dennoch menschenverachtende und „ausländerfeindliche“ Einstellungen vertreten. Die Ursachen von „rechter“ Gewalt sind unterschiedlich und vielschichtig. Es greifen schulische und mediale Einflüsse sowie gesamtgesellschaftliche, politische, soziale und wirtschaftliche Faktoren ineinander (vgl. Stöss 2005, S. 157).⁴⁷

Neben den staatlichen Institutionen und wissenschaftlichen Untersuchungen dokumentieren v.a. die Opferberatungsstellen in ihren jährlich bzw. halbjährlich erscheinenden Berichten „rechts“ und/oder rassistisch motivierte Angriffe (Gewalttaten). Dabei handelt es sich ausschließlich um Körperverletzungen, Nötigungen, Bedrohungen, Brandstiftungen sowie massive Sachbeschädigungen, die sich gezielt gegen Personen oder indirekt gegen bestimmte Betroffenengruppen richten. Nach Angaben des *RAA Sachsen e.V.* weist Sachsen die höchste Zahl rechtsmotivierter Gewalttaten im Bundesgebiet auf. Dies belegen statistische Erhebungen innerhalb der östlichen Bundesländer und Berlin. Durchschnittlich werden in Sachsen fünf Vorfälle pro Woche registriert. Zu den betroffenen Gruppen gehören alternativ aussehende und nicht „rechts“ orientierte Jugendliche, Homo- und Transsexuelle, Behinderte sowie sozial benachteiligte Menschen (vgl. RAA Sachsen e.V. 2011c).

⁴⁷ Auch wenn die Zahlen belegen, dass „rechte“ Gewalttaten häufig von jungen Männern begangen werden, sind rassistische und menschenverachtende Einstellungen nicht nur ein Problem einer männlichen Jugendkultur, sondern in der gesamten Bevölkerung vertreten (vgl. hierzu Kapitel 2 der vorliegenden Arbeit).

Im Jahr 2010 wurden von der Opferberatungsstelle neun Angriffe für den Raum Chemnitz verzeichnet. Bei diesen Angriffen gab es insgesamt siebenunddreißig direkt Betroffene. Drei Angriffe wurden aus rassistischen Motiven begangen, ein Angriff aus homophober Gesinnung. Ein Angriff richtete sich gegen politisch Aktive und drei gegen „Nicht-Rechte“⁴⁸. Bei einem weiteren Angriff ist die Motivation nicht geklärt. Sieben der Angriffe wurden als Körperverletzung registriert und zwei als Nötigung, Bedrohung und versuchte Körperverletzung. In sieben Fällen wurde Anzeige erstattet, zwei Taten wurden nicht zur Anzeige gebracht. Fünf der registrierten Angriffe fanden im öffentlichen Raum statt, zwei in Verkehrsmitteln und weitere zwei in der Wohnung bzw. im Wohnumfeld (vgl. RAA Sachsen e.V. 2011b).

In der Halbjahresstatistik 2011 (Erfassungszeitraum 01.01.2011 bis 30.06.2011) verzeichnet der *RAA Sachsen e.V.* insgesamt acht Angriffe in Chemnitz, von denen 12 Menschen direkt betroffen waren. Zwei der Angriffe waren rassistisch motiviert, der Rest richtete sich gegen „nicht-rechte“ und politisch aktive Menschen. Bei vier dieser Straftaten handelte es sich um Körperverletzung, bei den restlichen vier um Nötigung, Bedrohung oder versuchter Körperverletzung. Ein Angriff wurde im Bahnhof verübt, ein weiterer in einem Verkehrsmittel, vier im öffentlichen Raum und weitere zwei in der Wohnung bzw. im Wohnumfeld (vgl. RAA Sachsen e.V. 2011c).

Auch wenn die Zahlen der Opferberatungen seit 2008 leicht rückläufig sind, wird keine Entwarnung gegeben. Der *RAA Sachsen e.V.* erklärt sich den Rückgang der gemeldeten Straftaten damit, dass weniger Betroffene den Kontakt zur Polizei oder zu den Opferberatungsstellen suchen.⁴⁹ Es ist nicht möglich, genaue Zahlen von Angriffen und Betroffenen „rechter“/rassistischer Gewalt zu erhalten. Auch die Zahlen der Beratungsstellen erlauben keinen Rückschluss auf das tatsächliche Fallaufkommen, da von einer hohen Dunkelziffer auszugehen ist. Weder bei der Polizei noch bei den Opferberatungsstellen werden alle diesbezüglichen Angriffe und Vergehen gemeldet. Nur ein Bruchteil der Straf- und Gewalttaten wird registriert, und nicht alle Taten werden zur Anzeige gebracht. Von den Taten, die angezeigt werden, ziehen nur wenige juristische Folgen nach sich. Dies bestätigen Studien aus dem Jahre 2009, die auf eine erhebliche Dunkelziffer verweisen. So wurde nach einer Befragung von 50.000 Jugendlichen durch das kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen bekannt, dass 80 % der von einer rassistischen Gewalttat betroffenen Jugendlichen keine Anzeige erstattet haben. Demgegenüber erklärten 76 % aller Jugendlichen TäterInnen, dass gegen sie keine strafrechtliche Verfolgung eingeleitet worden sei (vgl. Kullick/Staud 2009, S. 136f.). Gerade bei Tatbeständen wie der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen (auch Rufen von Parolen), Volksverhetzung oder Beleidigungen werden die Ermittlungen häufig eingestellt.

⁴⁸ Die Formulierung geht auf den *RAA Sachsen e.V.* zurück. Mit „Nicht-Rechten“ sind alle Menschen gemeint, die auf Grund ihres Aussehens oder Auftretens nicht ins Weltbild der Nazis passen. Häufig sind alternativ aussehende Menschen von Übergriffen betroffen.

⁴⁹ Die Gründe dafür sind unterschiedlich und sollen an dieser Stelle nicht weiter beleuchtet werden. Weitere Einblicke bieten die Jahresberichte der Opferberatungsstellen.

5 „Rechte“ Ereignisse in Chemnitz

Im Folgenden sollen wichtige neonazistische Ereignisse und Aktivitäten „rechter“ Gruppen in Chemnitz, die zum Teil lagerübergreifend stattfanden, aufgezeigt werden. Hierbei ist zu erwähnen, dass nur ein Teil der Aktivitäten von Neonazis aufgedeckt und damit dokumentiert werden kann. Da es sich um eine Situationsanalyse für die Stadt Chemnitz handelt, wird auf die Nennung von Ereignissen aus dem Umland, die nicht unmittelbar mit Chemnitzer Strukturen verknüpft sind, verzichtet.

5.1 Der 5. März

Das wohl wichtigste Ereignis für „rechte“ Kreise in Chemnitz ist der jährlich stattfindende, bereits mehrfach erwähnte „*Trauermarsch*“. Anlässlich der Bombardierung deutscher Städte durch die Alliierten im Jahre 1945 versammeln sich alljährlich Neonazis in mehreren Städten, um der „deutschen Opfer“ zu gedenken. Dabei wird die Geschichte dahingehend umzudeuten versucht, dass die Alliierten grund- und wahllos die Zivilbevölkerung bombardiert hätten, und die Kriegsschuld Deutschlands ausgeblendet. Seit 2005 findet in Chemnitz an jedem 5. März eine öffentliche Versammlung zu diesem Anlass statt. Bis 2008 wurden jeweils stationäre Kundgebungen, meist am ehemaligen Kinderheim in Bernsdorf, abgehalten. Der Ort wurde bewusst gewählt, da hier während der Bombenangriffe mehrere Kinder ums Leben kamen, die nun trefflich als Inbegriff der unschuldigen deutschen Opfer instrumentalisiert werden können. Angemeldet wurden diese Kundgebungen meist von Martin Kohlmann (siehe Kapitel 3.5), ebenso 2009, als zum ersten Mal eine Demonstration der Rechten stattfand. In seinem Erscheinungsbild wurde der Aufmarsch klar von den *Freien Kräften* dominiert, die *NPD* und tschechische Nationalisten nahmen ebenfalls teil.

2010 übernahm die *NPD* die Anmeldung, und die *IG Chemnitzer Stadtgeschichte* mobilisierte mit einer eigens eingerichteten Internetseite für diese Veranstaltung (vgl. Uhlig 2010). 500 bis 600 Neonazis folgten dem Aufruf und bildeten so einen der größten Aufmärsche in Chemnitz nach dem Zweiten Weltkrieg. Auch am 5. März 2011 wurde – unter dem Motto „Die Opfer waren unsere Familien“ – marschiert. Zwischen 400 und 500 Neonazis folgten diesmal der Mobilisierung. Da der 5. März 2011 auf einen Samstag fiel, konnte die Demonstration dieses Mal tagsüber stattfinden. Trotz der ca. 1.000 Gegendemonstranten gelang es der *NPD* mithilfe eines massiven Polizeiaufgebots, den Aufmarsch einmal um die Innenstadt herum zu führen. Als Redner traten zwei Mitglieder der *NPD*-Fraktion des sächsischen Landtages, Andreas Storr und Arne Schimmer, sowie Michael Brück aus Dortmund und Patrick Fischer (*Freie Kräfte*) als Vertretung für Sven Willhardt auf.

5.2 Demos, Vorträge, Tanz und Wandern

Neben den „*Trauermärschen*“ fanden seit 2009 zwei weitere öffentliche „rechte“ Versammlungen in Chemnitz statt: Eine Spontandemonstration gegen staatliche Repression am 20.09.2009 und eine Kundgebung gegen eine Israel-Solidaritätskundgebung am 18.01.2009.

Darüber hinaus organisierten die *NPD* und die *NSC* häufig neonazistische Vorträge im Restaurant *Yesterday* bzw. im *NSC*-Domizil in der Straßburger Str. 32. Seit 2009 wurden 15 Vortragsveranstaltungen gezählt. Themen waren u.a. Rudolf Heß und andere NS-Märtyrer, Thilo Sarrazin, die demokratische Gesellschaftsordnung oder auch die Mobilisierung für Demonstrationen. In einem dreitägigen Seminar, das vom 25. bis 27.09.2009 in der Straßburger Str. 32 veranstaltet wurde, ging es um den „Tiroler Freiheitskampf“.

Auch Parteitage und -kongresse finden in Chemnitz regelmäßig statt. Seit 2009 wurden sechs Veranstaltungen registriert, hauptsächlich Hauptversammlungen des *NPD*-Kreisverbandes. Der *RNF* Sachsen kam zudem mindestens zweimal zu seinen Landestreffen in Chemnitz zusammen.

Neben der Durchführung von Partei-Saalveranstaltungen, organisiert die *NPD* auch Wahlstände in Chemnitz, bei denen ihre UnterstützerInnen Flugblätter verteilen. Seit 2009 kam es zu elf solcher Propagandaaktionen. Trotz vielfacher Proteste in den Vorjahren betrieb die Chemnitzer *NPD* auch am 28.08.2010 einen Stand auf dem Chemnitzer Stadtfest. 2011 war dies nicht möglich, da Parteien generell keine Stände mehr auf dem Stadtfest unterhalten dürfen.

Das völkische Milieu um den *Volkstanzkreis Chemnitz* führte, weitgehend unbeachtet von der Öffentlichkeit, ebenfalls diverse Veranstaltungen durch, von denen nur ein kleiner Teil öffentlich auf Neonazi-Websites erwähnt wurde. So fand etwa am 04.04.2009 auf dem Cossener Vier-Seiten-Hof ein „Frühlingsfest“ statt, einen knappen Monat später der „Maitanz“. Die *Wandergruppe Heimatland* lud am 28.05.2011 bereits zum zweiten Mal zum „Marsch um Chemnitz“ ein. An einem Tag sollte der 60 km lange Rundweg um Chemnitz bezwungen werden.

Im Gegensatz zu Vortragsveranstaltungen ist es für die „rechte Szene“ schwieriger geworden, neonazistische Konzerte innerhalb von Großstädten durchzuführen. Meist werden diese nun ins Umland verlegt und können, im Unterschied zu den völkischen Feiern, nur schwer bestimmten Städten zugeordnet werden. Im Chemnitzer Stadtgebiet finden folglich nur noch selten Konzerte statt, und diese laufen stets Gefahr, – wie ein am 20.06.2009 von den *NS-Boys* organisiertes Konzert mit der Gruppe *Blitzkrieg* – von der Polizei aufgelöst zu werden (vgl. Sächsischer Landtag 2010b). Zudem sind im Stadtgebiet kaum Lokalitäten zu finden, in denen sowohl das Einverständnis des Eigentümers als auch die Genehmigung zum Durchführen von Konzerten gegeben ist. Eine Ausnahme stellte zuletzt ein Liedermacherkonzert dar, welches im Anschluss an die Demonstration am 05.03.2010 im Restaurant *Yesterday* stattfand.

Zuweilen führen auch die *Blaue Narzisse* und die *Pennale Burschenschaft Theodor Körner* Veranstaltungen in Chemnitz durch. Hierzu zählen Wanderungen, Stammtische und beispielsweise ein Stiftungsfest der pennalen Burschenschaft am 20. und 21.11.2010. Am 28.04.2009 veranstaltete die *Blaue Narzisse* eine Vortragsveranstaltung in einem Seminarraum der TU Chemnitz (vgl. TU Chemnitz, der Rektor 2009). Es handelte sich dabei um eine Lesung, bei der Chefredakteur Felix Menzel sein Buch *Medienrituale und politische Ikonen* vorstellte. Nachdem mit Gewalt gegenüber kritischen ZuhörerInnen gedroht wurde und sich ein „rechter“ Schlägertrupp in Stellung gebracht hatte, wurde schlussendlich die Polizei gerufen. Und schließlich versuchen gelegentlich „neurechte“ Kreise, mit ihren *Konservativ-subversiven Aktionen* (KSA) Aufsehen zu erregen. So besetzte etwa am 17.04.2009 eine Gruppe um Götz Kubitschek, Felix Menzel und Benedikt Kaiser die Cafeteria einer Chemnitzer Berufsschule, um gegen die Übermalung eines Wandbildes zu protestieren. Benjamin Jahn Zschocke war zuvor der Auftrag erteilt worden, ein solches zu entwerfen. Es zeigte das Chemnitzer Stadtbild vor dem Zweiten Weltkrieg. Die Häuser, die während des Krieges zerstört wurden, waren grau gezeichnet. Auf einem Dach prangte überdies ein sogenanntes „Kelttenkreuz“, welches als Symbol verfassungsfeindlicher Organisationen verboten ist (vgl. Scholz 2008).

6 Was tun gegen Rassismus und Nazis? – Selbst aktiv werden!

Nach der Beleuchtung des Rassismus in Alltag und Behörden sowie der neonazistischen und „neurechten“ Strukturen in Chemnitz und dem Verweis auf die Zusammenhänge zwischen diesen Phänomenen und Strukturen, möchten wir zum Schluss einen Überblick über Vereine, Organisationen und Initiativen geben, die sich seit Längerem gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Diskriminierung und Neonazis engagieren. Ein Großteil dieser Akteure ist auf ehrenamtliches Engagement sowie finanzielle Unterstützung angewiesen. Hauptziel ihrer Arbeit ist es, der täglichen Diskriminierung und Ausgrenzung entgegenzutreten sowie Solidarität mit Betroffenen zu entwickeln und Unterstützung anzubieten.⁵⁰

AG In- und Ausländer e.V.

Die Aktivitäten der *AG In- und Ausländer e.V.* sind darauf gerichtet, ein gleichberechtigtes Zusammenleben von einheimischer Bevölkerung und Zuwanderern in der Stadt Chemnitz zu ermöglichen und mitzugestalten. Der Verein will Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und der damit verbundenen Ausgrenzung von MigrantInnen begegnen und hat dazu verschiedene Projekte ins Leben gerufen. Sie sollen die Migrantinnen und Migranten dabei unterstützen, sich in ihrer neuen Lebenswelt zurechtzufinden und mit der oftmals großen Lücke zwischen ihren Erwartungen und den hiesigen Realitäten zurechtzukommen. Eines der Projekte ist auf die sozialpädagogische Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen in Chemnitz ausgerichtet. Hauptaugenmerk liegt auf der Vermittlung der deutschen Sprache. Ein weiteres Projekt konzentriert sich auf die Asylverfahrensberatung für Flüchtlinge. Aber auch auf dem Gebiet der offenen Kinder- und Jugendarbeit entwickelt der Verein Initiativen, um einheimische Kinder und Jugendliche für Merkmale von Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und „rechten“ Strukturen zu sensibilisieren und deren kritische Auseinandersetzung mit „rechten“ Denk- und Wertmustern anzuregen. Die Vereinsräume befinden sich auf der Müllerstraße 12 (vgl. Stadt Chemnitz 2009, S. 36 und AG In- und Ausländer e.V. o.J.).

AJZ e.V.

Der Verein mit Sitz in der Chemnitztalstraße 54, besteht seit Anfang der 90er Jahre und hat es sich zur Aufgabe gemacht, kulturelle, soziale und internationale Kinder- und Jugendarbeit in Chemnitz zu leisten. Besonderes Augenmerk liegt dabei nicht nur auf der Unterstützung und Beratung von sozial gefährdeten Gruppen bzw. Randgruppen der Gesellschaft, sondern auch in der Selbstorganisation von jungen Menschen. In Bildungsveranstaltungen setzen sich die BesucherInnen des AJZ mit rassistischen, faschistischen und anderen Problemstellungen der Gesellschaft auseinander (vgl. Stadt Chemnitz 2009, S. 38 und AJZ e.V. o.J.).

⁵⁰ Empfehlungen zum Umgang mit Neonazis und Rassismus lassen sich u.a. der Studie *Grenzen lokaler Demokratie* (Liebscher, Schmidt 2007) und der Publikation *Gibt es Extremismus?* (Weiterdenken –Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen e.V. et. al 2010) entnehmen.

Courage Chemnitz – Ein Projekt der DGB Jugend Chemnitz im NDC

Die lokale Netzstelle des bundesweiten *Netzwerkes für Demokratie und Courage* (NDC) fördert eine demokratische Kultur und will Mut machen, nicht wegzusehen, wenn Diskriminierung geschieht. Es unterstützt eine emanzipatorische und damit „nicht-rechte“ Kultur durch die Stärkung von antirassistischen Positionen und das Aufzeigen alternativer Handlungsoptionen. Zielgruppe sind junge Menschen in Schulen und außerschulischen Einrichtungen, aber auch LehrerInnen und soziale Fachkräfte. Mit den Projekttagen „Für Demokratie Courage zeigen“, werden verschiedene Aspekte von Demokratie, Mitbestimmung, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Sexismus, Gewalt, Europa, Medien und Jugendkultur beleuchtet. Die regionale Netzstelle des *NDC* befindet sich in der Jägerstraße 5-7 (vgl. Stadt Chemnitz 2009, S. 39 und Netzwerk für Demokratie und Courage e.V. o.J.).

different people e.V.

Am 01.12.2002 wurde von 14 Lesben und Schwulen der *different people e.V.* ins Leben gerufen. *different people* vereint zurzeit 30 Mitglieder und viele freiwillig Engagierte. Das Ziel des Vereins besteht darin, die Integration homosexueller, bisexueller und trans*lebender Menschen zu fördern, Vorurteilen entgegenzuwirken und Diskriminierung abzubauen. Neben einem abwechslungsreich gestalteten Vereinsleben stehen qualifizierte Beratung und Aufklärungsarbeit im Mittelpunkt. Die Vereinsräume befinden sich in der Hauboldstraße 10 in Chemnitz (vgl. *different people e.V.* o.J.).

Kulturbüro Sachsen e.V. – Mobiles Beratungsteam

Das *Kulturbüro Sachsen e.V.* berät Vereine, Initiativen, Kommunalpolitik und -verwaltung, Kirchgemeinden und Netzwerke mit dem Ziel, „rechten“ Strukturen und Ideologien eine aktive demokratische Zivilgesellschaft entgegensetzen. Gemeinsam mit lokalen Partnern und geleitet vom Prinzip „Hilfe zur Selbsthilfe“ erarbeitet der Verein spezifische Konzepte und Strategien und versteht sich dabei als Impulsgeber, Moderator und Begleiter. Im Rahmen von Weiterbildungen bietet er neben Analysen zum Rechtsextremismus und dessen vielfältigen Erscheinungsformen auch Argumentationstrainings und praxisorientierte Fallarbeit. Das *Mobile Beratungsteam* für den Regierungsbezirk Chemnitz hat seinen Sitz auf der Henrietenstraße 5 im Umweltzentrum (vgl. Stadt Chemnitz 2009, S. 36 und Kulturbüro Sachsen e.V. o.J.).

Lokaler Aktionsplan für Demokratie, Toleranz und für ein weltoffenes Chemnitz (LAP)

Um eine nachhaltige Entwicklung lokaler Bündnisse und einen transparenten und beteiligungs-offenen Prozess der Demokratieentwicklung zu initiieren, setzte die Stadt Chemnitz auf das Instrument eines *Lokalen Aktionsplans* (LAP). Mit diesem Ansatz sollen staatliche und zivilgesellschaftliche Bemühungen zur Stärkung des demokratischen Gemeinwesens über ein breites Beteiligungsverfahren miteinander verknüpft werden. Die konkrete Umsetzung begann in Chemnitz im Jahr 2009.

Über den *Lokalen Aktionsplan* der Stadt Chemnitz können sich Vereine, Organisationen und Einzelpersonen kleine Projekte (bis zu 3.000,00 €) fördern lassen, wenn diese darauf abzielen, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Diskriminierung abzubauen und Demokratie und Toleranz zu fördern. Die Koordinierungsstelle des *Lokalen Aktionsplans* befindet sich im Bürgerhaus am Wall, Düsseldorfer Platz 1, Ansprechpartnerin ist Frau Vorsatz (vgl. Stadt Chemnitz 2009, S. 11.).

Opferberatung, RAA Sachsen e.V.

Die *Regionalen Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie e.V.* (RAA Sachsen e.V.) betreiben im gesamten Freistaat drei Beratungsstellen: in Dresden, Leipzig und Chemnitz. Die MitarbeiterInnen betreuen und begleiten Betroffene, deren Angehörige und Zeugen von „rechtsextremer“ und fremdenfeindlicher Gewalt. Neben der Klärung der rechtlichen Situation und der psychischen Verarbeitung des Übergriffs wird auch finanzielle Unterstützung organisiert. Durch Informations- und Präventionsveranstaltungen wird die Öffentlichkeit über die psychosoziale und rechtliche Situation von Opfern aufgeklärt. In Chemnitz hat die Beratungsstelle ihren Sitz auf der Weststraße 49 (vgl. Stadt Chemnitz 2009, S. 37 und RAA Sachsen e.V. o.J.).

refugee's empowerment network

Das *refugee's empowerment network* ist ein selbstorganisierter, parteien- und behördenunabhängiger Zusammenschluss verschiedener Vereine, Initiativen und Einzelpersonen, die sich in Chemnitz für die Rechte von Flüchtlingen – insbesondere von Jugendlichen und jungen Erwachsenen – einsetzen. Im Fokus steht die Umsetzung des Rechts auf gesellschaftliche Teilhabe von Flüchtlingen. Die Netzwerkmitglieder verstehen sich sowohl als AnsprechpartnerInnen und VermittlerInnen, als auch als Sprachrohr für (junge) Flüchtlinge innerhalb der Entwicklung eines gesellschaftlichen und politischen Diskurses in der Stadt Chemnitz. Mit öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten will das *refugee's empowerment network* Aufklärung über die Situation von Flüchtlingen leisten, Menschen für die Thematik sensibilisieren und klare Stellung zur Migrationspolitik in Chemnitz beziehen.

Die ehrenamtliche Arbeit in diesem Netzwerk richtet sich nach den Interessen, Belangen und Forderungen von Flüchtlingen, um so die lokalen Probleme vor Ort zu benennen, aufzugreifen und nach Lösungen zu suchen. Kontakt zum Netzwerk kann über refugee_empowerment@gmx.de hergestellt werden.

Sächsischer Flüchtlingsrat e.V.

Der *Sächsische Flüchtlingsrat e.V.* (SFR) wurde am 14.09.1991 gegründet. Gemeinsames Anliegen aller Mitglieder ist das Engagement für Flüchtlingsschutz und menschenwürdige Unterbringungsbedingungen in Sachsen. Der *SFR* ergreift Partei für die schutzwürdigen Interessen der Flüchtlinge und sichert die öffentliche Kontrolle bei der Umsetzung des *Asylverfahrens-* und des *Asylbewerberleistungsgesetzes* in Sachsen. Der *SFR* leistet Aufklärungs- und Beratungsarbeit. Er initiiert oder begleitet die landes- und

bundesweite Zusammenarbeit mit anderen gesellschaftlichen Gruppen und koordiniert lokale Aktivitäten und Aktionen vor Ort, auf Landes- oder auf Bundesebene. Über die Mitgliedschaft des *SFR* im Verband *Pro Asyl* sichert er die bundesweite Vernetzung seiner Mitglieder. In Chemnitz ist der Verein auf der Henriettenstraße 5 im Umweltzentrum zu erreichen (vgl. Sächsischer Flüchtlingsrat e.V. o.J.).

save me

Die Idee der *save me*-Kampagne ist 2008 in München entstanden. Ziel dieser Kampagne ist es, die Gesellschaft und Politik für die Forderung nach einer kontinuierlichen Flüchtlingsaufnahme (Resettlement) zu gewinnen, also zu erreichen, dass Deutschland jährlich ein bestimmtes Kontingent von Flüchtlingen aus unhaltbaren Situationen rettet und dauerhaft integriert. Heute gibt es ein funktionierendes und wachsendes Netzwerk von bislang über 50 lokalen Kampagnen. In Chemnitz besteht seit 2011 eine eigenständige *save me*-Gruppe. Initiatorin vor Ort ist die Landtagsabgeordnete Freya Maria Klinger. Büroadresse: „Rot-*haus*“, Lohstraße 2, Chemnitz (vgl. *save me* o.J.).

Stay Rebel

Das *Stay Rebel*/Festival findet jährlich im Chemnitzer Park der Opfer des Faschismus statt. Organisiert wird es von jungen Antifaschistinnen und Antifaschisten. Das Programm bietet eine Mischung aus Musik, Kultur, Vorträgen und politischen Bildungsworkshops. Mit dem Festival sollen vor allem junge Menschen dazu ermutigt werden, sich aktiv mit der Gesellschaft auseinanderzusetzen, an demokratischen Prozessen zu partizipieren und diese nach ihren Wünschen und Bedürfnissen zu gestalten. Das Festival setzt dabei auf eine klare Positionierung gegen Sexismus, Rassismus, Antisemitismus und anderen menschenverachtenden Einstellungen. Die Finanzierung erfolgt u.a. aus dem *Lokalen Aktionsplan*. Kontakt zu den OrganisatorInnen: stayrebel@riseup.net.

Fazit und Ausblick

Auch wenn repräsentative Zahlen über die Einstellungen der Chemnitzer BürgerInnen fehlen – diese zu erheben, halten wir für eine dringende Aufgabe – ist anhand verschiedener Studien deutlich geworden, dass menschenverachtende und anti-demokratische Tendenzen und Ideologien nicht auf eine „rechte“ bzw. „rechtsextreme“ Subkultur oder Partei reduziert werden können, sondern ein gesamtgesellschaftliches Problem darstellen. Der geringe Anteil von 2,7 % MigrantInnen sachsenweit könnte darauf schließen lassen, dass sich gerade durch den fehlenden Kontakt und das Nicht-Wissen über MigrantInnen, Flüchtlinge und ihre Situation Vorurteile und Rassismus verstärken. Ob rassistische, nationalistische und menschenverachtende Diskurse entstehen und gesellschaftlich wirksam werden, hat darüber hinaus „viel mit Macht- und Dominanzverhältnissen in einer Gesellschaft zu tun“ (vgl. Shooman 2011). Insofern reicht es in der Aufklärungsarbeit nicht aus, Vorurteile auf mangelndes Wissen zurückzuführen, sondern es ist auch zu berücksichtigen, dass die „Abwertung des Anderen bei gleichzeitiger Aufwertung des Eigenen“ eine „positiv identitätsstiftende Wirkung“ hat (ebd.). Die hohe Zahl „rechts-motivierter“ Gewalttaten in Sachsen, aber auch die staatliche Gewalt, die sich u.a. in rassistischen Kontrollen oder der gewaltsamen Abschiebungen von Flüchtlingen niederschlagen, bleiben auf alle Gesellschaftsmitglieder nicht ohne Wirkung. Decker et al. kommen in ihren Ausführungen zu dem Schluss, dass die Rede von der Aufrechterhaltung des „Wirtschaftsstandortes Deutschland“ nicht „die Solidarisierung mit den Marginalisierten und Prekarisierten [freisetzt], sondern die Identifikation mit den Instanzen, die ‚zum Wohle aller‘ gegen ‚Fremde‘ und ‚Sozialschmarotzer‘ (...) Sanktionen verhängt haben“ (Decker et al. 2010, S. 150).

Die Studie *Rechtsextremismus und sein Umfeld* (Held et al. 2007) zeigt, dass „Rechts sein“ nicht ausschließlich auf das Desintegrationsproblem sozial marginalisierter Bevölkerungsschichten reduziert werden kann, sondern eng mit der Frage verbunden ist, inwieweit die politische Kultur zu einem Klima beiträgt, das der Entwicklung rassistischen Denkens und Handelns Vorschub leistet oder nicht. Wesentlich für die Bestimmung der politischen Kultur ist neben der Auseinandersetzung mit dem Institutionellen Rassismus auch die Diskussion über ideologische Konzepte und Begriffe wie dem des „Rechtsextremismus“. Die neuen Programme gegen „Linksextremismus“ oder die Zwangsbekennnisse zur freiheitlich demokratischen Grundordnung („Extremismusklausel“) werden nicht dazu führen, das dringend notwendige demokratische Engagement zu stärken, sondern es weiter schwächen. Fragwürdig dabei ist nicht nur die staatsideologische Ausrichtung des Extremismusbegriffs, die alle Kritik am staatlichen Handeln zukünftig unter Extremismus-Verdacht stellt, sondern auch die Rolle derjenigen Institution, die im Staatsauftrag solche Verdachte „schöpft“ und verfolgt: der Verfassungsschutz. Wenn sich die Hinweise bestätigen, dass die vom Verfassungsschutz bezahlten V-Leute selbst in die Mordserie an MigrantInnen und am Aufbau neonazistischer Strukturen beteiligt waren und sind, muss die demokratische Legitimation und die Frage nach dem Fortbestehen dieser Institution kritisch diskutiert werden.⁵¹

⁵¹ Zur Rolle des Verfassungsschutzes in der Neonazimordserie berichtete u.a. der *Deutschlandfunk* (vgl. Clement et al. 2011). Vgl. hierzu auch Minkmar 2011.

Organisierter Neonazismus hat nicht nur Einfluss auf die politische Kultur einer Stadt, einer Region oder eines ganzen Landes, sondern ist seit Jahren Teil derselben. Das seit Ende der 1990er Jahre von der *NPD* propagierte „Drei-“, später „Vier-Säulen-Konzept“ weist in vielen Regionen Erfolge auf. In Sachsen lässt sich dies v.a. an der Bilanz organisierter Neonazis erkennen, „national befreite Zonen“ geschaffen zu haben, in den Landesparlamenten verankert zu sein und die Menschen zunehmend ideologisch zu beeinflussen bzw. zu festigen. Diese Taktik strebt nach einer Verankerung „rechten“ Gedankenguts in der gesamten (kommunalen) Gesellschaft und hat zur Folge, dass diese Ideologien Teil der öffentlichen Normalität werden. Die hohe Akzeptanz menschenfeindlicher Einstellungen innerhalb der gesamten Bevölkerung bereitet der Verbreitung und Festigung solchen Gedankenguts den notwendigen Nährboden.

In Chemnitz wird das „Vier-Säulen-Konzept“ sowohl von den VertreterInnen der „Neuen Rechten“ – organisiert in der *Bürgerbewegung Pro Chemnitz* – als auch von der *NPD* verfolgt. Mit der Eröffnung des neuen *NPD*-Zentrums werden Möglichkeiten geschaffen, zukünftig auf einfachem Wege „rechte“ Veranstaltungen durchzuführen und diese offen zu bewerben. Angesichts des verbarriadierten *NPD*-Hauses ist zwar nicht zu erwarten, dass sich das Gebäude zum beliebten Bürgertreff entwickelt, mindestens aber wird der Existenz neonazistischer Einrichtungen zu einer höheren Toleranz verholfen. Sobald ein von „Rechten“ genutztes Haus erst einmal das anfängliche Erschrecken von Nachbarschaft und Zivilgesellschaft überstanden hat, tritt vielerorts schnell eine Gewöhnung ein, die es den organisierten „Rechten“ ermöglicht, ihre Ideologie weiter in die Gesellschaft hineinzutragen.

Neben personellen Wechseln ist derzeit aufgrund der Ereignisse im Zusammenhang mit dem *Nationalsozialistischen Untergrund* (NSU) unklar, wie sich die Rolle der Neonazis in der Öffentlichkeit und ihr Verhältnis zu den Ermittlungsbehörden entwickeln werden. Zum Erstellungszeitpunkt dieses Textes ist das Ausmaß der Taten der Zwickauer Neonazigruppe noch nicht absehbar. Fest steht, dass mindestens 10 Menschen ermordet und zahlreiche verletzt wurden. Die mutmaßlichen TäterInnen haben drei Jahre lang in Chemnitz gelebt und dort sieben Banken überfallen. Die Kaltblütigkeit und die Professionalität, welche vor allem in dem 15-minütigen Bekennervideo zum Ausdruck kommen, zeugen davon, dass die Dimensionen des deutschen Neonazismus viel zu lange unterschätzt wurden (vgl. Kemper 2011). Inwieweit die jüngsten Ereignisse dazu beitragen, in Gesellschaft und Medien ein Umdenken anzuregen, d.h.: „(...) die Frage zu stellen, wie rassistisch unsere Gesellschaft ist – im alltäglichen Leben (...)“, wird sich darin zeigen, ob dieser alltägliche Rassismus – sei es beispielsweise in Bewerbungssituationen oder bei der Suche nach einer Wohnung – nachhaltig bekämpft werden kann (Fries 2011).

Die Analyse von Ursachen, Ausdrucksweisen und Strukturen, in denen sich rassistisches und neonazistisches Denken und Handeln äußert – der vorliegende Text versteht sich dabei als eine Grundlage für weitere, tiefer gehende Arbeiten – stellt alle gesellschaftlichen Akteure vor eine große Herausforderung. Wollen Rassismus, Neonazismus und „rechte“ Wahlerfolge tatsächlich verstanden werden, so unser Fazit, muss die Analyse direkt in der Nachbarschaft, in der (Stadt-)Politik, in den Medien, in den Bildungseinrichtungen, kurzum innerhalb der gesamten Gesellschaft ansetzen – anstatt sie ausschließlich an die

„rechtsextremen“ Ränder zu verlagern. Ausgangspunkt einer solchen Analyse muss die politische Kultur einer Kommune und der Region bilden. Zur Charakterisierung dieser politischen Kultur ist eine ganzheitliche Betrachtung auf mindestens fünf Ebenen und derer Wirkungszusammenhänge notwendig:

1. die Analyse rassistischer, neonazistischer und völkisch-nationaler Aktivitäten und Strukturen (inkl. der Straftaten und deren Erfassung sowie Reaktionen seitens der Behörden, Politik und Justiz),
2. die Erhebung rassistischer, nationalistischer und fremdenfeindlicher Einstellungen innerhalb der Bevölkerung,
3. der Umgang mit MigrantInnen und Flüchtlingen in der Kommune (u.a. durch Stadtpolitik und Behörden),
4. die mediale Rezeption sämtlicher hier angeführten Aspekte in der regionalen Berichterstattung und
5. das Vorhandensein und die Wirkungskraft einer unabhängigen, kritischen, gesellschaftlich breiten und handlungsfähigen Zivilgesellschaft.⁵²

Die Wirkungskraft definiert sich nach unserer Auffassung zum einen darüber, ob es einen entschlossen Widerstand gegenüber anti-demokratischen Tendenzen gibt, nach welchem Ansatz demokratisches Handeln ausgerichtet ist – „top down“ (hierarchisch von oben nach unten reglementiert) oder „bottom up“ (von unten nach oben, d.h. transparent, kritisch, partizipativ, selbstorganisiert) – und schließlich ob die unterschiedlichen Denk- und Handlungsansätze der einzelnen Akteure als Bereicherung oder als („extremistische“ bzw. „linke“) Bedrohung gewertet oder gar bekämpft werden. Entscheidend hierbei wird sein, inwieweit die gewählten RepräsentantInnen in den formellen politischen Strukturen bereit sind, eine erhöhte Sensibilität für die Problematik zu entwickeln, und gleichsam eine Haltung, die eine enge, auf gleicher Augenhöhe erfolgende Kooperation mit den ExpertInnen aus Zivilgesellschaft und informellen politischen Strukturen sowie deren Kenntnisse und Erfahrungen ernst nimmt und in ihre politische und öffentlichkeitswirksame Arbeit integriert.

Letztendlich wird sich die politische Kultur daran messen lassen müssen, ob der Aufbau demokratischer Strukturen – u.a. durch kontinuierliche Bildungs- und Anti-Rassismuarbeit auf allen gesellschaftlichen Ebenen, eine Zurückdrängung neonazistischer Kräfte aus Subkulturen und aus Parlamenten, aber auch die Unterstützung von Flüchtlingen und die Gewährleistung ihrer Rechte – gelingt und nachhaltig erfolgreich ist.

⁵² Dbzgl. lesenswert sind auch die Einschätzungen und Empfehlungen aus der Studie *Grenzen lokaler Demokratie* (vgl. Liebscher/Schmidt 2007, S. 127ff.).

Literatur

- 5MAERZ.DE (Hrsg.) (2010): „Eröffnungsrede zum Gedenken 5. März“, abgerufen am 09.11.2011 unter: <http://logr.org/5maerz/2010/03/15/eroeffnungsrede-zum-gedenken-5-maerz/>.
- AG In- und Ausländer e.V. (Hrsg.) (o.J.): „Wir über uns“, abgerufen am 10.11.2011 unter: [http://www.agiua.de/wir ueber uns.html](http://www.agiua.de/wir_ueber_uns.html).
- ag.doc (2009): „Brutaler Neonazi-Überfall nach Fußballspiel der BSG Chemie Leipzig fordert Schwerverletzten“, abgerufen am 15.11.2011 unter: <http://agdoc.wordpress.com/2009/10/04/4>.
- Alternatives Jugendzentrum e.V. (Hrsg.) (o.J.): „Selbstverständnis“, abgerufen am 10.11.2011 unter: <http://www.ajz-chemnitz.de>.
- Amadeu-Antonio-Stiftung (Hrsg.) (2011): *182 Todesopfer rechtsextremer und rassistischer Gewalt seit 1990*, abgerufen am 15.01.2012 unter: <http://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/news/chronik-der-gewalt-todesopfer-rechtsextremer-und-rassistischer-gewalt-seit-1990>.
- Antifaschistisches AutorInnenkollektiv (2005): „Die ‚Neue Rechte‘. Modernisierer der extremen Rechten?“ in: *Lotta*, Nr. 20, abgerufen am 10.11.2011 unter: <http://projekte.free.de/lotta/pdf/20/NR.pdf>.
- apabiz e.V. (Hrsg.) (2006): *Burschenschaften & Studentenverbindungen. Eine Handreichung zu Struktur, Inhalten, Geschichte und Hintergründen*, abgerufen am 05.08.2011 unter: <http://www.apabiz.de/bildung/RefKat/BurschenschaftenStudentenverbindungen.pdf>.
- Berek, M. (2011): „Zwischen Tankstelle, Landtag und Großaufmarsch. Die Nazistrukturen in Sachsen“, in: *In guter Gesellschaft? Neonazis in Sachsen*, hrsg. von: pokuBi Sachsen e.V., S. 45-49, abgerufen am 12.12.2011 unter: http://www.pokubi-sachsen.de/fileadmin/media/Broschuere_In_guter_Gesellschaft_klein.pdf.
- Bochentin, C. (2011): *Die Extremismusklausel. Eine Chronik in zwei Teilen*, hrsg. von: Amadeu Antonio Stiftung, abgerufen am 09.11.2011 unter: <http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/die-extremismusklausel.pdf>.
- Bonhoeffer-Kirchengemeinde (2009): *Augen auf – Nazis vor der eigenen Haustür! Eine Information des „Runden Tisches für demokratisches Engagement im Stadtteil“*, abgerufen am 16.11.2011 unter: http://www.bonhoeffer-kirchengemeinde.de/pdf/flyer_RT2009.pdf.
- Bringt, F. (2009): „Rechtsextremismus in den ländlichen Räumen Sachsens“, in: *Rechtsextremismus in den ländlichen Räumen. Eine Arbeitshilfe*, hrsg. von: Bund der deutschen Landjugend, abgerufen am 10.12.2012 unter: http://bdl.landjugend.info/attachments/703_Buch_Gras_darueber_05032009_Finale.pdf.
- Brunner, F. (2010): „NPD-Haus in Chemnitz“, in: *Junge Welt*, 27.12.2010.
- Bundesarbeitsgemeinschaft Demokratieentwicklung (2011): „Wir bekennen nicht, wir handeln! Demokratie braucht Vertrauen. Beschluss der Bundesarbeitsgemeinschaft Demokratieentwicklung zum 6. Oktober 2011“, abgerufen am 09.11.2011 unter: <http://www.lobbi-mv.de/presse/35.php>.
- Bundesministerium des Inneren (Hrsg.) (2007): *Verfassungsschutzbericht 2006*, Berlin.
- Bunjes, M. (2011): „Mehr als ein Streit um Worte“, in: *Der Freitag*, Nr. 22, Juni 2011, S. 4.
- Butterwegge, C. (2002): *Rechtsextremismus*, Freiburg.

- Chempixx (Hrsg.) (o.J.): „DFB-Pokal 1. Runde CFC – 1. FC St. Pauli am 14.08.10“, Fotogalerie, abgerufen am 16.11.2011 unter: [http://www.chempixx.de/hp/cfc/Saison%202010_11/11_DFB-Pokal_FC%20St.%20Pauli%20\(H\)_14.08.10/](http://www.chempixx.de/hp/cfc/Saison%202010_11/11_DFB-Pokal_FC%20St.%20Pauli%20(H)_14.08.10/).
- Classen, G. et al (2011): Das Asylbewerberleistungsgesetz und das Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum. Stellungnahme zur Anhörung am 07.02.2011 im Ausschuss für Arbeit und Soziales des Deutschen Bundestages, hrsg. von: Flüchtlingsrat Berlin e.V. und Förderverein PRO ASYL e.V., Berlin u. Frankfurt a.M.
- Clement, R. et al (2011): „Unterschätzte Gefahr. Rechte Gewalt in Deutschland“, Radiobeitrag, hrsg. von: Deutschlandfunk, abgerufen am 07.12.2011 unter: <http://www.dradio.de/dlf/sendungen/hintergrundpolitik/1604457/>.
- Decker, O. et al. (2010): *Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010*, Hrsg.: Langenbacher, N., Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin.
- DER SPIEGEL (2007): *Mekka Deutschland – Die stille Islamisierung*, Titelblatt, Heft 13/2007, abgerufen am 18.01.2012 unter: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/index-2007-13.html>.
- Deutscher Bundestag (Hrsg.) (1993): „Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung der Leistungen an Asylbewerber“, in: Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Familie und Senioren zu dem Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und der F.P.D., Drs. 12/5008, abgerufen am 14.01.2012 unter: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/12/050/1205008.pdf>.
- Deutscher Bundestag (Hrsg.) (2009): „Rechtsextreme Tötungsdelikte seit 1990 und antisemitisch motivierte Schändungen jüdischer Friedhöfe seit 2000“, in: *Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Abgeordneten Petra Pau, Wolfgang Neskovic, Sevim Dagdelen, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE*, Drs. 16/12005, abgerufen am 14.01.2012 unter: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/16/141/1614122.pdf>.
- DIE LINKE (Hrsg.) (2011): *Asyl in Sachsen*, abgerufen am 05.11.2011 unter: http://www.linksfraktionsachsen.de/images/content/publikationen/Flyer_Asyl_web.pdf.
- Dietzsch, S. (2002): *V-Leute bei der NPD. Geführte Führende oder Führende Geführte?*, Archiv-Notizen, Sonderausgabe August/September 2002, abgerufen am 01.12.2011 unter: <http://www.diss-duisburg.de/Internetbibliothek/Artikel/V-Leute-bei-der-NPD-ArNo-8-9-2002.pdf>.
- different people e.V. (Hrsg.) (o.J.): „Unser Verein“, abgerufen am 10.11.2011 unter: <http://www.different-people.de/index.php?view=article&id=46>.
- Dobbert, S. et al. (2007): „Nazis im Spiel – Gefahr von rechts“, in: *RUND*, 19.02.2007, S. 24.
- End, M. et al. (Hrsg.) (2009): Antiziganistische Zustände. Zur Kritik eines allgegenwärtigen Ressentiments, Münster.
- FOCUS (2004): Unheimliche Gäste. Die Gegenwelt der Muslime in Deutschland. Ist Multi-Kulti gescheitert?, Titelblatt, Ausg. Nr. 48, 22.11.2004 abgerufen am 11.10.2011 unter: http://www.focus.de/magazin/archiv/jahrgang_2004/ausgabe_48/.

- Forum für kritische Rechtsextremismusforschung (Hrsg.) (2011): Ordnung. Macht. Extremismus. Effekte und Alternativen des Extremismusmodells, Wiesbaden.
- Foroutan, N. (Hrsg.) (2010): *Sarrazins Thesen auf dem Prüfstand. Ein empirischer Gegenentwurf zu Thilo Sarrazins Thesen zu Muslimen in Deutschland*, abgerufen am 13.12.2011 unter: <http://edoc.hu-berlin.de/oa/articles/reonwY1dcVafw/PDF/26ybhdRzVWd2.pdf>.
- Fries, M. (2011): „Das Problem ist der Alltagsrassismus“, in: ZEIT ONLINE, 17.11.2011, abgerufen am 30.11.2011 unter: <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2011-11/wulff-rechtsextremismus>.
- GAMMA (Hrsg.) (2010): „„Viva la Zschocheria“: Neonazis und gescheiterte Hausbesetzer“, in: *gamma antifaschistischer Newsflyer*, Nr. 188, abgerufen am 16.11.2011 unter: http://gamma.noblogs.org/files/2010/12/gamma188_web.pdf.
- Giegengack, A. (2009): *Die Republikaner im Stadtrat Chemnitz*, abgerufen am 11.01.2011 unter: http://www.gruene-chemnitz.de/images/stories/dokumente/rep_chemnitz.pdf.
- Häusler, A., Peters, J. (2008): *Rechtspopulismus in Gestalt einer Bürgerbewegung. Struktur und politische Methodik von PRO NRW und PRO Deutschland*, hrsg. von: LAGA NRW, abgerufen am 03.03.2011 unter: <http://www.essen-stellt-sich-quer.de/images/a/af/Eq-ExpertiseProNrw.pdf>.
- Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.) (2011): *Nazis in Parlamenten. Eine Bestandsaufnahme und kritische Analyse aus Thüringen, Erfurt*.
- Heitmeyer, W. (Hrsg.) (2007): *Deutsche Zustände*. Folge 5, Frankfurt a.M.
- Held, J. et al. (2007): *Rechtsextremismus und sein Umfeld – eine Regionalstudie*, abgerufen am 24.10.2011 unter: http://www.waiblingen.igm.de/downloads/artikel/attachments/ARTID_12933_20070622125145.pdf.
- Initiative 2=2 (Hrsg.) (o.J.): „Der Aufruf – Das fordern wir“, abgerufen am 11.11.2011 unter: <http://2gleich2.de/index.php?inhalt=1&menu1=a>.
- INSIDE PICTURE (Hrsg.) (o.J.): „DFB-Pokal: Chemnitzer FC – FC St. Pauli“, Fotogalerie, abgerufen am 16.11.2011 unter: http://www.inside-picture.de/preview.php?image_id=137128.
- Jentsch, U. (2011): „Antimuslimischer Rassismus – Das Schlachtfeld der Neuen Rechten“, in: *Tödliche Realitäten. Der rassistische Mord an Marwa El-Sherbini*, hrsg. von: RAA Sachsen e.V., Hoyerswerda, S. 82-89.
- Kaiser, B./Kubitschek, G. (2009): „Gewalt gegen Deutsche – Auswahl 2009“, in: *Sezession*, Nr. 33, Dezember 2009, abgerufen am 15.11.2011 unter: <http://www.sezession.de/14113/>.
- Kampagne gegen Ausgrenzung von AsylbewerberInnen (2008): „Fotos & Berichte aus Dresdner Asylbewerberheimen (Fotografiert im Herbst 2008)“, abgerufen am 13.12.2011 unter: http://www.gegen-ausgrenzung.de/a_heimfotos.php.
- Kattmann, U. (1999): „Rassismus, Biologie und Rassenlehre“, in: *Shoa.de – Zukunft braucht Erinnerung*, abgerufen am 9.11.2011 unter: <http://www.zukunft-braucht-erinnerung.de/drittes-reich/ideologie-und-weltanschauung/368.html>.

- Kemper, A. (2011): „15 Minuten Größenwahn“, Interview mit Guntram Knecht, in: ZEIT ONLINE, 25.11.2011, abgerufen am 30.11.2011 unter: <http://www.zeit.de/2011/48/Interview-Knecht>.
- Ha, K. N. (2009): „„People of Color‘ als Diversity-Ansatz in der antirassistischen Selbstbenennungs- und Identitätspolitik“, in: *Migration-Integration-Diversity*, abgerufen am 04.11.2011 unter: http://www.migration-boell.de/web/diversity/48_2299.asp.
- Kuiper, J. (2011): „Das ist erst der Anfang“, in: *Der Freitag*, Nr. 24, Juni 2011, S. 10.
- Kulick, H./Staud, T. (2009): „Wird die rechtsextreme Gewalt immer mehr?“, in: *Das Buch gegen Nazis. Rechtsextremismus – Was man wissen muss und wie man sich wehren kann*, hrsg. von: Dies., Köln, S. 135-137.
- Kulturbüro Sachsen e.V. (Hrsg.) (o.J.): „Der Verein“, abgerufen am 10.11.2011 unter: <http://www.kulturbuero-sachsen.de/hintergruende.php4?n=1>.
- Landesjugendring Berlin e.V. (Hrsg.) (2009): „U18 2009 – Ergebnisse Zweitstimme Chemnitz“, abgerufen am 09.11.2011 unter: http://www.gangwaycms.de/ergebnisse/html/Sachsen_wk163.htm.
- Leipziger Burschenschaft Germania (Hrsg.) (o.J.): „Über uns“, abgerufen am 05.04.2011 unter: <http://www.leipziger-burschenschaft.de/ueber-uns/>.
- Liebscher, D./Schmidt, C. (2007): *Grenzen lokaler Demokratie. Zivilgesellschaftliche Strukturen gegen Nazis im ländlichen Raum*, hrsg. von: Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, abgerufen am 10.01.2012 unter: http://www.gruene-bundestag.de/cms/publikationen/dokbin/192/192362.reader_grenzen_lokaler_demokratie_zivilr.pdf.
- Limbach, P. (2009): „Recht auf Zukunft? Leipziger Neonazis auf dem Weg in die Vergangenheit“, in: *Leipziger Internetzeitung*, 07.10.2009, abgerufen am 16.11.2011 unter: <http://www.l-iz.de/Politik/Leipzig/2009/10/Recht-auf-Zukunft-Leipziger-Neonazis-auf-dem.html>.
- Limbach, P. (2010): „Leipziger Burschschafter und ihre Verbindungen nach rechtsaußen“, in: *Publikative.org*, 10.07.2010, abgerufen am 16.11.2011 unter: <http://www.publikative.org/2010/07/10/leipziger-burschschafter/>.
- Löwenstein, S. (2010): „Im Gespräch: Kristina Schröder. ‚Linksextreme Gewalt nicht verharmlosen‘“, in: *F.A.Z.*, 29.04.2010, abgerufen am 13.12.2011 unter: <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/im-gespraech-kristina-schroeder-linksextreme-gewalt-nicht-verharmlosen-1626891.html>.
- Medinetz Dresden e.V. (Hrsg.) (o.J.): Homepage, abgerufen am 18.01.2012 unter: <http://www.medinetz-dresden.de/>.
- Minkmar, N. (2011): „Geheimdienste. Hauptsache es macht peng!“, in: *F.A.Z.*, 20.11.2011, abgerufen am 29.11.2011 unter: <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/geheimdienste-hauptsache-es-macht-peng-11534221.html>.
- Nattke, M. (2011): „Sächsische Realitäten. Organisierte Neonazis und ihr gesellschaftliches Umfeld“, in: *Tödliche Realitäten. Der rassistische Mord an Marwa El-Sherbini*, hrsg. von: RAA Sachsen e.V., Hoyerswerda, S. 48-61.

- Netz-gegen-Nazis.de (Hrsg.) (2008): „PC-Records (Chemnitz, Sachsen)“, abgerufen am 16.11.2011 unter: <http://www.netz-gegen-nazis.de/lexikontext/pc-records-chemnitz-sachsen>.
- Netzwerk für Demokratie und Courage e.V. (Hrsg.) (o.J.): „Über uns“, abgerufen am 10.11.2011 unter: <http://www.netzwerk-courage.de/web/299.html>.
- Neugebauer, G. (2008): „Extremismus – Linksextremismus – Rechtsextremismus. Begriffsdefinitionen und Probleme“, in: *bpb.de*, hrsg. von: Bundeszentrale für politische Bildung, abgerufen am 10.10.2011 unter: <http://www.bpb.de/themen/UXBBFN>.
- Neumann, K. et al. (2009): „Das ist Vielen gar nicht bewusst“. Regionalanalyse zu rechtsextremen Einstellungen, Strukturen und demokratischen Potentialen im Schwalm-Eder-Kreis, hrsg. von: beratungsNetzwerk hessen – Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus, abgerufen am 10.01.2012 unter: http://www.gruene-hessen.de/landtag/files/2010/09/studie_zum_rechtsextremismus.pdf.
- NPD Chemnitz (Hrsg.) (o.J.): Homepage, abgerufen am 28.01.2011 unter: <http://www.chemnitz.npd.de> (zurzeit ist die Seite offline, die Quelle liegt der Redaktion in digitaler Form vor).
- NPD-Kreisverband Chemnitz (Hrsg.) (2009): Chemnitzer Volkszeitung, Sonderausgabe zur Stadtratswahl 2009, Chemnitz.
- NPD Kreisverband Niederschlesien-Oberlausitz (Hrsg.) (2010): „Äußerungen des Chemnitzer CDU-Ortsvorsitzenden Kai Hähner von NPD-Stadträtin Katrin Köhler unterstützt“, abgerufen am 10.11.2011 unter: <http://npd-loebau-zittau.de/?p=2746>.
- NPD-Landesverband Sachsen (Hrsg.) (2009): *Sachsen-Stimme*, 2/2009, Dresden.
- PC Records (Hrsg.) (o.J.): „1-F“, abgerufen am 16.11.2011 unter: <http://pcrecords.net/contents/de/d17.html>.
- pB! Theodor Körner zu Chemnitz (Hrsg.) (o.J.): „Der Körner-Geist“, abgerufen am 07.02.2011 unter: <http://www.pb-chemnitz.de/heutnah.htm> (zurzeit ist die Seite offline, die Quelle liegt der Redaktion in digitaler Form vor).
- Pelzer, M. (2008): Flüchtlinge im Verschiebebahnhof der EU. Die EU-Zuständigkeitsverordnung „Dublin II“, hrsg. von: Förderverein PRO ASYL e.V., Frankfurt a.M.
- PRO ASYL (Hrsg.) (2006): „Die Entscheidung“, in: *Leben im Niemandsland. Flucht und Asyl – Fragen und Antworten*, abgerufen am 05.11.2011 unter: <http://www.proasyl.de/de/themen/basics/basiswissen/wer-erhaelt-asyl/>.
- PRO ASYL (Hrsg.) (2010): „25 Jahre Schengen: kein Grund zum Feiern“, abgerufen am 05.11.2011 unter: http://www.proasyl.de/de/themen/eu-politik/detail/news/25_jahre_schengen_kein_grund_zum_feiern/.
- PRO ASYL (Hrsg.) (o.J.): „Lager in Deutschland“, abgerufen am 18.01.2012 unter: <http://www.proasyl.de/de/themen/lagerkarte/>.
- PRO CHEMNITZ (Hrsg.) (2010): Unsere Stadt. Informationen der Stadtratsfraktion PRO CHEMNITZ, April/Mai 2010, Chemnitz.

- PRO CHEMNITZ (Hrsg.) (2011): „Ab 2012 sollen ALLE sächsischen Asylbewerber nach Chemnitz!“, abgerufen am 15.11.2011 unter: <http://www.pro-chemnitz.de/?p=830>.
- RAA Sachsen e.V. (Hrsg.) (2011a): Tödliche Realitäten. Der Rassistische Mord an Marwa El-Sherbini, Hoyerswerda.
- RAA Sachsen e.V. (Hrsg.) (2011b): Rechtsmotivierte und rassistische Angriffe in Sachsen 2010. Eine Statistik der sächsischen Opferberatungsstellen, o.O.
- RAA Sachsen e.V. (Hrsg.) (2011c): Rechtsmotiviert und rassistische Angriffe in Sachsen im 1. Halbjahr 2011. Eine Statistik der Opferberatung des RAA Sachsen e.V., o.O.
- RAA Sachsen e.V. (Hrsg.) (o.J.): „Unterstützung für Betroffene rechtsmotivierter und rassistischer Gewalt“, abgerufen am 06.11.2011 unter: <http://www.raa-sachsen.de/>.
- Recherche Ost (Hrsg.) (2010): „Chemnitz: Arbeitsteilung unter Neonazis“, abgerufen am 09.11.2011 unter: <http://www.recherche-ost.com/content/view/113/2/>.
- redok e.V. (Hrsg.) (2008): „NPD-Funktionäre bei illegaler Kundgebung in Tschechien“, abgerufen am 09.11.2011 unter: <http://www.redok.de/content/view/1216/36/>.
- Regin-Verlag (Hrsg.) (2011): „Eric Fröhlich/Benedikt Kaiser: Phänomen Inselfaschismus“, abgerufen am 15.11.2011 unter: http://www.regin-verlag.de/shop/product_info.php?info=p540.
- REITBAHNSTRASSE84 (Hrsg.) (2010): „Angreifer stammen aus dem Umfeld der Fanszene des CFC“, abgerufen am 16.11.2011 unter: <http://ki23.blogspot.de/2010/08/25/>.
- Rienäcker, S. (o.J.): „Der Tiroler Freiheitskampf 1809 und dessen Mythos“, abgerufen am 18.01.2012 unter: <http://www.drivenet.de/srienaecker/diplom/dplapn.html>.
- Röpke, A. et al. (Hrsg.) (o.J.): „Braune Kulturwelt“, in: *Publikative.org*, 11.06.2009, abgerufen am 15.11.2011 unter: <http://npd-blog.info/2009/06/11/braune-kulturwelt/>.
- Sächsischer Flüchtlingsrat e.V. (Hrsg.) (o.J.): „Über uns“, abgerufen am 10.11.2011 unter: <http://saechsischer-fluechtlingsrat.de/3.html>.
- Sächsischer Landtag (Hrsg.) (2008): *Strukturen und Aktivitäten der extremen Rechten in Chemnitz und Maßnahmen zu ihrer Zurückdrängung (I)*, Kleine Anfrage der Abgeordneten Freya-Maria Klinger, Fraktion DIE LINKE, Drs. 4/13182, Dresden.
- Sächsischer Landtag (Hrsg.) (2010a): *Aktivitäten der NPD in Sachsen 2009*, Kleine Anfrage der Abgeordneten Kerstin Köditz, Fraktion DIE LINKE, Drs. 5/917, Dresden.
- Sächsischer Landtag (Hrsg.) (2010b): *Rechte Konzerte in Sachsen im Jahr 2009*, Kleine Anfrage der Abgeordneten Kerstin Köditz, Fraktion DIE LINKE, Drs. 5/915, Dresden.
- Sächsischer Landtag (Hrsg.) (2010c): *Bevölkerung in Sachsen mit Ausländeranteil*, abgerufen am 05.11.2011 unter: http://www.landtag.sachsen.de/dokumente/sab/20110114-Statistik-Uebersicht_mit_Auslaenderanteil.pdf.
- Sächsischer Landtag (Hrsg.) (2011): *Aktivitäten der NPD in Sachsen*, Kleine Anfrage der Abgeordneten Kerstin Köditz, Fraktion DIE LINKE, Drs. 5/4604, Dresden.

- Sächsisches Staatsministerium des Inneren, Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (Hrsg.) (2009): *Verfassungsschutzbericht 2009*, Dresden.
- Sächsisches Staatsministerium des Inneren, Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (Hrsg.) (2010): *Verfassungsschutzbericht 2010*, Dresden.
- save me (Hrsg.) (o.J.): „Wer wir sind“, abgerufen am 10.11.2011 unter: <http://www.save-me-kampagne.de/wer-wir-sind.html>.
- Schneider, T. (2008): „Offener Brief an die Oberbürgermeisterin der Stadt Chemnitz, Frau Barbara Ludwig und den Stadtrat von Chemnitz“, abgerufen am 16.11.2011 unter: http://sat.verdi.de/politik/demo_gegen_thor-steinar-laden/data/offener_brief.pdf.
- Scholz, R. (2008): „Verwendung des Keltenkreuz verboten – Was wird aus Chemnitzer Wandgemälde?“, in: *ENDSTATION RECHTS*, 15.11.2008, abgerufen am 16.11.2011 unter: <http://www.endstation-rechts.de/index.php?view=item&id=1091>.
- Schultze, C. (2008): „Was ist das Vier-Säulen-Konzept?“ in: 88 Fragen und Antworten zur NPD. Weltanschauung, Strategie und Auftreten einer Rechtspartei – und was Demokraten dagegen tun können, hrsg. von: F. Virchow und C. Dornbusch, Schwalbach/Ts.
- Selders, B. (2009a): „Keine Bewegung!“, in: *Der Freitag*, Nr. 14, April 2009, S. 11.
- Selders, B. (2009b): *Keine Bewegung! Die ‚Residenzpflicht‘ für Flüchtlinge – Bestandsaufnahme und Kritik*, hrsg. von: Flüchtlingsrat Brandenburg & Humanistische Union, abgerufen am 08.11.2011 unter: http://www.residenzpflicht.info/wp-content/uploads/Keine_Bewegung_Residenzpflicht_Broschuere_2009.pdf.
- Shooman, Y. (2011): „Islamophobie, antimuslimischer Rassismus oder Muslimfeindlichkeit? Kommentar zu der Begriffsdebatte der Deutschen Islam Konferenz“, in: *ufuq.de*, 12.10.2011, abgerufen am 03.11.2011 unter: <http://www.ufuq.de/newsblog/1117>.
- Spetsmann-Kunkel, M. (2007): „‚Mekka Deutschland‘. Islamophobie als Effekt der Spiegel-Berichterstattung – Eine Diskursfragmentenanalyse“, abgerufen am 18.01.2012 unter: <http://www.stoppt-die-hetze.de/sdh-mekka-deutschland.pdf>.
- Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz Freistaat Sachsen (Hrsg.) (2010): *Jugend 2009 in Sachsen. Eine vergleichende Untersuchung zu Orientierungsproblemen junger Menschen*, Dresden.
- Stadt Chemnitz (Hrsg.) (2009): *Lokaler Aktionsplan für Toleranz und Demokratie gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit*, Chemnitz.
- Stöss, R. (2005): *Rechtsextremismus im Wandel*, hrsg. von: Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin.
- TU Chemnitz, der Rektor (Hrsg.) (2009): *Niederschrift über die zweite Sitzung des Vorläufigen Senates der TU Chemnitz am 12.05.2009*, abgerufen am 16.11.2011 unter: <http://www.tu-chemnitz.de/verwaltung/senat/Niederschriften%20Vorlaeufiger%20Senat/zweite090512.pdf>.
- Turn it down! (Hrsg.) (o.J.): „Es ist nicht nur ‚Backstreet Noise‘ – es ist das Klima“, abgerufen am 09.02.2011 unter: <http://www.turnitdown.de/189.html> (zurzeit ist die Seite offline, die Quelle liegt der Redaktion in digitaler Form vor).

- Uhlig, S. (2010): „NPD plant Aufmarsch in Chemnitz“, in: *Freie Presse*, 16.02.2010, abgerufen am 22.10.2011 unter: http://www.freiepresse.de/NACHRICHTEN/THEMA_DES_TAGES_REGIONAL/1683328.php.
- Verein Journalismus und Jugendkultur Chemnitz e.V. (Hrsg.) (2009a): „„Gewisse Dinge kriegt man nicht halb: Bonaparte, Sex und den Tod‘: Kaiser Tobias Jundt spricht“, in: *Blaue Narzisse*, 30.09.2011, abgerufen am 16.11.2011 unter: <http://www.blauenarzisse.de/index.php/aktuelles/1065>.
- Verein Journalismus und Jugendkultur Chemnitz e.V. (Hrsg.) (2009b): „Protestaktion gegen Wandbildübermalung“, Video auf YouTube, abgerufen am 07.02.2011 unter: <http://youtu.be/YCVm4rZZ4QY>.
- Verlag Der Rechte Rand (Hrsg.) (2010a): *DerRechteRand*, Nr. 122, Februar 2010.
- Verlag Der Rechte Rand (Hrsg.) (2010b): *DerRechteRand*, Nr. 123, März/April 2010.
- von Bremen, L. (2010): „Angst vor dem Islam. Abneigungen gegen Muslime nehmen zu“, abgerufen am 18.01.2012 unter: <http://www.swr.de/islam/muslime-in-deutschland/islamfeindlichkeit-in-deutschland/-/id=7039406/nid=7039406/did=7009472/granvr/index.html>.
- Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen e.V. et. al (Hrsg.) (2010): Gibt es Extremismus? Extremismusansatz und Extremismusbegriff in der Auseinandersetzung mit Neonazismus und (anti)demokratischen Einstellungen, abgerufen am 05.11.2011 unter: http://www.weiterdenken.de/downloads/Extremismus_2010_Monitor.pdf.
- Wikipedia (Hrsg.) (o.J.): „Blaue Narzisse“, abgerufen am 16.11.2011 unter: http://de.wikipedia.org/wiki/Blaue_Narzisse.
- Wippermann, W. (1984): *Europäischer Faschismus im Vergleich: 1922-1982*, Frankfurt a.M.
- Wippermann, W. (2010a): „Armut darf nicht ethnisiert werden. Blackbox Roma. Kommentar von Wolfgang Wippermann“, in: *taz.de*, 13.10.2010, abgerufen am 11.07.2011 unter: <http://www.taz.de/1/debatte/kommentar/artikel/1/blackbox-roma/>.
- Wippermann, W. (2010b): „Politologentrug. Ideologiekritik der Extremismus-Legende“, in: *STANDPUNKTE*, 10/2010, hrsg. von: Rosa-Luxemburg-Stiftung, abgerufen am 09.11.2011 unter: http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte/Standpunkte_10-2010.pdf.
- Wippermann, W. (2010c): „Wolfgang Wippermann über Extremismus. Wippermann im Interview mit dem Diskurskombinat“, Video auf YouTube, abgerufen am 13.12.2011 unter: http://youtu.be/hzGn_TIR4ZI.
- Zais, P. (2006): *Burschen in Sachsen*, hrsg. von: Kulturbüro Sachsen e.V., abgerufen am 09.09.2011 unter: <http://www.kulturbuero-sachsen.de/dokumente/14Burschen.pdf>.
- Zick, A. et al. (2011): *Die Abwertung der Anderen. Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung*, Berlin.

Unter dem Titel „Rechts sind doch die anderen!?“ gibt die vorliegende Situationsanalyse einen aktuellen Überblick über die Neonaziszene und die „Neue Rechte“ in Chemnitz. Ausgangspunkt der Analyse ist die kritische Auseinandersetzung mit dem Begriff „Rechtsextremismus“. Als Alternative werden Begriffe vorgestellt, die geeigneter sind, rassistische und neonazistische Einstellungen zu erfassen. Auf deren Grundlage lassen sich menschenverachtende Ideologien und Handlungen sowie ihre Ursachen nicht als ein Phänomen konstruierter extremer Ränder begreifen, sondern als ein gesamtgesellschaftliches Problem. Im Rückgriff auf verschiedene Studien über Einstellungen innerhalb der Bevölkerung und einen Exkurs zum Umgang mit Flüchtlingen in Deutschland wird Rassismus als Alltagsproblem thematisiert. Die politische Kultur in einer Kommune – so das Fazit der AutorInnen – hat einen wesentlichen Einfluss auf das Entstehen und Fortbestehen von Rassismus und Neonazismus. Um diese Ideologien und Praxen zurückdrängen zu können, muss nicht nur politische Bildungsarbeit und eine kritische Diskussionskultur in der Kommune gefördert, sondern auch ein erhöhtes Maß an Sensibilität und Unterstützung für die Betroffenen von Ausgrenzung, rassistischer Behandlung und Gewalt in den verschiedenen Lebensbereichen angestrebt werden.

